

Für die Zukunft gesattelt.

Einander · Kennen · Lernen



Integrationsbericht
für den Kreis Warendorf





Die Projekte „Aktivierende Bestandsaufnahme der Lebenswelt von Zuwanderern im Kreis Warendorf“ und „Beteiligungsorientierte Entwicklung eines Integrationskonzeptes für den Kreis Warendorf“ wurden im Rahmen des Förderprogramms KOMM-IN NRW durch das Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Vorwort



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

der Kreis Warendorf hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verändert. Wir werden weniger, älter und bunter – so lässt sich der oft erwähnte demographische Wandel auf den Punkt bringen. Bei uns im Kreis leben etwa 50.000 Menschen, die eine Zuwanderungsgeschichte haben – fast jeder fünfte Bürger hat also Wurzeln in einem anderen Land. Bei den Kindern liegt die Zahl noch höher: Bereits heute kommt etwa jedes vierte Kind, das eine Kindertageseinrichtung besucht, aus einer Familie mit Zuwanderungsgeschichte. Damit wird deutlich: Auch im Kreis Warendorf ist Integration ein sehr wichtiges Thema, das zukünftig noch weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Zum Auftakt des Projektes hat der damalige Integrationsminister des Landes, Armin Laschet, klar gemacht: Integration ist keine Minderheiten-, sondern Zukunftspolitik. Es ist ein langer Prozess, bei dem alle Menschen – egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund – gefragt sind.

Denn Integration ist keine Einbahnstraße. So, wie unsere Gesellschaft Anreize zur Integration geben muss, sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gefordert, sich selbst aktiv für ihre Integration einzusetzen. Dazu gehören die Anerkennung von Recht und Gesetz, die Anerkennung der Werte unserer freiheitlichen Demokratie und das Erlernen der deutschen Sprache. Gegenseitiger Respekt ist die Voraussetzung dafür, dass dieser Prozess gelingen kann.

Der Weg vom Nebeneinander zum Miteinander führt nur über das "Einander kennen lernen" – so das gelebte Motto unseres Integrationsprojektes. Zahlreiche unterschiedliche Gruppen sind im Verlaufe des zweijährigen Prozesses miteinander ins Gespräch gekommen, haben Kontakte geknüpft und Vorurteile abgebaut.

In allen Städten und Gemeinden unseres Kreises haben wir mit großem Erfolg Integrationsforen durchgeführt. Über 2000 Bürgerinnen und Bürger haben sich daran beteiligt. Wir haben so aus erster Hand erfahren, was vor Ort gut läuft und wo es noch zu Problemen kommt. Bildung und Sprache sind das A und O der Integration – dies wurde immer wieder deutlich.

Am Ende des Projektes können wir stolz auf über 80 konkrete Maßnahmen schauen, die die Beteiligten in einem Diskussionsprozess erarbeitet haben.

Mit der Erstellung des Integrationsberichtes ist ein erster Schritt getan – nun geht es darum, das Handlungsprogramm in den kommenden Jahren umzusetzen. Ich freue mich darauf, diesen Weg mit Ihnen gemeinsam zu beschreiten und bedanke mich bei allen Beteiligten für ihr Engagement.

Warendorf, im August 2010



Landrat Dr. Olaf Gericke

Inhalt

Vorwort	2
1 Ergebnisse im Überblick	4
2 Die Bevölkerung im Kreis Warendorf	5
2.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Kreis Warendorf	6
2.2 Rechtliche Rahmenbedingungen	7
2.3 Bevölkerungsprognosen	10
3 Integrationspolitik und -arbeit auf dem aktuellen Stand	14
3.1 Gesellschaftliche Veränderungen	15
3.2 Bund.....	17
3.3 Land Nordrhein-Westfalen	20
3.4 Kreis Warendorf	21
4 Das Projekt	26
4.1 Planungsprozess.....	26
4.2 Bestandsaufnahme	28
4.3 Integrationsforen	33
4.4 Planungsgruppen	38
4.5 Bürgerplanungsgruppe.....	39
5 Zentrale Ergebnisse der Bestandsaufnahme zur Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten im Kreis Warendorf	41
5.1 Handlungsfeld Bildung	41
5.2 Handlungsfeld Sprache	48
5.3 Handlungsfeld Gesundheit und Sport	53
5.4 Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft	57
6 Zukünftige Integrationsarbeit im Kreis Warendorf	63
6.1 Strategie im Handlungsfeld Bildung und Sprachförderung.....	63
6.2 Strategie im Handlungsfeld Gesundheit und Sport	64
6.3 Strategie im Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft	65
6.4 Priorisierte Handlungsempfehlungen	65
6.5 Handlungsempfehlungen des Kreises Warendorf	68
6.6 Zukünftige Steuerung	83
6.7 Interkulturelle Öffnung der Kreisverwaltung	84
6.8 Monitoring	85

1 Ergebnisse im Überblick

Im Kreis Warendorf liegt der Anteil der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund bei rd. 18 %. Bevölkerungsprognosen zeigen deutlich, dass dieser Anteil im Verhältnis zur Mehrheitsbevölkerung - insbesondere bei der jüngeren Generation - steigen wird. Bereits heute kommt etwa jedes vierte Kind, das im Kreis Warendorf eine Kindertageseinrichtung besucht, aus einer Familie mit Migrationshintergrund.

Unter dem Motto „Einander kennen lernen“ hat der Kreis Warendorf in einem beteiligungsorientierten Prozess gemeinsam mit über 2.000 Bürgerinnen und Bürger die Erfolge und Leistungen der bisherigen Integrationsarbeit im Kreis Warendorf bilanziert und analysiert.

Im Ergebnis sind folgende Aussagen hervorzuheben, die über die verschiedenen Handlungsfelder hinweg diskutiert und als wichtig erachtet wurden:

- Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie beginnt im unmittelbaren sozialen Umfeld aller Bürgerinnen und Bürger.
- Kernbestandteile des Integrationsprozesses bilden Sprachförderung und die Möglichkeit zur Bildungspartizipation.
- Am Erfolg von Integrationsarbeit ist eine Vielzahl an haupt- und ehrenamtlichen Personen beteiligt. Insbesondere das Ehrenamt trägt in den ländlich geprägten Strukturen des Kreises Warendorf einen hohen Anteil, der gesehen und gepflegt werden muss.
- Damit ist das Netzwerk der Akteurinnen und Akteure angesprochen, das auch zukünftig koordiniert werden muss. Dies ist entscheidend, um die Vielzahl an bereits vorhandenen Ressourcen gezielt und wirkungsvoll einzusetzen.

Die Strategie in den Handlungsfeldern Bildung, Sprache, Gesundheit und Sport sowie Arbeit und Wirtschaft verbindet diese Aspekte:

- In den verschiedenen Handlungsfeldern bestehen bereits erfolgreiche Ansätze und Maßnahmen. Hier wurde das Ziel formuliert, bewährte Projekte fortzuführen und damit eine nachhaltige Umsetzung anzustreben.
- Die Analyse der Expertinnen und Experten macht deutlich, dass in allen Handlungsfeldern der Zugang zum System und damit den vorhandenen Angeboten entscheidend ist. Es geht um die Information über Angebote, das Wissen um die Nutzungsmöglichkeiten und ein Verständnis über den Nutzen.

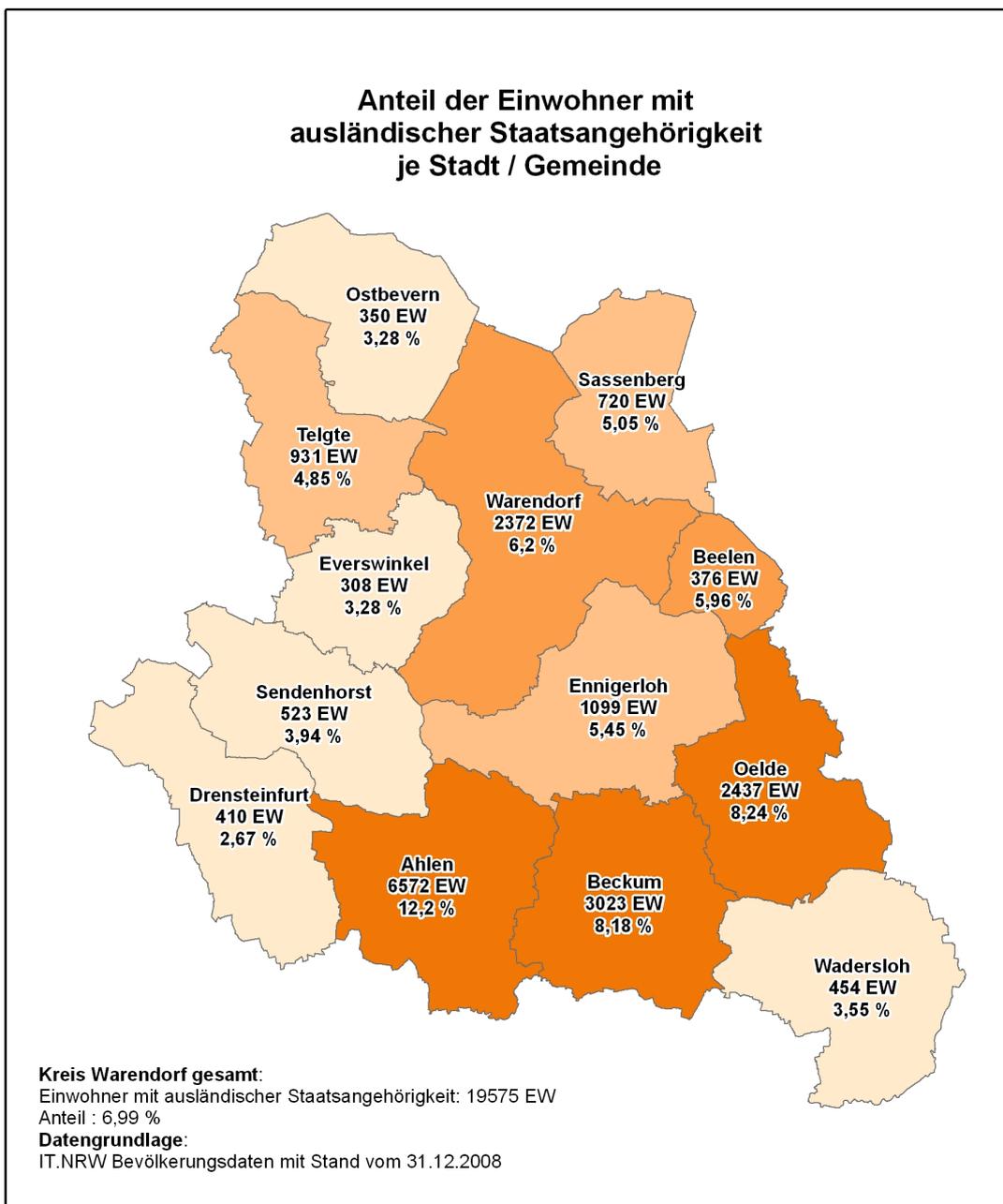
Der Kreis Warendorf hat alle Maßnahmen priorisiert. Dabei wurde die Zuständigkeit geklärt, die Ressourcen für die Umsetzung geplant und eine Bewertung vorgenommen, die sich aus der gesetzlichen Grundlage, dem rechtlichen Verpflichtungsgrad sowie der sozialen Folgewirkung zusammensetzt. Ergänzend wurde eingeschätzt, welcher Umsetzungszeitraum angestrebt wird. Damit liegt ein konkreter Umsetzungsplan vor.

Auch zukünftig wird der Kreis Warendorf das Thema aktiv steuern. Dazu stehen Ressourcen der Sozialplanerin bereit, die den Umsetzungsprozess koordinieren wird.

Der Kreis Warendorf wird die Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen der laufenden Fachplanungen beobachten und zusätzlich ausgewählte Kennzahlen erarbeiten, um die Entwicklungen für weitere Entscheidungsprozesse auf politischer Ebene transparent zu machen.

2 Die Bevölkerung im Kreis Warendorf

Mit seinen dreizehn Städten und Gemeinden hat der Kreis Warendorf eine Bevölkerung von 280.107 Einwohnerinnen und Einwohnern (Stand: 31.12.2008). Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind sehr unterschiedlich geprägt. Beelen bildet mit 6.322 Einwohnerinnen und Einwohnern die kleinste eigenständige Gemeinde im Kreis Warendorf und ist eine der kleinsten eigenständigen Gemeinden in NRW. Hingegen leben in der Stadt Ahlen 53.775 Einwohnerinnen und Einwohner. Der Ausländeranteil lag in 2008 bei rd. 7 %. Je nach Kreisgebiet variiert der Ausländeranteil sehr stark.



2.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Kreis Warendorf

Im Juni 2006 wurde der neuste Mikrozensus vorgestellt und erstmalig wurden Menschen mit Migrationshintergrund statistisch erfasst. Danach verfügen solche Personen über einen Migrationshintergrund, die eines oder mehrere der folgenden Merkmale erfüllen:

- sie besitzen eine ausländische Staatsangehörigkeit.
- sie sind seit 1950 zugewandert und/oder
- sie haben mindestens ein seit 1950 zugewandertes Elternteil oder Elternteil mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Im Jahr 2008 lag der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Kreis Warendorf bei 18 % (Statistisches Landesamt für Nordrhein-Westfalen - IT NRW). Lediglich rd. 7 % der Menschen mit Migrationshintergrund im Kreis Warendorf sind Ausländer. Deutsche (darunter eingebürgerte Einwohner), die selbst eingewandert sind bzw. die mindestens ein zugewandertes oder ausländisches Elternteil haben, bilden die größere Gruppe. Die Zahlen liegen im Vergleich unter denen des Landes und des Bundes.

Quelle:	Kreis WAF	NRW	BRD
	IT NRW /Mikrozensus 2008	IT NRW /Mikrozensus 2008	Mikrozensus 2008
Bevölkerung insgesamt	280.107 EW	17. 971. 000 EW	82,1 Mio. EW
Ausländische Bevölkerung	6,99 %	10,6 %	8,2 %
Menschen mit Migrationshintergrund	18 %	23,1 %	19 %

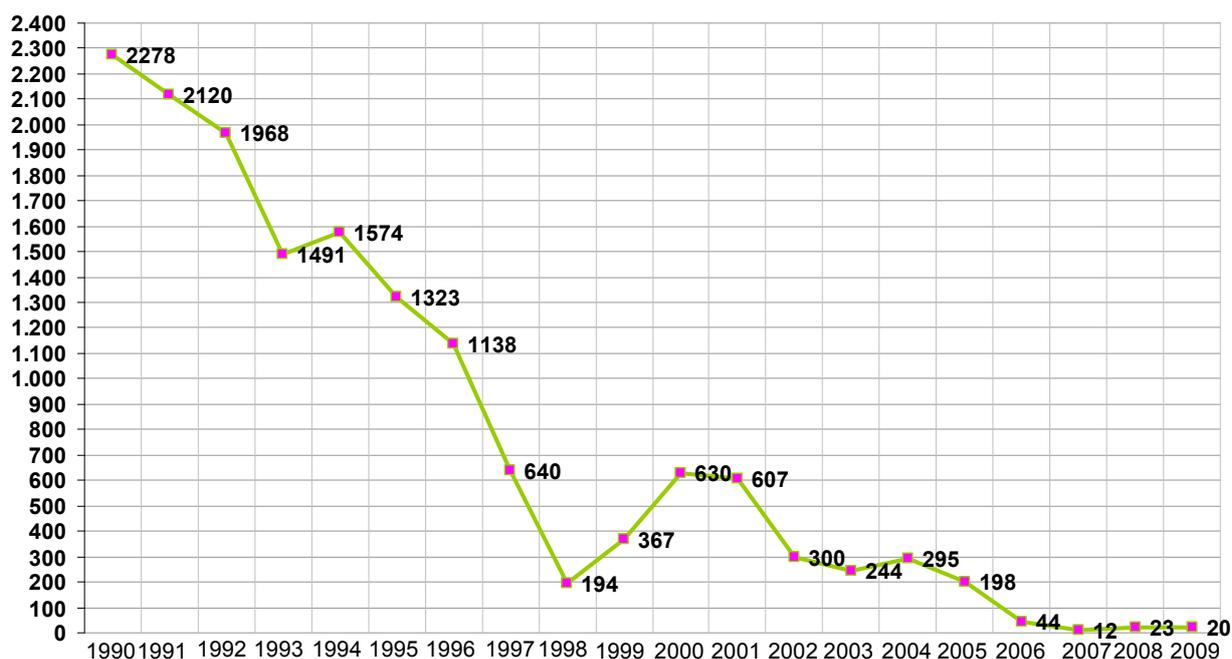
Im Kreis Warendorf kommen die Menschen mit Migrationshintergrund aus sehr unterschiedlichen Kulturkreisen. Einen Anhaltspunkt dazu liefern die Herkunftsländer der Ausländerinnen und Ausländer im Kreis Warendorf.

Land	Anzahl	%
Türkei	7.668	41,6
Jugoslawien (ehem.)	2.379	12,9
Italien	1.167	6,4
Polen	1.055	5,7
Griechenland	616	3,3
Russische Föderation	444	2,4
Spanien	439	2,4
Niederlande	428	2,4
Sri Lanka	297	1,7
Übrige	3.906	21,2

Quelle: Zahlenspiegel 2010, Kreis Warendorf; Stand: 06.10.2009

Eine weitere große Zuwanderergruppe bildet im Kreis Warendorf darüber hinaus die (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, die aufgrund ihrer deutschen Staatsangehörigkeit statistisch nicht erfasst werden. Mehr als 15.000 deutsche Volkszugehörige aus den Republiken der ehemaligen Sowjetunion wurden im Zeitraum 1990 bis 2009 durch die ehemalige Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen (Landesstelle Unna-Massen) in den Kreis Warendorf weitergeleitet.

Anzahl der zugewiesenen Aussiedler im Kreis Warendorf von 1990 bis 2009



In den letzten Jahren ist die Zahl der Zuweisungen stark gesunken. Im Jahr 2009 wurden gerade noch 20 Zuweisungen registriert.

2.2 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Grundidee der Demokratie ist die Beteiligung aller in einem Land lebenden Menschen am Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. In einer Expertise der Friedrich-Ebert-Stiftung vom März 2008 wird betont, dass volle Partizipation an der Gesellschaft alle Rechte voraussetzt, andernfalls finde Integration bzw. Teilhabe nicht gleichberechtigt und auf gleicher Augenhöhe statt. Für den demokratischen Prozess in der Gesellschaft sei dies unabdingbar. Voraussetzung für eine gelingende Integration sei also die rechtliche Absicherung des Aufenthalts.

Ab 01.01.2005 gilt in Deutschland ein neues Zuwanderungsgesetz. Das Zuwanderungsgesetz ist ein umfassendes Regelwerk über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern.

Ein wesentlicher Teil ist das neue Aufenthaltsgesetz (AufenthG), das an die Stelle des bisher geltenden Ausländergesetzes (AuslG) getreten ist. Das Aufenthaltsrecht orientiert sich am Aufenthaltszweck (Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Familiennachzug, humanitäre Gründe). Es gibt neben dem Visum nur noch zwei Aufenthaltstitel:

- die (befristete) Aufenthaltserlaubnis und
- die (unbefristete) Niederlassungserlaubnis.

Anspruch auf eine Niederlassungserlaubnis hat, wer fünf Jahre lang eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, seinen Lebensunterhalt bestreiten kann und fünf Jahre lang sozialversicherungspflichtig beschäftigt war. Hinzu kommt das Erfordernis ausreichender Deutschkenntnisse sowie von Grundkenntnissen der Rechts- und Gesellschaftsordnung. Diese können u. a. durch einen erfolgreich absolvierten Integrationskurs nachgewiesen werden.

Im Kreis Warendorf hat sich der Anteil der Ausländer mit unbefristeten Aufenthaltsstatus und Unionsbürger an allen Ausländern seit 1996 stetig erhöht.

Anteil der Ausländer mit unbefristetem Aufenthaltsstatus und Unionsbürger an allen Ausländern im Kreis Warendorf

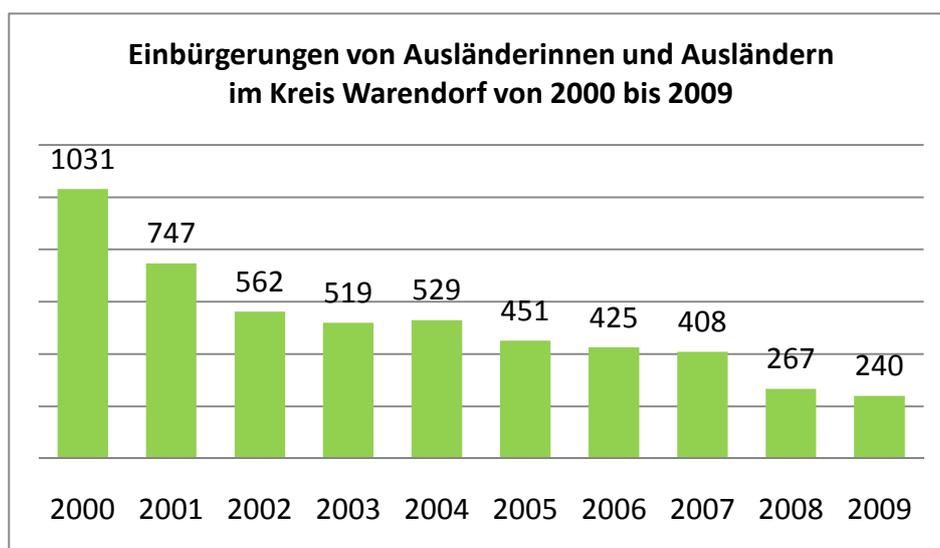
Jahr	Ausländer insgesamt	Anteil der Ausländerinnen und Ausländer mit unbefristetem Aufenthaltstitel	Anteil in Prozent
1996	23.344	9.362	40,10%
1997	23.830	9.865	41,40%
1998	23.472	10.354	44,10%
1999	22.993	10.270	44,70%
2000	22.240	10.053	45,20%
2001	21.730	9.963	45,90%
2002	21.259	9.816	46,20%
2003	20.815	9.714	46,70%
2004	20.402	9.646	47,30%
2005	20.231	8.818	43,60%
2006	20.463	9.887	48,30%
2007	18.023	10.090	56,00%
2008	18.640	10.302	55,30%
2009	18.480	10.589	57,30%

Quelle: Ausländerzentralregister

Die rechtliche Absicherung des Aufenthalts ist eine wichtige Basis für die Integration. In der öffentlichen Debatte ist umstritten, ob Einbürgerung das Ergebnis erfolgreicher Integration ist oder ein wichtiger Schritt dorthin. Vielfach wird nach Aussage der Friedrich-Ebert-Stiftung davon ausgegangen, dass Einbürgerungen ein bewusster Schritt zur Integration und Identifikation mit dem Land sei. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt jedoch, dass die Motive zur Einbürgerung vielfältiger Natur sind.

Einige identifizieren sich mit ihrer Kommune als Lebensmittelpunkt. Andere sind von instrumentellen Motiven geleitet, wie z. B. die damit einhergehende Reisefreiheit. Auch bei langfristigen Auslandsaufenthalten spielt der Aspekt der Aufenthaltssicherheit eine wichtige Rolle.

Einbürgerung ist damit nur ein Element im Integrationsprozess. Mit dem neuen Staatsangehörigkeitsgesetz 2000 (StAG) war u. a. das Ziel verbunden, die Einbürgerungszahlen zu erhöhen. Doch die Zahlen bleiben wie im Bundestrend hinter den Erwartungen zurück.



Folgende Aspekte sind hervorzuheben:

- Grundsätzlich ist die Zahl der Anspruchsberechtigten gesunken, da die Zeiten eines negativ verlaufenen Asylverfahrens nicht mehr beim geforderten rechtmäßigen Aufenthalt angerechnet werden können.
- Zudem verringern sich die Einbürgerungszahlen, da ab 2000 hier geborene Kinder ausländischer Eltern in vielen Fällen die deutsche Staatsangehörigkeit aufgrund des Geburtsortsprinzips erworben haben. Somit erübrigt sich in diesen Fällen die Einbürgerung.
- Die erhöhten Einbürgerungszahlen um das Jahr 2000 führten und führen dazu, dass Kinder, die nach der Einbürgerung Ihrer Eltern geboren wurden und werden, die deutsche Staatsangehörigkeit aufgrund des Abstammungsprinzips erwerben. Dieses hat direkte Auswirkungen auf die Einbürgerungszahlen.
- Anders als in den Vorjahren, können seit dem Jahr 2009 Kinder unter 16 Jahren mit einem eigenen Einbürgerungsanspruch auch ohne ihre Eltern eingebürgert werden. Dieses wird vermehrt in Anspruch genommen und wirkt sich positiv auf die Einbürgerungszahlen aus.

Das Thema Einbürgerung wird demnach von einer Vielzahl an Faktoren beeinflusst.

2.3 Bevölkerungsprognosen

Die aktuellen Bevölkerungsvorausschätzungen des Statistischen Landesamtes für Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) geben Auskunft für die Kreisebene.

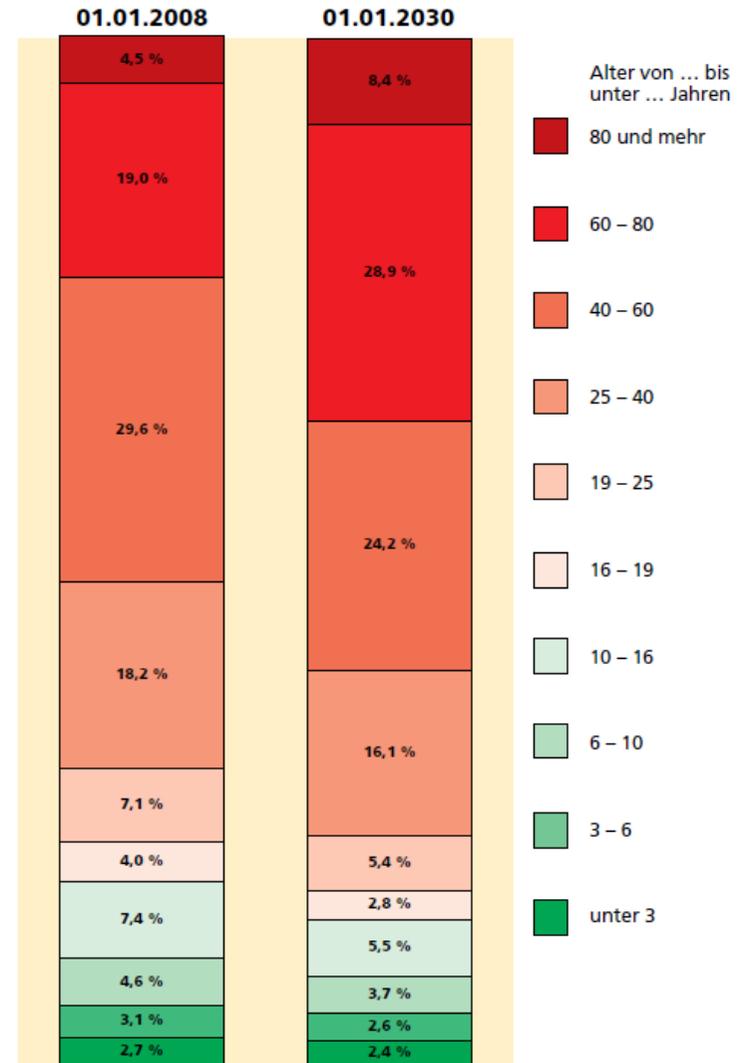
- 1 Die Bevölkerungszahl im Regierungsbezirk Münster hat 2003/2004 bereits ihr Maximum erreicht. Im Münsterland wird erst ab 2020/2021 ein dauerhafter Bevölkerungsrückgang erwartet.
- 2 Der Geburtenüberschuss hat sich bereits im Regierungsbezirk Münster in einen Sterbefallüberschuss gewandelt. Im Münsterland steht dieser Wandel in den nächsten Jahren bevor.
- 3 Die Wanderungsprognose gestaltet sich für den Regierungsbezirk Münster positiv: Momentan kann vor allem im Münsterland von einem zwar geringen, aber dauerhaft positiven Wanderungssaldo ausgegangen werden. Ein zentraler Aspekt der Annahmenbildung für Wanderungen über die Landesgrenze NRW ist die Erhöhung des Wanderungsgewinns ab 2011. Sie steht im Zusammenhang mit einer Beendigung der Übergangsregelung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Länder der EU-Osterweiterung. Darüber hinaus wird angenommen, dass der Rückgang der Erwerbspersonen in NRW, der ungefähr für 2015 zu erwarten ist, eine Zunahme von Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten aus dem Ausland erzeugt.
- 4 Der in der folgenden Graphik dargestellte zukünftige Altersaufbau zeigt, dass die Alterung der Gesamtbevölkerung aufgrund der geschilderten Entwicklungen nicht aufzuhalten ist. Bis 2030 dürfte das Durchschnittsalter im Regierungsbezirk Münster um 6 Jahre ansteigen. Im Vergleich zum Bevölkerungsbericht 2005 vollzieht sich die Alterung der Gesellschaft schneller, als noch vor vier Jahren erwartet wurde.
- 5 Die Graphik auf der Seite 12 verdeutlicht einen wichtigen Aspekt im Zuge der demographischen Entwicklungen. Schon heute ist deutlich erkennbar, dass der Anteil der Altersgruppen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund sich unterscheidet. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist heute schon deutlich höher bei den Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund. Für die Betrachtung der zukünftigen Entwicklungen in Deutschland, sind die Kinder und Jugendlichen am interessantesten, denn sie spiegeln die Zukunft der Bevölkerung wider.

„Die Altersstruktur der Ausländer hat zur Folge, dass noch für viele Jahre starke Geburtsjahrgänge in das Fortpflanzungsalter nachwachsen und es noch länger dauert, bis diese Jahrgänge in das Alter erhöhter Sterblichkeit nachrücken. Auch bei einem völligen Einwanderungsstopp, der noch nicht einmal die Familienzusammenführung zuließe, würde also die Zahl der Ausländer in Deutschland für viele weitere Jahre zunehmen.“

(Bevölkerungswissenschaftler Karl Schwarz)

Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2008 bis 2030^{*)} nach Altersgruppen: Kreis Warendorf

Alter von ... bis unter ... Jahren	01.01.2008	01.01. 2030	Veränderung vom 01.01.2008 bis 01.01.2030
unter 3	7 700	6 400	-16,7 %
3 – 6	8 600	6 900	-19,9 %
6 – 10	13 000	9 600	-26,1 %
10 – 16	20 700	14 500	-30,1 %
16 – 19	11 200	7 300	-35,1 %
19 – 25	19 900	14 300	-27,9 %
25 – 40	51 300	42 400	-17,3 %
40 – 60	83 400	63 600	-23,7 %
60 – 80	53 400	75 900	+42,1 %
80 und mehr	12 600	22 200	+76,4 %
insgesamt	281 600	263 000	-6,6 %

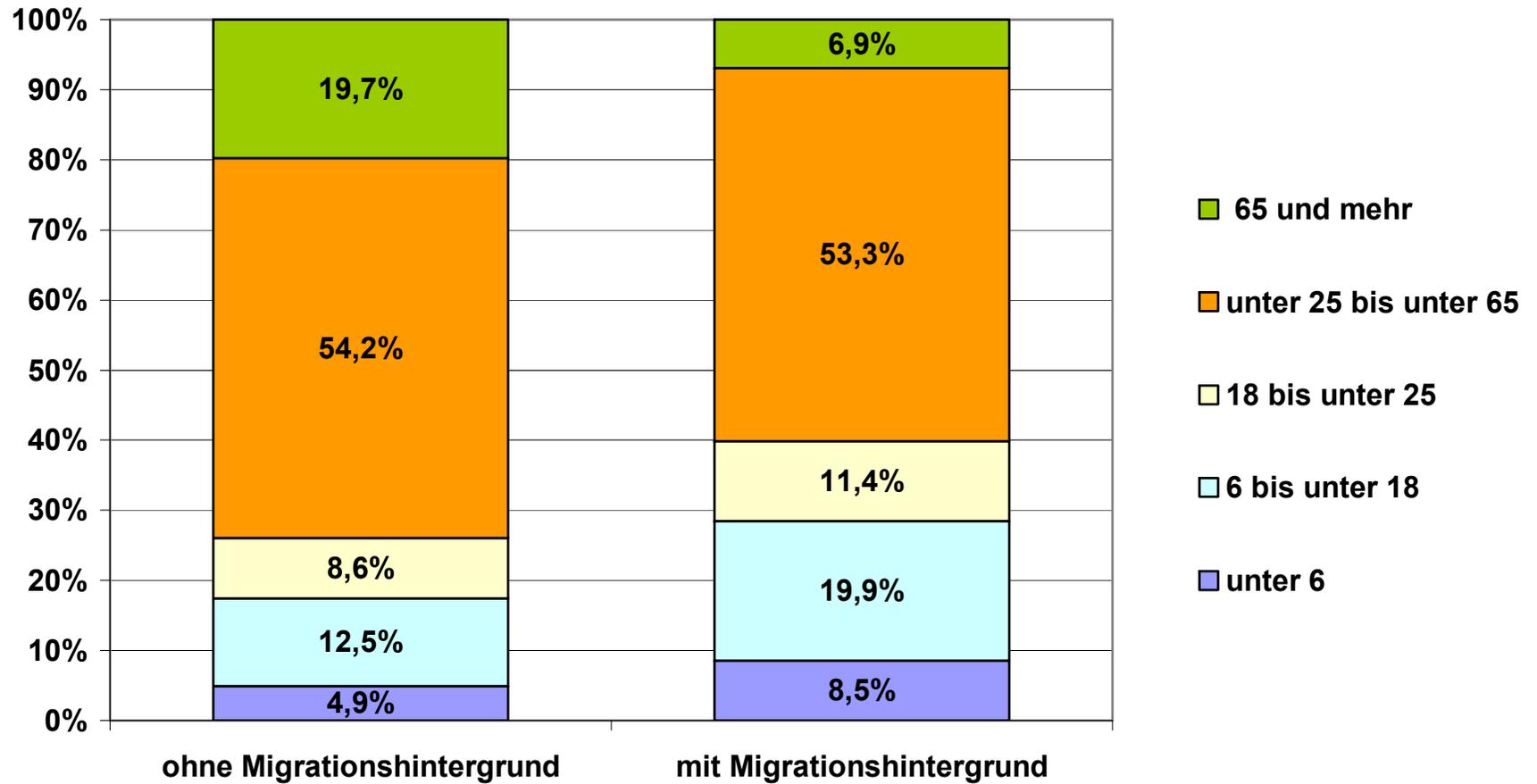


^{*)} Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung 2008 bis 2030/2050

Bevölkerung in der Region Münsterland nach Altersgruppen und Migrationsstatus - Stand 2007

(Regionale Zusammensetzung der Region Münsterland: Kreis Borken, Kreis Steinfurt, Kreis Coesfeld, Kreis Warendorf, Kreisfreie Stadt Münster)

Bevölkerung in der Region Münsterland nach Altersgruppen und Migrationsstatus Stand 2007



Quelle: Mikrozensus 2007

Diese Graphik basiert auf den Ergebnissen des Mikrozensus. Die zugrundeliegende Stichprobenerhebung ist in der Regel eine Zusammenfassung mehrerer Landkreise oder auch kreisfreier Städte, sodass sich die statistischen Aussagen auf Gebiete mit mindestens 500 000 Einwohnern beziehen. Damit soll sichergestellt werden, dass der Nachweis der ausgewählten Merkmale durch vereinzelt auftretende geringe Fallzahlen und damit einhergehende höhere Zufallsfehler nicht über Gebühr eingeschränkt wird.

3 Integrationspolitik und -arbeit auf dem aktuellen Stand

Integration bezeichnet die Eingliederung (neuer) Bevölkerungsgruppen in bestehende Sozialstrukturen einer Aufnahmegesellschaft und die Art und Weise, wie diese (neuen) Bevölkerungsgruppen mit dem bestehenden System

- wirtschaftlicher,
- sozialer,
- rechtlicher,
- kultureller und
- politischer

Beziehungen verknüpft werden. Integration verfolgt das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Geschehen in all seinen Facetten (vgl. KGSt-Bericht 07/2005: Management kommunaler Integrationspolitik).

Obwohl Integration ein letztlich individueller oder subjektiver Prozess ist, der sich häufig über mehrere Generationen vollzieht, ist es für das Integrationsmanagement unverzichtbar, oberhalb der subjektiven Ebene Kriterien einzuführen, anhand derer der Grad der Integration in einer Gesellschaft gemessen werden kann. In der kommunalen Szene hat sich eine Definition nach Heckmann etabliert, die nach vier Dimensionen unterscheidet.

Strukturelle Integration

Sie beinhaltet den Erwerb eines Mitgliedsstatus in Kernbereichen der Aufnahmegesellschaft: Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Bildungs- und Qualifikationssysteme, Wohnungsmarkt und politische Gemeinschaft. Bei der strukturellen Integration geht es um den Erwerb von Rechten sowie einen gleich berechtigten Zugang zu gesellschaftlichen Positionen.

Kulturelle Integration

In einigen Lebensbereichen setzt der Erwerb eines Mitgliedsstatus auch Lern- und Sozialisationsprozesse seitens der Zuwanderer voraus, um eine Mitglieds- und Partizipationsrolle überhaupt ausfüllen zu können. Integration beinhaltet deshalb auch Prozesse kognitiver, kultureller, verhaltens- und einstellungsbezogener Veränderungen - die so genannte kulturelle Integration. Zentrales Ziel ist dabei das Erlernen der deutschen Sprache, um eine gemeinsame Verständigung zu ermöglichen.

Soziale Integration

Sie beschreibt den Erwerb der gesellschaftlichen Mitgliedschaft der Migranten in der Aufnahmegesellschaft. Sie zeigt sich in sozialen Netzwerken, interethnischen Eheschließungen oder Vereinsmitgliedschaften.

Identifikatorische Integration

Die identifikatorische Integration spiegelt die subjektive Seite der Integration wider. Sie zeigt sich in persönlichen Zugehörigkeits- und Identifikationsgefühlen zur Aufnahmegesellschaft bzw. regionalen und/oder lokalen Strukturen.

Neben der wissenschaftlichen Diskussion wurde die öffentliche Debatte über Integration durch zahlreiche gesetzliche Veränderungen und Entwicklungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene beeinflusst.

3.1 Gesellschaftliche Veränderungen

Das Thema Integration genießt eine hohe gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Aktualität. Viele Studien und Berichte sind hierzu in der letzten Zeit erschienen. Gleichzeitig ist das „öffentliche“ Bewusstsein im Hinblick auf die Menschen mit Migrationshintergrund offenbar differenzierter geworden.

- Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien zum Bildungssystem wie IGLU oder PISA dokumentieren, dass in Deutschland stärker noch als anderswo der **sozioökonomische Status der Familie** entscheidend für die Bildungschancen der Kinder ist und dass die Bundesrepublik ein Schlusslicht darstellt, wenn es um die Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund geht. In der möglichst frühzeitigen Förderung der Sprachkompetenz und der Verbesserung der Bildungschancen von zugewanderten Kindern und Jugendlichen wird daher ein wesentlicher Erfolgsfaktor für eine gelingende Integration gesehen.
- Im Zusammenhang mit den Aussagen aus diesen Studien rücken die **Frage der Wirksamkeit** der bisherigen Integrationspolitik und deren Bedeutung für die Gesellschaft in das Blickfeld der Öffentlichkeit. Die zentrale Frage lautet: wofür geben wir derzeit die Ressourcen aus und welche Wirkung wird damit erreicht?
- Integration wird nicht mehr ausschließlich als eine Aufgabe des Staates, sondern als Herausforderung wahrgenommen, die **Staat und Gesellschaft** gleichermaßen fordert. Wie die Rollenverteilung der einzelnen staatlichen und gesellschaftlichen Akteure im Hinblick auf die verschiedenen Handlungsfelder und „Migranten-Communities“ ausgestaltet werden soll, wird aktuell diskutiert.
- Der wissenschaftliche, politische und gesellschaftliche Diskurs konzentrierte sich bis vor wenigen Jahren auf die Probleme, Defizite und Kosten im Zusammenhang mit der Integration. Auch im Hinblick auf die Zuwanderung wurden vorrangig Gefahren thematisiert.
Derzeit deutet sich ein Paradigmenwechsel hin zu „**Integration als Chance**“ an, indem verstärkt die Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund hervorgehoben und auf die Chancen der Migration und Integration verwiesen wird.
- Dieser Wechsel zu einem potenzialorientierten Blick auf die Integration wird zunehmend Bedeutung beigemessen. In diesem Zuge wird auch thematisiert, welche Kosten durch mangelnde Integration sich im Bildungs-, Arbeits- und Gesundheitssystem ergeben. Die Zusammenhänge zwischen Integrationsprozessen bei Migrantinnen und Migranten und gesellschaftlichen Kosten sind in der aktuellen politischen Diskussion eine wichtige Frage. Zur näheren Untersuchung derselben sowie zur Abschätzung des Potenzials an gesellschaftlichem Nutzen, welcher durch gezielte Integrationsmaßnahmen ausgelöst werden kann, hat die Bertelsmann Stiftung in 2007 ein Gutachten erstellen lassen, in welchem ein Konzept für die Messung der

gesellschaftlichen Kosten der unzureichenden Integration von Migrantinnen und Migranten entwickelt wurde (Bertelsmann Stiftung: Gesellschaftliche Kosten unzureichender Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Deutschland, 2007). Dies ergibt eine Gesamtsumme der **Kosten unzureichender Integration** von 11,8 Mrd. Euro (Modell 3) bis 15,6 Mrd. Euro pro Jahr (Modelle 1 und 2). Mit dieser Betrachtung wird die Intention verfolgt, den gesamtgesellschaftlichen Nutzen von Integration zu verdeutlichen.

- Es wird zunehmend erkannt, dass es sich bei Menschen mit Migrationshintergrund nicht um eine homogene Gruppe handelt. Die Vielfalt und Heterogenität der unterschiedlichen „Migranten-Communities“ tritt immer deutlicher zu Tage. Insbesondere die in 2008 von Sinus Sociovision veröffentlichte qualitative ethnografische Leitstudie über Migranten-Milieus in Deutschland hat bundesweit mit Aussagen die Diskussion über Integration angeregt, die in dieser Deutlichkeit bislang in der Integrationsdebatte nicht formuliert wurden:
 - Migrantinnen und Migranten sind keine **homogene Gruppe**. Vielmehr zeigt sich eine vielfältige und differenzierte Milieulandschaft. Milieus fassen Menschen zusammen, die sich in Grundorientierungen, Lebensstilen und sozialer Lage ähneln. Insgesamt acht Migranten-Milieus mit jeweils ganz unterschiedlichen Lebensauffassungen und Lebensweisen konnten identifiziert, beschrieben und quantitativ bestätigt werden.
 - Die Herkunftskultur determiniert nicht den grundlegenden Wertemix. Migrantinnen und Migranten unterscheiden sich weniger nach ihrer ethnischen Herkunft und sozialer Lage als nach ihren **Wertvorstellung und Lebensstilen**. Man kann also nicht von der Herkunftskultur auf das Milieu schließen und auch nicht umgekehrt.
 - Faktoren wie ethnische Zugehörigkeit, Religion und Zuwanderungsgeschichte beeinflussen zwar die Alltagskultur, sind aber nicht milieuprägend und auf Dauer nicht identitätsstiftend. Der Einfluss religiöser Traditionen wird oft überschätzt.

Die Studie widerlegt viele hierzulande verbreitete Negativ-Klischees über Migrantinnen und Migranten. Im Dialog werden oft die Defizite gesehen und die Ressourcen an kulturellem Kapital von Migrantinnen und Migranten, ihre Integrations- und zugleich auch Anpassungsleistungen sowie der Stand ihrer Etablierung in die Gesellschaft meist unterschätzt.

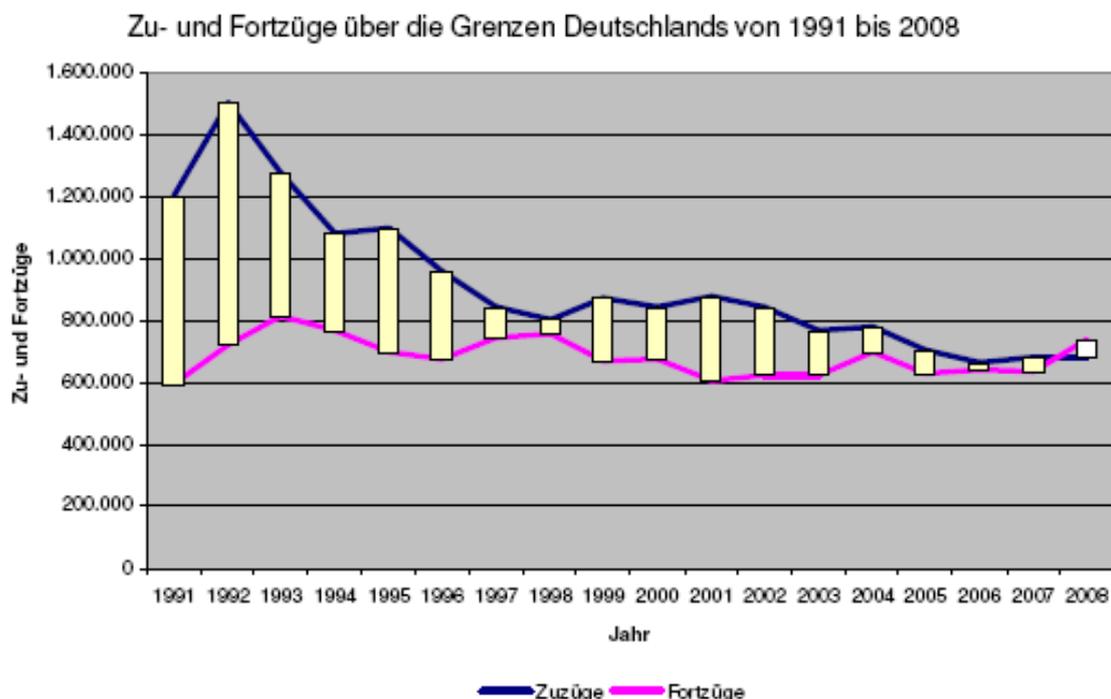
Die Vielzahl an gesellschaftlichen Themen zeigen deutlich, welche Bewegung in den letzten Jahren in die Integrationsdebatte und damit auch in die Integrationsarbeit gekommen ist.

3.2 Bund

Die erfolgreiche Integration von rechtmäßig in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten liegt im Interesse der aufnehmenden Gesellschaft und der zugewanderten Menschen. "Fordern und fördern" - unter dieses Motto hat Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble die Integrationspolitik der Bundesregierung gestellt:

"Die Deutschen sollten lernen, dass Zuwanderung keine Bedrohung, sondern eine Chance für das Land ist. Beide, Migrantinnen und Migranten sowie Aufnahmegesellschaft, sollen entsprechend dem Prinzip des Forderns und Förderns ihren Beitrag zu einer erfolgreichen Integration leisten. Dabei hilft das Bundesinnenministerium den Migrantinnen und Migranten - mit sichtbarem Erfolg."

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit ihrer Gründung Ziel von Wanderungsbewegungen. Insbesondere die Zuwanderung aus dem Ausland hat die Struktur und Entwicklung der Bevölkerung wesentlich geprägt. Im Migrationsbericht 2008 der Bundesregierung wird ein Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland anhand der amtlichen Wanderungstatistik gegeben.



Quelle: Statistisches Bundesamt

Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurden von 1991 bis 2008 etwa 16,5 Millionen Zuzüge vom Ausland nach Deutschland registriert. Gleichzeitig wurden für denselben Zeitraum 12,3 Millionen Fortzüge ins Ausland verzeichnet. Im Saldo betrachtet ergibt sich somit ein Wanderungsüberschuss von fast 4,2 Millionen.

Vier Faktoren sind für diese hohen Zuzugszahlen maßgeblich verantwortlich. Erstens der - bis Mitte der 1990er Jahre - erhöhte Zuzug von (Spät-)Aussiedlern. Zweitens die bis 1992 gestiegene Zahl von Asylsuchenden, die seitdem jedoch kontinuierlich gesunken ist. Drittens die hohe Zahl der seit 1991/92 aus dem ehemaligen Jugoslawien geflohenen Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, von denen die meisten bereits wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Und viertens die gestiegene, aber zeitlich begrenzte Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Staaten, insbesondere von Werkvertrags- und Saisonarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern.

Damit hatten die Zuwanderungen einen wesentlich größeren Einfluss auf die Entwicklung der Einwohnerzahl in Deutschland als der natürliche Saldo (Geburten abzüglich Sterbefälle). Allerdings ist die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger nach Deutschland in den letzten Jahren stark zurückgegangen und stagniert auf niedrigem Niveau.

Im Jahr 2008 wurde erstmals seit 1984 wieder mit -55.743 ein negativer Gesamtwanderungssaldo (Deutsche - Ausländer) registriert. Dieser setzt sich zusammen aus einem Wanderungsverlust deutscher Personen von - 66.428 und einem - trotz der Bereinigung der Melderegister - leichtem Wanderungsüberschuss von +10.695 bei Ausländerinnen und Ausländern. Im Vergleich zum Vorjahr (+99.003 Zuzüge) ist der weiterhin positive Wanderungssaldo bei ausländischen Staatsangehörigen jedoch deutlich geringer ausgefallen.

Das Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes zum 1. Januar 2005 hat eine öffentliche Debatte darüber ausgelöst, welchen Herausforderungen sich Deutschland als Einwanderungsland stellen muss. Das Zuwanderungsgesetz ist der Einstieg in eine systematische Integrationspolitik. Mit dem Zuwanderungsgesetz ist die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, Zuwanderung entlang der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Interessen zu steuern. Es regelt zudem gesetzlich ein Grundangebot an Integrationsleistungen für alle Migrantinnen und Migranten.

Die Fördermaßnahmen des Bundes sind beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg weitgehend gebündelt worden. Mit dem im Zuwanderungsgesetz vorgesehenen bundesweiten Integrationsprogramm sollen die Integrationsangebote von Bund, Ländern und Kommunen besser aufeinander abgestimmt werden. Bei der Ausarbeitung dieses Programms sind auch die Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, die Träger der freien Wohlfahrtspflege sowie sonstige gesellschaftliche Interessenverbände beteiligt.

Sprache wird als ein Schlüssel für erfolgreiche Integration gesehen. Aus diesem Grund wurde zu Beginn 2005, mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes, ein Mindestrahmen staatlicher Integrationsangebote geschaffen. Den Kern dieser staatlichen Angebote bildet der Integrationskurs. Ein Bestandteil des Integrationskurses ist Sprachunterricht. Das Ziel: Migrantinnen und Migranten sollen sich im Alltag verständigen können und so der deutschen Gesellschaft näher kommen. Der zweite Bestandteil des Integrationskurses ist der so genannte Orientierungskurs. Darin stehen die deutsche Kultur, das Rechtssystem und die Werteordnung im Vordergrund.

Seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes sind die vom Bund geförderten Beratungsdienste zusammengelegt und neu strukturiert worden. Seit dem 1. Januar 2005 erfolgt die Beratung für erwachsene Zuwanderinnen und Zuwanderer durch die Migrationsberatung. Der Schwerpunkt der Migrationsberatung liegt auf der Beratung und Begleitung von Neuzuwanderern; sie steht aber auch im Rahmen der nachholenden Integration bereits länger in

Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten offen. Die Durchführung der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer obliegt dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Mit dem Zuwanderungsgesetz wurde auch die Beratung der jugendlichen Zuwanderinnen und Zuwanderer bis 27 Jahre verändert. Die Jugendmigrationsdienste (JMD) unterstützen jugendliche Migranten und Migrantinnen bei ihrem Integrationsprozess im neuen Lebensumfeld. Die Integration in Ausbildung und Arbeitsmarkt steht dabei im Vordergrund. Diese Beratung wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Die 2006 ins Leben gerufene Islamkonferenz war die erste gesamtstaatliche Reaktion, also Bund, Länder und Kommunen umfassend, auf die historisch relativ junge Präsenz von Muslimen als relevante Bevölkerungsgruppe in Deutschland. "Muslime in Deutschland - deutsche Muslime" - dieses Motto bringt das zentrale Ziel der **Deutsche Islam Konferenz** auf den Punkt:



Muslime in Deutschland sollen sich als Teil der deutschen Gesellschaft verstehen und von dieser auch so verstanden werden. Die Deutsche Islam Konferenz setzt dort, wo nötig, Zeichen für ein besseres Miteinander von Muslimen und der Mehrheitsgesellschaft.

Mit ihrem ersten Zwischenresümee hat die DIK Empfehlungen zu zentralen Fragen des Zusammenlebens vorgelegt - etwa zur gemeinsamen Wertgrundlage in unserer Gesellschaft, zum Bau und Betrieb von Moscheen, zur Einführung islamischen Religionsunterrichts, zu einer verantwortungsvollen, vorurteilsfreien und differenzierten Berichterstattung und zur Verbesserung der Kooperation zwischen der muslimischen Bevölkerung und den Sicherheitsbehörden.

Gemeinsam mit Ländern und Kommunen, mit Migrantenverbänden und zahlreichen anderen nichtstaatlichen Akteuren hat die Bundesregierung am 12. Juli 2007 über 400 Maßnahmen und Selbstverpflichtungen zur Integration verabschiedet. Mit dem Nationalen Integrationsplan wird die Integrationspolitik in Deutschland auf eine neue Grundlage gestellt. Erstmals einigen sich alle staatlichen Ebenen im Dialog mit den wichtigsten Akteuren der Bürgergesellschaft und den Migrantinnen und Migranten auf einen gemeinsamen Plan für eine nachhaltige Integrationspolitik.

Der Nationale Integrationsplan enthält klare Ziele, konkrete Maßnahmen und Selbstverpflichtungen der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure. Diese werden ergänzt durch Kriterien für die Evaluation und Umsetzung der Zielvorgaben und Maßnahmen.

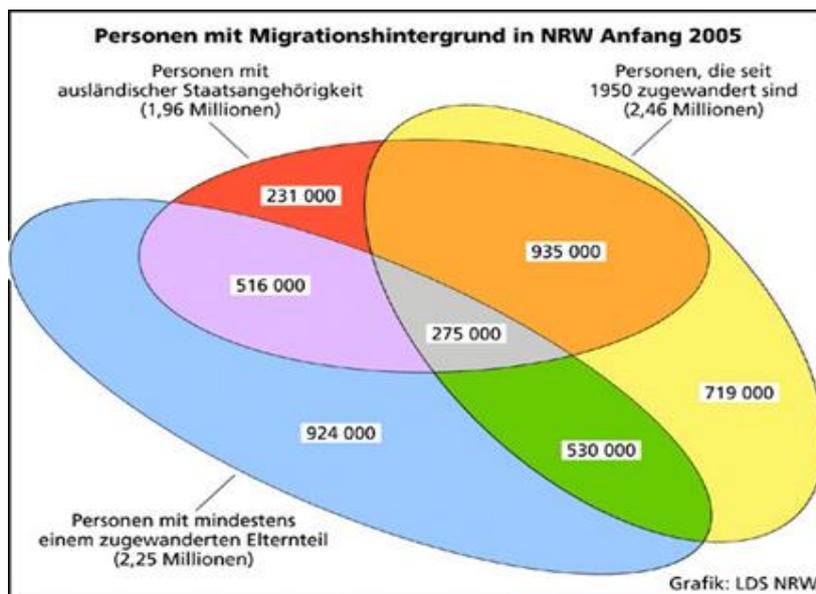
3.3 Land Nordrhein-Westfalen

Die Integrationspolitik der Landesregierung ist von folgenden Leitvorstellungen geprägt:

- Die Migrantinnen und Migranten sollen möglichst rasch und umfassend in sprachlicher, sozialer, wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Hinsicht eingegliedert werden.
- Insbesondere für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund gilt es durch gezielte Förderung Chancengleichheit herzustellen.
- Die durch Zuwanderung entstandene kulturelle und religiöse Vielfalt der Bevölkerung soll in ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander münden.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat auf die Herausforderung der Integration mit der Schaffung des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) reagiert. Damit war NRW das erste Bundesland, das ein Integrationsministerium eingerichtet hat.

Die öffentlichen Debatten der letzten Jahre über Probleme und Misserfolge im Zusammenhang mit der Integration zeigen, dass es Versäumnisse hinsichtlich der städtebaulichen, der sozialen, der wirtschaftlichen, der schulischen und der kulturellen Integration vieler Menschen mit Migrationshintergrund gibt. Das erfolgreiche Modell der fünfziger und sechziger Jahre hätte in den siebziger Jahren an den Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft angepasst werden müssen. Hinweise auf Integrationsbedarfe in der Bevölkerung sind nicht allein aus der Zahl oder dem Wanderungssaldo Nichtdeutscher abzuleiten. Relevant sind vielmehr alle Personen, die über einen Migrationshintergrund verfügen. Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik hat erstmals detaillierte Zahlen zu den Einwohnerinnen und Einwohnern Nordrhein-Westfalens mit Migrationshintergrund veröffentlicht.



Demnach hat in 2005 fast jeder vierte Einwohner in NRW (22,9 %) einen Migrationshintergrund. Das entspricht rund 4,1 Millionen Menschen.

Das Landeskabinett beschloss am 27. Juni 2006 einen 20 Punkte umfassenden "Aktionsplan Integration", der die zentralen Aufgaben und Handlungsschritte der Integrationspolitik zusammenfasst. Der "Aktionsplan Integration" stellt vor allem die Bildung und Erziehung der nachwachsenden Zuwanderergeneration in den Mittelpunkt. Dies beginnt bei der vorschulischen Sprachförderung schon bei Vierjährigen, setzt sich fort mit dem Ausbau der Ganztagsschulangebote, die vor allem Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern Unterstützung anbieten, und mündet in modernen Angeboten für das Zusammenleben in den Kommunen. Weitere wichtige Punkte sind die Verbesserung der Integration in Ausbildung und Beruf, aber auch eine erfolgreichere gesellschaftliche Integration, dazu zählt zum Beispiel der Schutz von Frauen vor Zwangsverheiratung.

Ein wichtiges aktuelles Vorhaben der Landesregierung richtet sich an die Zielgruppe der Familien. Bislang erreichen die Einrichtungen der Familienberatung und Familienbildung Familien mit Zuwanderungsgeschichte nur unterdurchschnittlich - obwohl von einem höheren Bedarf auszugehen ist. Hingegen ist der Kindergarten mittlerweile eine Institution, die auch von dem größten Teil der Migrantenfamilien in Anspruch genommen wird. Die wohnortnahe Verknüpfung von Kindertageseinrichtungen mit den Familienberatungsstellen, den Familienbildungsstätten sowie anderen Einrichtungen der Familienhilfe fördert zukünftig auch eine umfassendere und zielgenaue Ansprache von Migrantenfamilien. Familienzentren werden nicht nur zu Orten, in denen Bildung, Beratung und Betreuung organisiert werden, sondern auch zu Integrationszentren in Stadtteilen.

Die Regionalen Arbeitsstellen für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien (RAA), arbeiten seit mehr als 25 Jahren in mittlerweile in 27 Städten in Nordrhein-Westfalen in kommunaler Trägerschaft, gefördert durch das Land Nordrhein-Westfalen. Sie arbeiten in multikulturellen Teams darauf hin in den Bereichen Kindergarten, Schule und Übergang von der Schule in den Beruf, Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien gleiche Chancen wie einheimischen Kindern und Jugendlichen zu eröffnen. Die RAA arbeitet auch als Servicestelle. Der Kreis Warendorf nutzt dieses Potenzial und hat in 2009 das Projekt Frühkindliches Integrations-Training (FIT) initiiert (vgl. Kapitel 5.1).

3.4 Kreis Warendorf

Bund, Länder und Kommunen können nur gemeinsam die Zukunftsaufgabe der Integration von Migrantinnen und Migranten bewältigen und bestehende Integrationsdefizite abbauen. Gleichwohl spielen die Kommunen bei der Integration von Migrantinnen und Migranten wegen ihrer Nähe zu den Menschen eine ganz entscheidende Rolle. Die konkreten Begegnungen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund finden in den Kommunen statt. Hier werden die Erfolge, aber auch die Ergebnisse misslungener Integration unmittelbar spürbar. Eine erfolgreiche Integration der Migrantinnen und Migranten ist für die Städte, Gemeinden und Kreise deshalb von zentralem Interesse. Sie stellt zweifelsfrei eine der großen Herausforderungen der Kommunalpolitik dar.

3.4.1 KOMM-IN NRW-Projekte der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf

Die Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf sind seit vielen Jahren in der Integrationsarbeit aktiv. Die vielfältigen Maßnahmen - von "Runden Tischen" zur Integration von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern bis hin zu Internationalen Fußballturnieren - lassen sich an dieser Stelle gar nicht vollständig abbilden.

Vier Städte nutzen zurzeit das Programm "KOMM-IN NRW - Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit - eine Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen", um ihre Integrationsarbeit in einem zielorientierten Prozess weiterzuentwickeln. Als Beispiele für die umfangreichen Aktivitäten der Städte und Gemeinden werden diese Projekte im Folgenden kurz skizziert:

- Die **Stadt Ahlen** stieg im Jahr 2007 als erste Stadt im Kreis Warendorf in die KOMM-IN-Förderung ein. Das Motto der Integrationsarbeit lautet "Zusammen ist besser" und bringt zum Ausdruck, dass die Zusammenarbeit von gegenseitiger Unterstützung, von Gemeinsamkeit und Vernetzung getragen wird. In der "Lenkungsgruppe Integration" unter Moderation der Stadt kommen viele wichtige Akteure der Integrationsarbeit regelmäßig zusammen und bilden ein effektives Netzwerk.

Im Rahmen des ersten KOMM-IN-Projektes wurde ein Integrationskonzept erstellt, das klare Zielvorstellungen und inhaltliche Schwerpunktsetzungen enthält. Die daraus hervorgegangene Integrationserklärung für die Stadt Ahlen wurde von zahlreichen Vertretern aus Politik, Verbänden und Vereinen unterzeichnet. Zur Förderung der Transparenz über Angebote und Akteure im Bereich der Integrationsarbeit wurde eine Broschüre erstellt. Dieser Weg wurde durch die Einrichtung des Internetauftritts www.migration-ahlen.de weiter fortgesetzt.

Im Rahmen der ersten Projektphase wurde auch der "Sozialbericht zur Lebenssituation der Einwohnerinnen und Einwohner mit Zuwanderungsgeschichte in Ahlen" erstellt. Dieser enthält eine umfassende Darstellung von Zahlen, Daten und Fakten insbesondere zum Bereich "Sprache, Bildung und Erziehung". Ergänzend wurden in den darauf folgenden KOMM-In-Projekten Sozialberichte zu den Themen "Wirtschaft, Arbeit und soziale Sicherung" und "Werte, Politik und Beteiligung" erarbeitet.

Ein wichtiges Ziel der zweiten KOMM-IN-Förderphase 2008/2009 war die Intensivierung des Kontakts zu den Migrantenselbstorganisationen. Es wurden Profile der Organisationen erstellt, um diese besser kennen zu lernen und Kooperationen (Tandemprojekte) mit den Wohlfahrtsverbänden anzubahnen.

In der dritten Projektphase 2009/2010 wurde in einem partizipativen Prozess der Themenbereich "Werte, Politik und Beteiligung" bearbeitet. Im Rahmen einer Integrationskonferenz und drei thematischen Bürgerforen erfolgte ein intensiver Austausch mit und zwischen Ahlenern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte. Die engagierte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsteams der Stadt Ahlen trug wesentlich zu der stark gestiegenen Wahlbeteiligung bei den Integrationsratswahlen bei.

In der nächsten Förderperiode 2010/2011 wird - inzwischen zum dritten Mal - wieder eine große Veranstaltung zum Tag der Integration am 25.09. stattfinden. Im Fokus stehen die Themenbereiche "Gesundheit/Ernährung", "Wohnen", "Konsum" und "Gesellschaftliches Leben". Ein zweites Projekt beinhaltet eine intensive Zusammenarbeit mit der Stadt Beckum, insbesondere in Bezug auf die Einbindung und Unterstützung der beiden im Februar 2010 erstmalig gewählten Integrationsräte (in Ahlen löst dieses Gremium den Ausländerbeirat ab).

Die Projekte im Rahmen der KOMM-IN-Förderung bilden nur einen Teil der kommunalen Integrationsarbeit ab. Andere Maßnahmen, wie die Ausbildung und Begleitung von Integrationshelferinnen im Rahmen des Europäischen Integrationsfonds, ergänzen das Angebot.

- Die **Stadt Beckum** ist im Jahr 2009 in die KOMM-IN-Förderung eingestiegen. Die Erstellung eines Integrationskonzeptes unter breiter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bildete den Schwerpunkt des Projektes. In drei Arbeitsgruppen zu den Handlungsfeldern "Sprache, Bildung und Erziehung", "Freizeit und Kultur" und "Generationen, Arbeit und Soziales" fanden angeregte Diskussionen und ein konstruktiver Austausch statt. Die Ergebnisse wurden in einem Handlungsprogramm mit 11 konkreten Maßnahmen zusammengefasst. Darüber hinaus wurde ein Wegweiser mit allen wichtigen Integrationsangeboten und Ansprechpartnern erstellt. Die im Rahmen des Projektes durchgeführten Integrationskonferenzen leisteten einen wichtigen Beitrag zur Intensivierung der lokalen Netzwerkarbeit.

In der kommenden Förderperiode 2010/2011 wird vorrangig der Themenbereich Bildung und Erziehung bearbeitet. Bildungskonferenzen und Workshops sollen insbesondere dazu dienen, die Vernetzung zwischen Bildungseinrichtungen und Migrantenselbstorganisationen weiter zu vertiefen und gemeinsame Strategien zur Aktivierung von Eltern mit Migrationshintergrund zu erarbeiten. Der im Februar 2010 gewählte Integrationsrat wird dabei eine wichtige Rolle einnehmen. Eine mehrsprachige Broschüre soll vor allem für Eltern mit Zuwanderungsgeschichte mehr Transparenz über Angebote und Ansprechpartner im Bereich Bildung und Erziehung schaffen.

- Die **Stadt Oelde** startete im Jahr 2008 ihr erstes KOMM-IN-Projekt. Unter dem Motto "Miteinander in Oelde!" wurde gemeinsam mit vielen Bürgerinnen und Bürgern sowie Akteuren der Integrationsarbeit ein Integrationskonzept erarbeitet. Drei Arbeitsgruppen mit den Handlungsfeldern „Arbeit und Soziales“, „Erziehung, Bildung und Sprache“ und „Kultur und Freizeit“ formulierten Ziele und Maßnahmen für die Integrationsarbeit in Oelde.

Im Rahmen dieses Projektes wurde auch der Internetauftritt "Integration in Oelde" erstellt. In vier Sprachen kann jeder Interessierte sich nun über die Integrationsarbeit der Stadt informieren. Hier findet sich u. a. auch der Integrationsführer, der eine aktuelle Übersicht über die verschiedenen Bildungs- und Beratungsangebote in Oelde gibt.

Parallel zum KOMM-IN-Projekt wurde durch den Fachdienst für Integration und Migration des Caritasverbandes im Kreisdekanat Warendorf e. V. in Kooperation mit dem Fachdienst Jugendamt der Stadt Oelde, dem LWL Heilpädagogischem Kinderheim Hamm und der Volkshochschule Oelde-Ennigerloh das Lotsenprojekt ins Leben gerufen. Ehrenamtliche Integrationslotsen unterstützen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte z. B. im Kontakt zu Kindertageseinrichtungen und Schulen oder bei Arzt- und Behördengängen und fungieren als "Brückenbauer" zwischen den Kulturen.

Zur Umsetzung der im Integrationskonzept beschriebenen Maßnahmen wurden im zweiten KOMM-IN-Projekt 2009/2010 Integrationspartnerschaften zwischen öffentlichen Einrichtungen, freien Trägern, Stadtverwaltung, Migrantenselbstorganisationen und Einzelpersonen gegründet. Die bestehenden Projekte können in einer Datenbank abgerufen werden.

Im Jahr 2010/2011 bilden die Themen Gesundheit und Pflege den Schwerpunkt eines weiteren KOMM-IN-Projektes. Neben der Erstellung eines Gesundheitswegweisers und der Erweiterung der Internetpräsenz zielt dieses Projekt vor allem auf die Vernetzung der Akteure des Gesundheits- und Pflegesektors.

- Die **Stadt Warendorf** nutzt seit dem Jahr 2008 das Förderprogramm des Landes. MIT in Warendorf steht dabei für Migration, Integration und Toleranz.

Fünf Arbeitskreise zu den Themen "Sprache", "Gesellschaftliche Integration", "Schule und Beruf", "Frauen, Familie, Jugendliche und Kinder" und "Interreligiöser Dialog" wurden gegründet. Sie diskutierten über aktuelle Handlungsbedarfe, entwickelten erste Projekte zur Förderung der Integration und wirkten wesentlich an der Erstellung des "Kleinen Ratgebers für das Leben in Warendorf" mit, der Anfang 2009 herausgegeben wurde. Die handliche Broschüre enthält allgemeine Informationen und Ansprechpartner zu Themen wie Beratung, Bildung, Religion und Freizeit.

Im zweiten KOMM-IN Projekt 2009/2010 wurde u. a. ein Lotsenprojekt gestartet. Ehrenamtliche mit und ohne Migrationshintergrund wurden akquiriert, um Familien mit Migrationshintergrund zu Behörden, Schulen usw. zu begleiten oder auch "Kulturreisen" in Kindertageseinrichtungen durchzuführen. Bereits Ende 2009 wurde ein erstes Schulungsmodul für die zukünftigen Lotsen umgesetzt.

In einem Integrationsworkshop mit der Verwaltungsspitze, Politikerinnen und Politikern, Akteuren der Integrationsarbeit und Migrantenorganisationen wurden Eckpunkte für die Zielrichtung der Integrationsarbeit entwickelt. Diese münden in das Integrationskonzept der Stadt Warendorf, das die integrationspolitischen Leitziele, die zukünftige Steuerung der Integrationsarbeit und die zentralen Handlungsfelder der Integrationsförderung beschreibt.

Die fünf o. g. Arbeitskreise wurden zu vier Arbeitskreisen mit den Themen "Sprache und Schule", "Gesellschaftliche Integration", "Frauen, Familie, Jugendliche und Kinder" und "Interreligiöser Dialog" zusammengefasst. Die Arbeitskreise werden langfristig die Umsetzung der auf die Handlungsfelder bezogenen Ziele begleiten und dienen insbesondere der Vernetzung der Akteure.

Im Rahmen des kommenden Projektes wird es 2010/2011 insbesondere darum gehen, eine Befragung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte durchzuführen und ein Controlling- und Evaluationsverfahren zu entwickeln.

3.4.2 Migrantenselbstorganisationen, Freie Träger und Initiativen

Effektive Integrationsarbeit funktioniert nur mit den Angeboten und Leistungen von Freien Trägern, Migrantenselbstorganisationen und Vereinen. Sie leisten im Wesentlichen die Integrationsarbeit vor Ort.

Im Bereich der Beratung sind hier vor allem die Migrationsberatungsstellen für erwachsene Zuwanderer und der Jugendmigrationsdienst zu nennen. Darüber hinaus bieten aber auch andere Freie Träger und Vereine Beratung und Begleitung für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an. Eine wichtige Rolle spielen darüber hinaus die im Kreisflüchtlingsrat zusammengeschlossenen Vereine, die insbesondere Flüchtlinge unterstützen, sich aber auch stark für die Integration von Zuwanderern engagieren. In mehreren Orten bestehen Gruppen, z. T. in Anbindung an die christlichen Kirchen, die sich die Förderung des Kontaktes zwischen Menschen verschiedener Kulturen zur Aufgabe gemacht haben. Die 44 Migrantenselbstorganisationen im Kreis Warendorf bieten Rat und Lebenshilfe oder auch Raum für Begegnungen und die Pflege der Herkunftskultur. Der überwiegende Teil dieser Vereine ist religiös geprägt.

Im Zuge der Bestandsaufnahme wurden die Kontaktdaten vieler Akteure der Integrationsarbeit erhoben und auf die Internetseiten des Kreises eingestellt (www.kreis-warendorf.de/integration). Dort sind sowohl die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Kommunen als auch die Adressen von Migrationsberatungsstellen, Migrantenselbstorganisationen, Vereinen und Initiativen abrufbar. Dies ist ein weiterer Schritt zu mehr Transparenz und Vernetzung im Kreis Warendorf. Die Datenbank wird kontinuierlich ausgebaut und regelmäßig aktualisiert.

Die Akteure der Integrationsarbeit verfügen in der Regel bereits über eine jahrelange Erfahrung und haben sehr viele Kontakte. Um dieses große Potenzial zu nutzen, wurden im Zuge der Bestandsaufnahme eine schriftliche Befragung und ergänzende Interviews durchgeführt (siehe 4.3).

4 Das Projekt

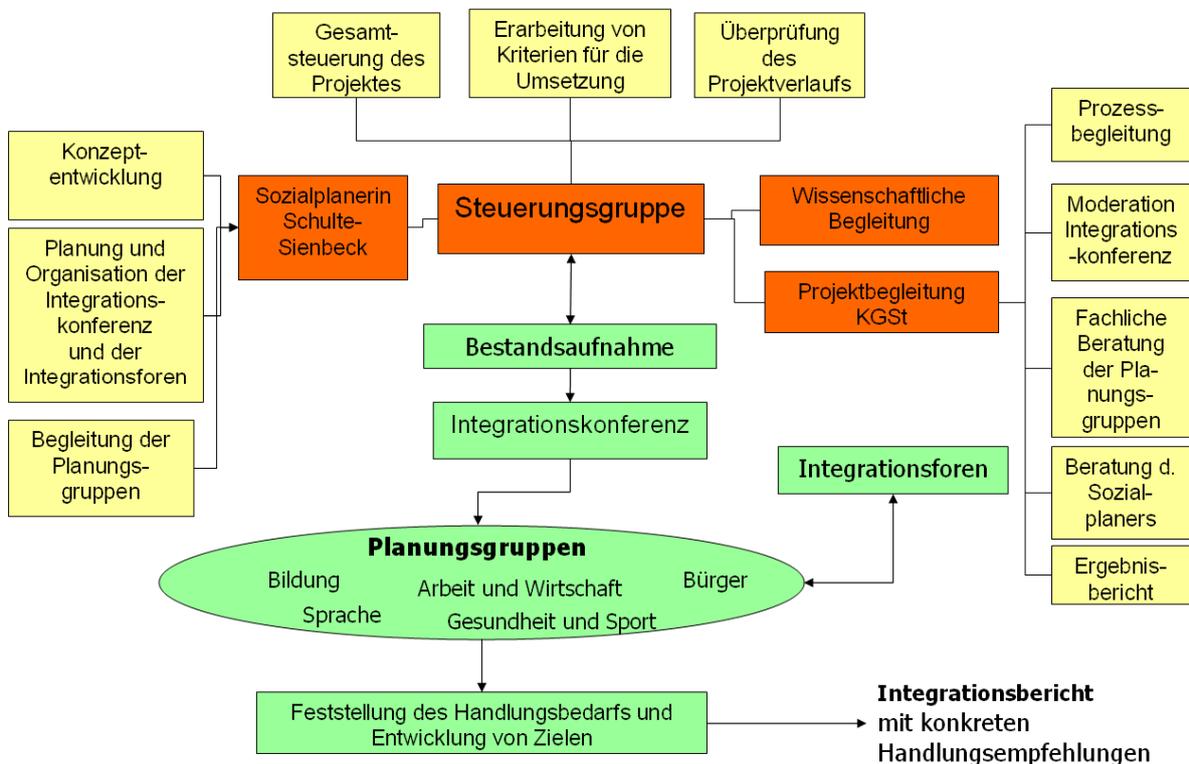
Einige gesellschaftliche Handlungsfelder sind sehr komplex im Hinblick auf Zuständigkeitsstrukturen und Wirkungszusammenhängen. Diese Themen lassen sich nicht nur aus der Sicht eines „Akteurs“ diskutieren. Dies war ausschlaggebend für den Kreis Warendorf, die Handlungsfelder ganzheitlich zu diskutieren und einen breit angelegten Beteiligungsprozess aufzusetzen, um möglichst vielen Menschen die Chance zu geben, konkrete Anforderungen und Ideen zu formulieren.

Der gesamte Planungsprozess lief von Frühjahr 2008 bis Anfang 2010.

4.1 Planungsprozess

Der Kreis Warendorf hat bereits in früheren Planungsprozessen sehr positive Erfahrungen damit gemacht, Betroffene im Prozess zu beteiligen. Ziel des Integrationsprojektes war, einen möglichst breiten Konsens für die zukünftige Integrationspolitik zu erreichen. Eine Vielzahl an Verantwortlichen wurde daher an der Umsetzung beteiligt.

Planungsprozess und Verantwortlichkeiten



Schwerpunkt der ersten Phase war die Bestandsaufnahme. Anfang März 2009 hat eine Integrationskonferenz stattgefunden. Dort wurden die Ergebnisse der Bestandsaufnahme als Basis für die weitere Zielplanung präsentiert.

Die zweite Phase begann im Juni 2009 und widmete sich der Zielarbeit in Planungsgruppen. Weiterhin wurden in den Städten und Gemeinden Integrationsforen veranstaltet.

Parallel zum Projekt initiierte der Kreis Warendorf die AG Integration. In dieser Gruppe sind kreisangehörige Städte und Gemeinden aktiv und verfolgen gemeinsam folgende Ziele:

- Förderung der Vernetzung durch Austausch über aktuelle Maßnahmen und Projekte
- Weiterentwicklung der Integrationsarbeit durch Erfahrungsaustausch und Diskussion von Fachfragen
- Initiierung von konkreten Projekten

Steuerungsgruppe

Die Steuerungsgruppe war das zentrale Gremium zur Steuerung des Projektes, das die wesentlichen Entscheidungen getroffen und grundlegende Ziele für das Projekt vereinbart hat. Insgesamt wurden mit folgenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern elf Sitzungen im Projekt gestaltet:

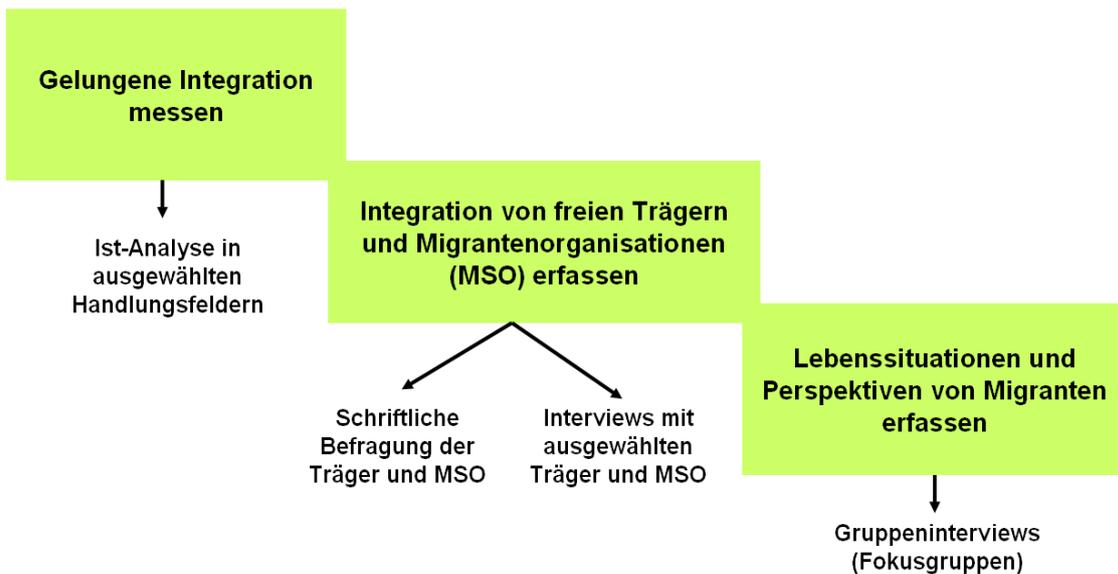
- Dezernent des Dezernates III und Kreisdirektor Dr. Heinz Börger
- Dezernent des Dezernates II Dr. Peter Hansen
- Leiterin des Sozialamtes Brigitte Klausmeier
- Geschäftsführer der ARGE im Kreis Warendorf Peter Wapelhorst
- Leiter des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien Wolfgang Rütting
- Leiter der Ausländerbehörde Ralf Holtstiege
- Leiterin des Schul-, Kultur- und Sportamtes Petra Schreier
- Stellvertretender Leiter des Schul-, Kultur- und Sportamtes Ronald Fernkorn
- Leiter des Gesundheitsamtes Dr. Norbert Schulze Kalthoff
- Gesundheitsberichterstatterin Petra Lummer
- Amt für Informationstechnik und Statistik Wilhelm Vagedes
- Jugendhilfeplanerin Anika Lebek
- Sozialplanerin Verena Schulte-Sienbeck
- Wissenschaftliche Begleitung Prof. Dr. Michael Bommers/ Ab Ende 2009 Prof. Dr. Andreas Pott
- KGSt, Dr. Alfred Reichwein
- KGSt, Stephanie Vogel

Die KGSt hat den Kreis Warendorf im Projekt begleitet. Dazu zählte u. a. auch die Vorbereitung und Moderation der Steuerungsgruppe.

4.2 Bestandsaufnahme

Schwerpunkt der ersten Projektphase bis Januar 2009 war die Bestandsaufnahme. Ziele der Bestandsaufnahme waren, Wissen über Zielgruppen und Sozialräume zu bündeln und Handlungsbedarfe abzuleiten.

Struktur der Bestandsaufnahme



Die Bestandsaufnahme strukturierte sich in drei Arbeitsbereiche. Der erste Bereich umfasste die Ist-Analyse, bei der Indikatoren ausgewählt wurden, um zu erkennen, wie sich die Chancen für Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt oder im Bildungssystem verändert haben und wo Integration gelungen ist. Diese Ergebnisse dienten als Basis für die Diskussion in den Planungsgruppen.

Im zweiten Bereich galt es Transparenz über die Integrationsarbeit der Freien Träger und Migrantenselbstorganisationen zu schaffen. Bevor darüber entschieden wird, was verändert werden soll, sollte zunächst transparent sein, was vorhanden ist. Dazu wurde eine schriftliche Befragung und ergänzend Interviews durchgeführt. Das vollständige Ergebnis ist im Materialienbericht veröffentlicht. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse dargestellt.

Die im August 2008 durchgeführte **schriftliche Befragung** bei allen Freien Trägern und Migrantenselbstorganisationen hatte folgende Inhalte:

- Allgemeine Daten
- Ziele und Handlungsfelder
- Beschreibung der Zielgruppe
- Angaben zu den Angeboten

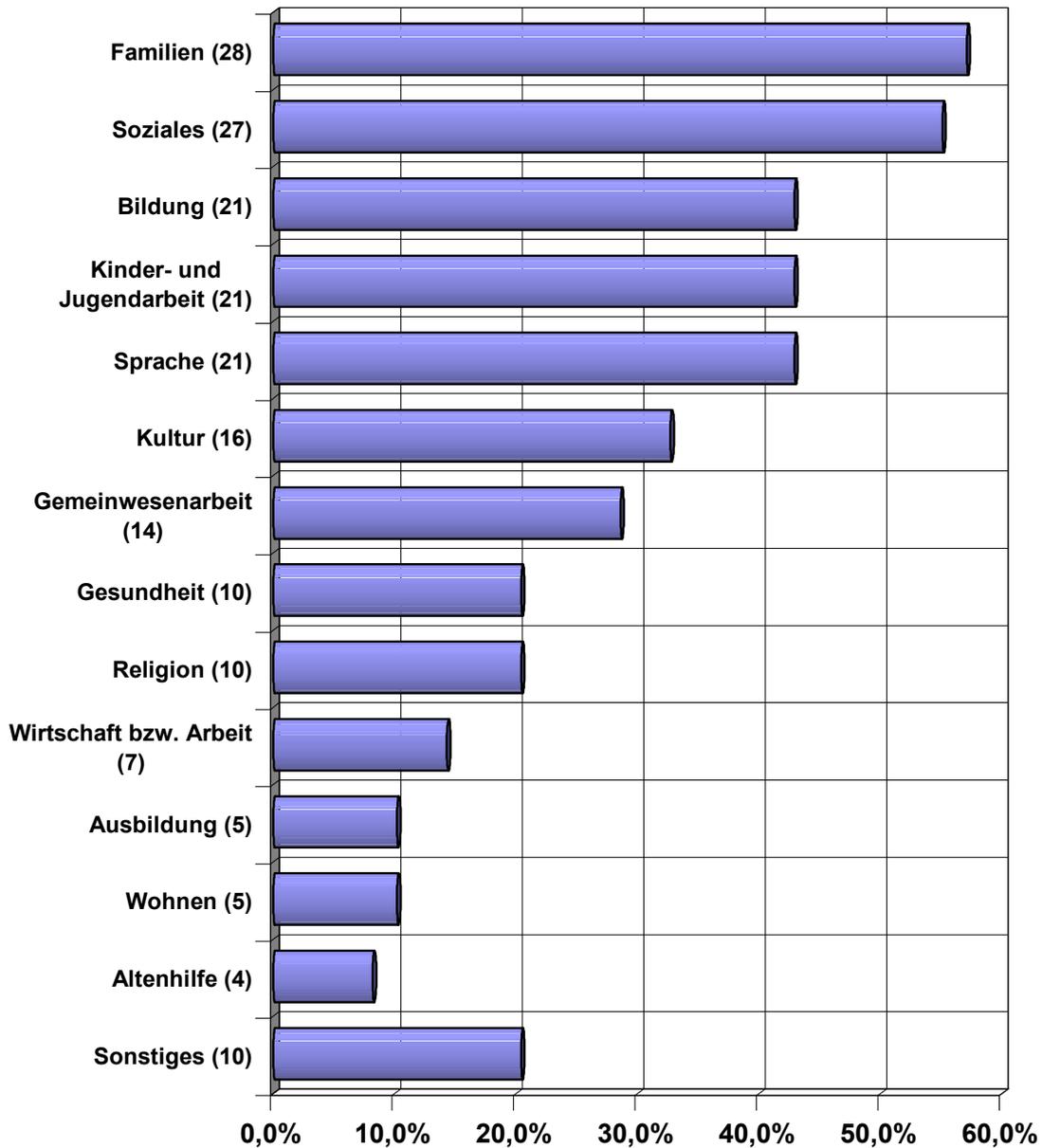
- Kooperationspartner
- Mitarbeiter
- Finanzierung der Einrichtung
- Ideen für die zukünftige Gestaltung der Integrationsarbeit

57 Fragebögen wurden ausgefüllt und gingen in die Auswertung ein. Bei der Mehrzahl der Freien Träger ist es das Ziel, Migrantinnen und Migranten in bestehende Angebote zu integrieren. Speziell auf die Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten ausgerichtete Angebote führten nach deren Aussage nicht zu einem nachhaltigen Erfolg. Durch das Konzept, offen für alle Menschen zu sein und auch Migrantinnen und Migranten, z. B. durch die enge Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten anzusprechen, leisten diese Einrichtungen erfolgreiche Integrationsarbeit.

Aus Sicht der Befragten steht die Familie im Vordergrund. In den letzten Jahren wurden immer mehr Maßnahmen konzipiert, die Eltern aktiv mit einbeziehen. Es besteht kein Zweifel daran, dass das Elternhaus einen großen Einfluss auf die schulischen Erfolge der Kinder hat. Die Familie ist ein wichtiger Ort des Lernens für Kinder.

Vorrangige Handlungsfelder der Integrationsarbeit der Einrichtung

Die Zahlen in Klammern geben die Anzahl der Antwortenden an, sie stellen die Bezugsbasis dar.



Mit höchster Priorität wird das Ziel verfolgt, gegenseitige Toleranz zu fördern und Werte zu schätzen. Auch an den weiteren Positionen sind Ziele vertreten, die die gesellschaftliche und soziale Perspektive der Integration im Fokus haben. Die eigenverantwortliche Lebensführung steht noch vor den Zielen der Bildungs- und Berufsförderung.

Das Ergebnis der Frage, wer konkret die Arbeit vor Ort leistet, ist für das Verständnis der Aufgabe sehr wichtig. 46,18 % der insgesamt 550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hauptamtlich tätig. Mit einem Anteil von 33,82 % der Beteiligten wird die Integrationsarbeit von ehrenamtlich tätigen Menschen getragen. Dieser relativ hohe Wert spiegelt den Anteil der Migrantenselbstorganisationen und Vereine wider.

Wie kann Integrationsarbeit gelingen? Sich persönlich zu engagieren und Migrantinnen und Migranten zu beteiligen, werden als wichtigste Kriterien genannt. Daran schließt sich auch die Forderung der Befragten nach dem wichtigsten Kriterium für die zukünftige Tätigkeit des Kreises Warendorf, die Migrantinnen und Migranten im Prozess zu beteiligen. Bevor neue Angebote entwickelt werden, sollten die Bedarfe der Migrantinnen und Migranten erfragt werden. Es gibt bereits eine Vielzahl an Angeboten.

Dieser Aufforderung ist der Kreis Warendorf nachgekommen und hat über Integrationsforen und eine Bürgerplanungsgruppe unterschiedliche Personengruppen beteiligt.

In den ergänzend geführten **Interviews** wurde u. a. über das Verständnis von Integration, Erfolgsfaktoren für die Integrationsarbeit und wichtige Handlungsbedarfe für die Zukunft gesprochen. Bei der Auswahl der Organisationen und Vereine legte der Kreis Warendorf Wert darauf, das breite Spektrum an unterschiedlichen Städten und Gemeinden abzudecken und die verschiedenen religiösen Richtungen zu berücksichtigen:

Agenda-Gruppe 21 in Oelde
Ahlener Bildungs-Centrum - ABC e. V.
Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Hamm-Warendorf
Caritasverband im Kreisdekanat Warendorf e. V.
Christliche Gemeinschaft Ostbevern e.V.
Deutsch- Ausländischer Freundeskreis Drensteinfurt e. V.
Diakonisches Werk Münster e. V., Jugendmigrationsdienst
DITIB Moschee in Ahlen
Frauen helfen Frauen Beckum e. V.
DEULA In Warendorf
Labyrinth e. V.
Maranatha Gospel Baptist Church in Warendorf
Mennoniten-Brüdergemeinde Warendorf
Initiative Bürgerzentrum Schuhfabrik Ahlen e. V.
Sozialdienst katholischer Frauen e. V. im Kreis Warendorf
SKM Katholischer Verband für soziale Dienste im Kreisdekanat Warendorf e. V.
Türkisch-Islamische Gemeinde zu Neubeckum e. V.
Zib - Zusammen ist besser, Verein für Völkerverständigung Telgte e. V.

Die Resonanz auf die Interviews war grundsätzlich sehr positiv. In den Gesprächen gaben die Interviewpartner viele konkrete Ideen und Anregungen, die im weiteren Prozess mit den Planungsgruppen berücksichtigt wurden.

Die Befragten betonten, dass Integration ein sehr individueller Prozess ist. Integriert zu sein bedeutet für die meisten Gesprächsteilnehmer, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dabei wurde herausgestellt, dass Integration immer ein gegenseitiger Prozess ist. Die Einstellung der Mehrheitsgesellschaft spiele eine zentrale Rolle. Viele Zuwanderinnen und Zuwanderer hätten sich gut integriert oder sogar assimiliert.

Für eine erfolgreiche Integrationsarbeit sei es wichtig, die Potenziale der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu erkennen und zu nutzen. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor sei die Interkulturelle Kompetenz der Akteure. Entscheidend sei insbesondere der Aufbau von gegenseitigem Vertrauen. Dafür sei ein "langer Atem" erforderlich. Angebote und Maßnahmen sollten möglichst alltagsnah gestaltet sein. Betont wurde auch die Rolle von Multiplikatoren, also von zentralen Ansprechpartnern innerhalb der Zuwanderergruppen. Frauen hätten dabei eine wichtige Funktion.

Vom Kreis Warendorf erwarten die meisten Befragten, die Vernetzung und den Austausch der Akteure zu fördern. Einzelne religiös verankerte Vereine betonten in den Interviews ihre starke Gruppenzugehörigkeit und die damit verbundene Qualität an gegenseitiger Hilfe und Unterstützung. Diese Vereine sehen eine stärkere Vernetzung mit anderen Akteuren im Netzwerk nicht als vordergründiges Ziel an.

Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern seien auch zukünftig eine wichtige Zielgruppe. Als ein Handlungsfeld für die Zukunft wurden Angebote für Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund benannt.

Weitere relevante Themen seien die Interkulturelle Öffnung der Kreisverwaltung und die Werbung für mehr Einbürgerungen.

Im letzten Schritt der Bestandsaufnahme wendete sich der Kreis Warendorf den Migrantinnen und Migranten direkt zu und organisierte **Fokusgruppen**. Ziel war es, mehr Informationen über ihre spezielle Lebenssituation im Kreis Warendorf zu erlangen. Im Fokus standen zwei Zielgruppen: Zuwanderer türkischer Herkunft und Aussiedler bzw. Spätaussiedler.

Bei einer Fokusgruppe handelt es sich um eine moderierte und fokussierte Diskussion einer Gruppe von Personen, die durch den gegenseitigen Austausch und die Konfrontation mit Wahrnehmungen, Meinungen und Ideen anderer Diskussionsteilnehmer ein deutliches Plus an Informationen bieten soll als eine nacheinander durchgeführte Mehrzahl an Einzelinterviews. Diese Gruppen setzen sich aus einer kleinen Anzahl an Personen zusammen und fokussieren sich auf ein bestimmtes Thema. Im Kern ging es darum, Einstellungen, Erwartungen und Meinungen ausgewählter Zielgruppen zu erfragen. Folgende Fokusgruppen wurden ausgewählt.

Thema	Zielgruppe
Bildung	Türkischstämmige erwerbstätige Männer mit Familien
Bildung	Türkischstämmige Frauen mit Familien und Kindern
Bildung	Aussiedlerinnen mit Familien und Kindern
Arbeit und Wirtschaft	Erwerbstätige männliche Aussiedler
Arbeit und Wirtschaft	Selbständige türkischstämmige Frauen und Männer

Die Methode stieß auf gute Resonanz und die Ergebnisse waren wertvoll, so dass im zweiten Teil des Projektes diese Methode für die Planungsgruppe Bildung und Sprache mit vertiefenden Fragen durchgeführt wurde.

Im Ergebnis liegen subjektive Aussagen der befragten Zielgruppen vor, die ebenfalls als Information und Wissen für den Zielprozess in den Planungsgruppen dienen. Als Beispiel wird das Ergebnis der Fokusgruppe Türkischstämmige Frauen mit Familie und Kindern dargestellt.



4.3 Integrationsforen

Das Ziel der Integrationsforen war, Kontakte untereinander „auf Augenhöhe“ zu fördern. Zwischenmenschliche Themen standen besonders im Fokus. In allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden wurden Integrationsforen organisiert, um konkreten Handlungsbedarf für die zukünftige Integrationsarbeit im Kreis Warendorf zu erarbeiten, Kontakte herzustellen und das Wissen übereinander zu fördern.

Durchgeführte Integrationsforen



zusammenistbesser

- **Stadt Ahlen**

Zu einer gemeinsamen Integrationskonferenz hatten die Stadt Ahlen und der Kreis Warendorf am Tag der Integration 2009 ca. 50 Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen, Politik und Verwaltung sowie engagierte Einzelpersonen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte eingeladen. Im Rahmen eines World-Cafés wurde die Frage diskutiert, wie ein harmonisches und gedeihliches Zusammenleben in Ahlen gestaltet werden kann. Eine anschließende Abendveranstaltung für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger rundete den Tag mit einer Podiumsdiskussion, der Verleihung des Integrationspreises, Musik und Kabarett ab.

- **Stadt Beckum**

Gemeinsam mit dem Arbeitskreis "Gesellschaftliche Integration" hatten die Stadt Beckum und der Kreis Warendorf ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt. Etwa 100 Bürger mit und ohne Zuwanderungsgeschichte waren der Einladung ins Mütterzentrum gefolgt. In sehr konstruktiven Gesprächsrunden wurden Anregungen zu den Themen „Sprache, Bildung und Erziehung“, „Freizeit und Kultur“ und „Generationen, Arbeit und Soziales“ aufgenommen und diskutiert. Für Begeisterung sorgten die Darbietungen im Rahmenprogramm, die einen kleinen Teil der Vielfalt Beckums widerspiegeln.

- **Gemeinde Beelen**



Riesig war die Resonanz auf das Integrationsforum in Beelen, das zusammen mit der Gemeinde und vielen lokalen Vereinen, Institutionen und Verbänden auf die Beine gestellt wurde. "Gemeinsam für Beelen" lautete der Name, der gleichzeitig auch Programm war. Rund 1000 Teilnehmer, darunter auch viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, waren in die Von-Galen-Hauptschule gekommen, um das vielfältige Rahmenprogramm zu genießen, Gespräche zu führen oder sich über die Arbeit der Vereine zu informieren.

- **Stadt Drensteinfurt**

Das Integrationsforum "Miteinander in Drensteinfurt" bildete den Auftakt zum Drensteinfurter Jahr der "interkulturellen Begegnungen". So ging es denn auch in der Alten Post darum, die Lebenssituation des jeweils anderen besser kennen zu lernen und Probleme auszuräumen. In fünf Gesprächskreisen nutzten die Teilnehmer die Gelegenheit, Anregungen zu geben, Schwierigkeiten offen anzusprechen und Erfahrungen auszutauschen. Für Unterhaltung sorgten musikalische Beiträge und eine Tanzvorführung.



- **Stadt Ennigerloh**

In der Stadt Ennigerloh fand das Integrationsforum "Miteinander Füreinander" in der Mosaikschule statt. Etwa 120 Menschen unterschiedlicher Herkunft nahmen daran teil. Neben Diskussionsrunden zum Thema Integration kam auch die Unterhaltung nicht zu kurz - mit einem Programm von modernem Rap bis zu traditionellem Tanz der Windmilldancer wurden Jung und Alt angesprochen. Höhepunkt für die Kinder war ein Zauberkursus.

- **Gemeinde Everswinkel**

"Hand in Hand" lautete das Motto beim Integrationsforum in Everswinkel, das maßgeblich vom "Familiertisch" mitorganisiert und gestaltet wurde. Dicht an dicht saßen und standen bei der Eröffnung über 150 Besucher in der Festhalle und freuten sich über das bunte kulturelle Programm. Mehrere Vereine aus Everswinkel, bei denen zum Teil Spätaussiedler an verantwortlicher Stelle mitarbeiten, stellten ihre Angebote vor. Während die Erwachsenen in Gesprächsrunden zusammen saßen, konnten sich die Kinder in der angrenzenden Turnhalle austoben.

- **Stadt Oelde**

"Vielfalt als Chance" - unter diesem Motto hatten die Stadt Oelde und der Kreis Warendorf insbesondere Unternehmer aus Oelde, Vertreter aus Politik und Verwaltung sowie der Wohlfahrtsverbände und Migranten-selbstorganisationen zum Integrationsforum ins Carl-Haver-Forum eingeladen. Knapp 70 Teilnehmer diskutierten engagiert in drei Diskussionsforen über die Chancen kultureller Vielfalt im Unternehmen und Strategien zur Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Arbeitsmarkt.

- **Gemeinde Ostbevern**

Das Integrationsforum in Ostbevern lief unter dem Motto "Wir in Ostbevern - Vielfalt macht stark". Mit Unterstützung des ausländisch-deutschen Freundeskreises, des Familienzentrums, der Schulen sowie der OGS und des Jugendwerks und durch ehrenamtliche Helfer wurde dieses Forum organisiert.



Eindrucksvoll demonstrierte die Kindertheatergruppe Moskitos, wie aus Fremden Freunde werden Sketche. Tanz und Musik rundeten das Programm ab. In gemütlicher Atmosphäre wurden bei Kaffee und Kuchen Kontakte geknüpft und Gespräche geführt.

- **Stadt Sassenberg**

Der "Marktplatz der Kulturen" wurde seinem Namen gerecht. Denn wie auf einem Wochenmarkt kamen die Beteiligten in Sassenberg aus vielen Nationalitäten miteinander ins Gespräch. Verschiedene Gruppen hatten die Ecken des Raumes gestaltet und z. B. eine gemütliche türkische Sitzecke aufgebaut. Auch im Rahmenprogramm waren verschiedene Kulturen zu sehen.



Einen sehr persönlichen Beitrag präsentierten Schülerinnen und Schüler der Realschule, die über ihre eigene Migrationsgeschichte berichteten.

- **Stadt Sendenhorst**

"Alle Welt in Sendenhorst" - unter diesem Motto stand das Integrationsforum in Sendenhorst. Gut 100 Teilnehmer diskutierten in Gesprächsgruppen miteinander und gaben wichtige Anregungen zum Thema Integration in Sendenhorst.



Die preisgekrönte Streetdance-Gruppe "Young Generation" wurde ebenso stürmisch gefeiert wie die Schulband der Realschule "Camino Real". In einer kleinen Ausstellung konnten die Besucher sich über die Integrationsarbeit vor Ort informieren.

- **Stadt Telgte**

Groß war der Andrang beim 3. Familienbrunch der Stadt Telgte für soziale Zwecke, zu dem 9 lokale Vereine unter dem Motto "Telgter helfen Telgtern" eingeladen hatten. Das fröhliche Miteinander mit ca. 1500 Besuchern wurde unter Federführung des Vereins "Stadtranderholung e. V." organisiert. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die vielfältigen kulinarischen Angebote, die von den Vereinen mit viel Liebe vorbereitet worden waren. Im Rahmen einer Fragebogenaktion erhielten die Besucher die Gelegenheit, sich aktiv in die Integrationsplanung des Kreises einzubringen. Knapp 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten in den Interviews die Möglichkeit, ihre Meinung zu äußern und wichtige Hinweise und Anregungen zu geben, ca. ein Drittel davon mit eigenem Migrationshintergrund.

- **Gemeinde Wadersloh**

Im Rahmen des Indientages, zu dem die Eine-Welt-Initiative ins Pfarrheim in Wadersloh einlud, wurde den etwas 200 Besuchern durch Vorträge und Aktionen ein Eindruck der indischen Kultur vermittelt. Der Kreis Warendorf stellte sein Integrationsprojekt vor und suchte über eine Fragebogenaktion das Gespräch mit den Teilnehmern.

- **Stadt Warendorf**

Unter dem Motto "Mitdiskutieren" fand das Integrationsforum in Warendorf statt. In sehr guter Gesprächsatmosphäre wurden verschiedene Themen erörtert, die sich im Rahmen eines Integrationsworkshops der Stadt Warendorf als zentral herausgestellt hatten: Die Förderung von Migrantenselbstorganisationen, die interkulturelle Öffnung und die politische Teilhabe. In einer vierten Gruppe wurde allgemein über Migration, Integration und Toleranz in Warendorf gesprochen. Darüber hinaus stellten sich an dem Nachmittag zwei Lotsen vor und berichteten über ihre Arbeit. Für gute Stimmung sorgten Hip-Hop-Tanz und türkische Musik.

Die Integrationsforen haben vielfältige Wirkungen in den Städten und Gemeinden erzielt:

- Bereits im Zuge der Vorbereitungen wurden viele Akteure vor Ort beteiligt, Kontakte geschaffen und Vernetzungen intensiviert.
- Im Rahmen der Veranstaltungen erhielten Vereine und andere Institutionen die Chance, sich und ihre Arbeit der Öffentlichkeit zu präsentieren.
- Durch das interkulturelle Programm der Veranstaltungen wurde die Vielfalt vor Ort sichtbar gemacht.
- Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Integrationsforen zeigten ein hohes Interesse, Erfahrungen auszutauschen und über kulturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten ins Gespräch zu kommen. Die persönlichen Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern haben dazu beigetragen, die vielfach bestehenden diffusen Ängste voneinander zu nehmen und das Denken in bestehenden Mustern bzw. Meinungen aufzurütteln und zu verändern.
- Eine Vielzahl an Akteuren ist mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ins Gespräch gekommen. Neben den Highlights der Integrationsforen wie künstlerischen Einlagen und kulinarischen Angeboten wurden in entspannter Atmosphäre wichtige Informationen über Bedarfe und bestehende Angebote ausgetauscht. Manche der hier geäußerten Anliegen konnten sehr kurzfristig umgesetzt werden. In Drensteinfurt starteten z. B. in 2009 gleich zwei Integrationskurse - noch auf dem Integrationsforum verabredeten sich dazu Vertreter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Stadtverwaltung.
- Als schwierig wurde von manchen Beteiligten berichtet, die Aufnahmegesellschaft zu beteiligen und ein entsprechendes Interesse zu wecken. Allerdings braucht es für die Integration beide Seiten. In den Diskussionen im Rahmen der Integrationsforen wurde immer wieder gefordert, Interkulturelle Begegnungen zu initiieren. Kontakte und natürliche Anknüpfungspunkte werden als Möglichkeit gesehen, das Interesse füreinander zu wecken. Als Stichwort fiel sehr häufig der Begriff „Miteinander“.

Vor Ort in den Städten und Gemeinden wurde nicht von großen Konflikten zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen berichtet. Doch oft mangle es den Menschen an „Wissen über andere Bevölkerungsgruppen“ - so lautete ein oft gehörtes Fazit im Rahmen der Integrationsforen.

4.4 Planungsgruppen

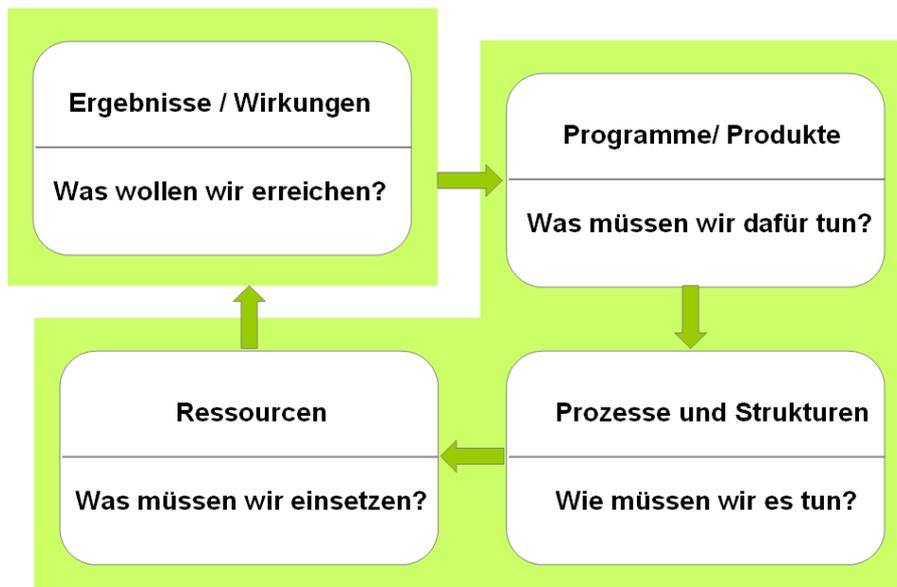
In der Projektphase 2009/2010 hat der Kreis Warendorf in einem breit angelegten Beteiligungsprozess aus den bisher erlangten Erkenntnissen konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet. Hier stand im Vordergrund, auf Basis der Bestandsaufnahme mit den Expertinnen und Experten Bilanz zu ziehen und Ziele für die zukünftige Integrationsarbeit zu formulieren. Dazu wurden vier Planungsgruppen eingerichtet.

- Handlungsfeld Bildung
- Handlungsfeld Sprache
- Handlungsfeld Gesundheit und Sport
- Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft



Auf Basis der Handlungsempfehlungen der Bestandsanalyse wurden in den Planungsgruppen Ziele und eine Strategie zur Umsetzung dieser formulierten Ziele erarbeitet. Je Handlungsfeld wurden rd. vier Arbeitssitzungen organisiert. Dabei orientierten sich die Planungsgruppen an folgenden vier Fragestellungen:

Grundsystematik zur Erarbeitung eine Strategie je Handlungsfeld



Die Ergebnisse der Planungsgruppenarbeit bilden die Grundlage für die in Kapitel 6 aufgeführten Strategien und Handlungsempfehlungen. Vollständig sind die Ergebnisse im Materialband nachzulesen.

4.5 Bürgerplanungsgruppe

Eine weitere Beteiligungsform im Zuge der Erarbeitung des Integrationsberichtes für den Kreis Warendorf ist in Form der Bürgerplanungsgruppe organisiert und realisiert worden. Mit dem Instrument der Bürgerplanungsgruppe hat der Kreis Warendorf schon in den vorangegangenen Planungsverfahren (Altenhilfeplanung, Familienberichterstellung) gute Erfahrungen sammeln können.

Insofern lag es nahe, diesen Partizipationsbaustein auch auf das aktuelle Planungsverfahren zur Erstellung des Integrationsberichtes für den Kreis Warendorf zu übertragen. Die Organisation und Durchführung einer Bürgerplanungsgruppe leitet sich ab aus dem Konzept der sogenannten Planungszelle, die erstmals bereits in den 70-er Jahren von C. Dienel entwickelt worden ist. Ziel der Bürgerplanungsgruppe im Kontext der Integrationsberichterstattung ist es, Menschen in einen zeitlich befristeten Arbeitsprozess zur Thematik der Entwicklungs- und Integrationsmöglichkeiten von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Kreis Warendorf zusammen zu führen. Die Bürgerplanungsgruppe stellt dabei ein Pendant zu den im Planungsprozess bereits definierten Planungsgruppen mit Experten dar.

Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Warendorf werden hierbei angesprochen mit der Bitte, ihr Erfahrungswissen und ihre Alltagskompetenz in den Planungsprozess einzubringen. Dabei wird davon ausgegangen, dass zwar aus der Expertensicht wesentliche und begründete fachliche Positionen zu den Themenschwerpunkten des Integrationsberichtes erarbeitet werden. Gleichwohl ist es hilfreich, das Expertenwissen und die hieraus resultierenden Einschätzungen mit einem entsprechenden Alltags- und Erfahrungswissen zu koppeln. Eben diese Impulse werden durch die Bürgerplanungsgruppe erarbeitet. Zwar bilden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerplanungsgruppe hierbei keinen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung im Kreis Warendorf. Dennoch werden dabei an zentraler Stelle durch Experten definierte Fachpositionen und Ziele "kontrolliert und ergänzt" und das im Kontext einer streng alltagsorientierten Sichtweise.



Die Zusammensetzung der Bürgerplanungsgruppe erfolgte nach dem Zufallsprinzip. Im Frühjahr 2009 wurden die Verwaltungen der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf gebeten, aus ihrer Kenntnis heraus Vorschläge für die Besetzung der Bürgerplanungsgruppe zu unterbreiten. Ergänzt wurde diese Vorschlagsliste durch andere Quellen, u. a. der freien Träger sowie ehrenamtlichen Organisationen. Auf der Basis dieser umfangreichen Vorschlagsliste wurde ein Teilnehmerkreis von ca. 25 bis 30 Personen gebildet. Diese wurden hinsichtlich ihrer Teilnahmebereitschaft befragt und zur Auftaktveranstaltung eingeladen.

Im Zuge der Bildung der Bürgerplanungsgruppe stellte sich bald heraus, dass eine ausgeprägte Bereitschaft und ein großes Interesse bestanden, mitzuwirken und zu gestalten. Die Gruppe blieb über den gesamten Arbeitszeitraum in der Zusammensetzung konstant.

Im Ergebnis entwickelte sich eine gute "Durchmischung" von Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte. In der Zeit von August 2009 bis Januar 2010 traf sich die Bürgerplanungsgruppe insgesamt sechs Mal.

Die Arbeit der Bürgerplanungsgruppe durchlief dabei 3 wesentliche Phasen:

- 1 Auseinandersetzung mit den Fragestellungen der Integrationsberichterstattung für den Kreis Warendorf sowie der Erarbeitung hiermit in der Verbindung stehender Ideen und Vorschläge.
- 2 Auseinandersetzung mit den Arbeitsergebnissen der Expertenplanungsgruppen einschl. kritisch konstruktiver Bewertungen hierzu.
- 3 Rückkopplung der Arbeitsergebnisse der Bürgerplanungsgruppe mit dem Berichtstext.

Die Arbeitsergebnisse der Bürgerplanungsgruppe wurden im Verlauf ihrer Erarbeitung protokolliert und damit den Expertenplanungsgruppen zugeführt. Dort erfolgte eine Korrektur der schon erarbeiteten Inhalte im Sinne einer Ergänzung, ggf. auch als Korrektur bereits festgelegter Positionen und Ziele.

Am 20.01.2010 fand die abschließende Sitzung der Bürgerplanungsgruppe statt. In diesem Zusammenhang formulierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammenfassend Hinweise und Positionierungen für den weiteren Integrationsprozess im Kreis Warendorf:

- Integration bedeutet, Unterschiede zuzulassen. Integrationsprobleme finden in den Köpfen der Menschen statt.
- Integration stellt ein langfristiges Projekt und ein dauerhaftes Geschehen dar.
- Entscheidend ist, den Dialog zwischen den Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zu fördern. Integration ist insofern ein sozialräumliches Geschehen. Die wesentliche Umsetzung der Ziele und Maßnahmen sollte daher in den sozialräumlichen Bezügen (Städte und Gemeinden) sichergestellt sein.
- Die Politik wird aufgefordert, die Anregungen und Hinweise der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen und umzusetzen.
- Im Verlauf des Umsetzungs- und Gestaltungsprozesses sollen die Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte stets einbezogen werden.
- Mittler, z. B. die Teilnehmer an der Bürgerplanungsgruppe, können als Brücke zwischen den Kulturen fungieren. Wesentliche Kernbestandteile des Integrationsprozesses bilden die Sprachförderung und die Möglichkeiten zur Bildungspartizipation. Hierauf ist besonders und mit Nachdruck Wert zu legen.
- Zu unterstreichen ist die enge Kooperation der Vereine und Verbände, insbesondere die Einbindung der Migrantenselbstorganisationen in diesem Prozess. Als Organisationsformen haben Letztere engen Kontakt zu den unterschiedlichen Gruppen der Migrantinnen und Migranten und können im Sinne einer Verantwortungsübernahme und Verantwortungsförderung wichtige Funktionen im Integrationsprozess übernehmen.
- In diesem Zusammenhang ist deutlich auf die Förderung des Ehrenamtes im Kontext der Integrationsbemühungen des Kreises Warendorf hinzuweisen.
- Integration bleibt eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und beginnt im unmittelbaren sozialen Nahfeld der Menschen.
- Die Bemühungen des Kreises Warendorf sowie der Städte und Gemeinden zur Verbesserung der Möglichkeiten zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund stellen nun erst den Anfang eines dauerhaften Prozesses dar. Dieser darf nicht wieder aus der Hand gegeben werden.

5 Zentrale Ergebnisse der Bestandsaufnahme zur Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten im Kreis Warendorf

Das Aufgabenspektrum und damit auch die Bezugspunkte des Kreises Warendorf zum Thema Integration sind sehr breit und vielfältig. In einigen Bereichen tritt der Kreis Warendorf als verantwortlicher Träger auf. In anderen Bereichen ist der Kreis Warendorf nur mittelbar zuständig, sieht jedoch die Relevanz für die Zielgruppe und setzt sich damit als Impulsgeber oder weiterer Akteur in diesem Bereich ein.

In den Planungsgruppen wurden die Themen ganzheitlich diskutiert und damit unabhängig von Zuständigkeiten gedacht. Bei den Handlungsempfehlungen im Kapitel 6.2 werden die Zuständigkeiten angegeben, um Verantwortlichkeiten vereinbaren zu können und die Erfolge der Maßnahmen bzw. die Umsetzung nachzuhalten.

5.1 Handlungsfeld Bildung

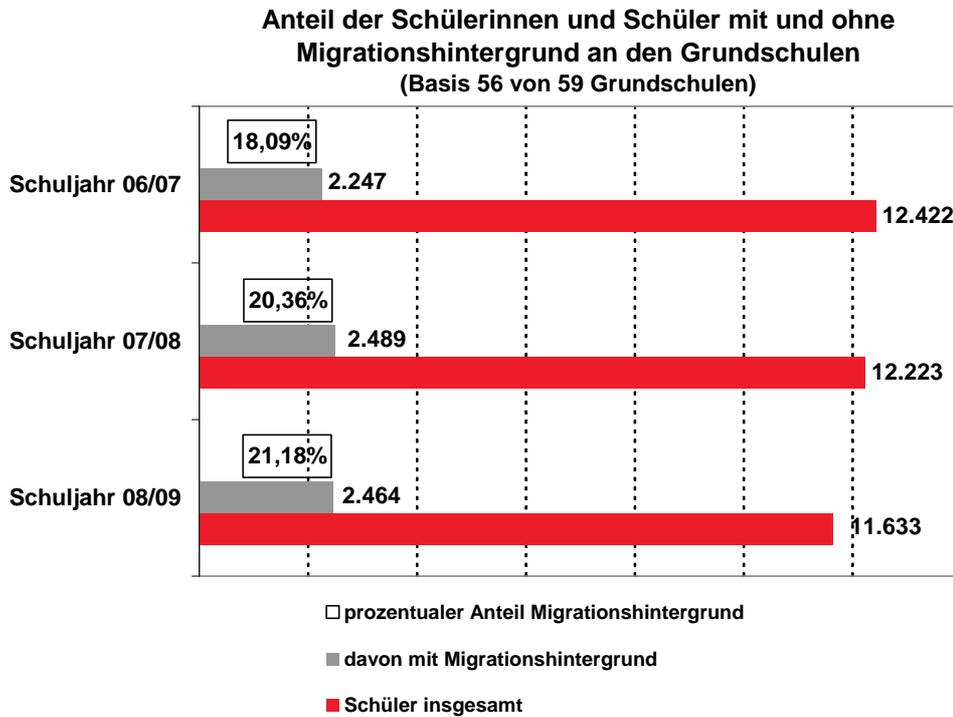
Das Bildungssystem hat eine aktive Rolle, soziale Gerechtigkeit zu fördern und alle Kinder auf die Anforderungen der Gesellschaft vorzubereiten. Im Mittelpunkt steht, die Lern- und Lebenschancen aller Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Dazu hat der Kreis Warendorf beschlossen, ein Bildungsnetzwerk in der Region Kreis Warendorf weiterzuentwickeln. Das Regionale Bildungsnetzwerk soll die Bildungsakteure gezielt beteiligen und alle kommunalen sowie gesellschaftlichen Kräfte vor Ort zur Unterstützung der Schulen im Kreis bündeln. Das Regionale Bildungsbüro dient allen Schulen im Kreis als Service- und Beratungsstelle und wird den Auf- und Ausbau des regionalen Bildungsnetzwerkes im Kreis Warendorf mit initiieren und koordinieren.

Die Datenlage im Bereich der Bildung ist leider nach wie vor unbefriedigend. Das Statistische Landesamt für Nordrhein-Westfalen (IT. NRW) erhebt zwar bereits die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte im Rahmen der jährlichen Schul-Statistik. Aufgrund der zu geringen Rückmeldungen sind diese Daten jedoch noch nicht verlässlich und können daher nicht veröffentlicht werden.

Um die Ausgangssituation in den Schulen transparent zu machen, hat der Kreis Warendorf in 2008 selbst einmalig eine Abfrage bei den Grundschulen, den Hauptschulen, den Realschulen, den Gymnasien und Förderschulen durchgeführt und gefragt, wie hoch der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund ist und wie sich der Anteil auf die Art der Schulabgänger verteilt. Als Grundlage diente hier die Definition von Migrationshintergrund gemäß Mikrozensus. Bei der Analyse der Daten ist zu beachten, dass dies keine Pflichtabfrage war und damit auch keine vollständigen Rückläufe vorliegen.

Grundschulen

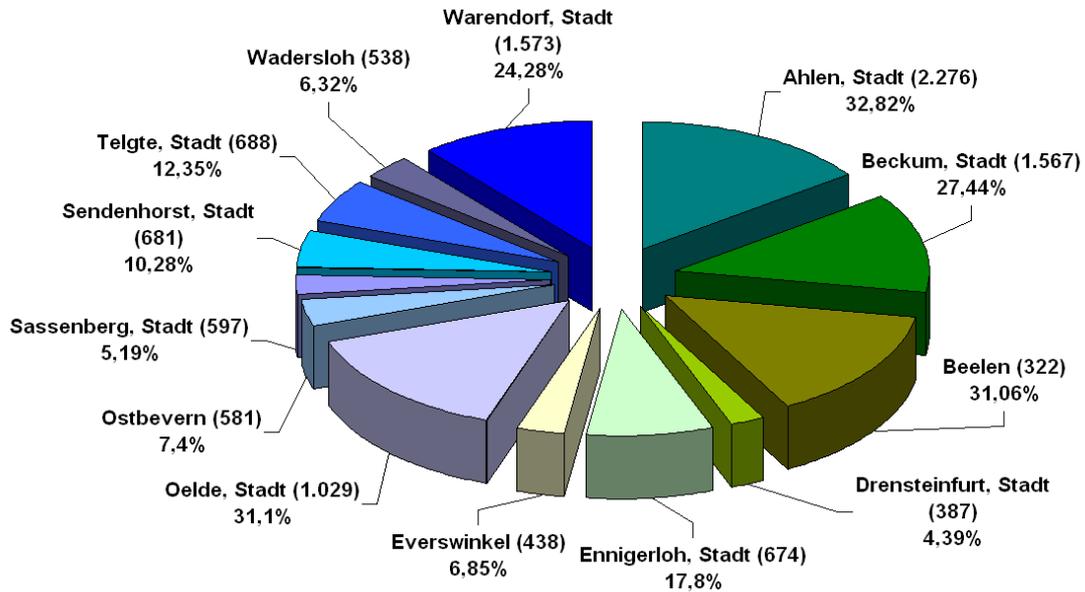
An den Grundschulen fällt der wachsende Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund auf.



Quelle: Befragung des Schulamtes in 2009 an allen Grundschulen im Kreis Warendorf

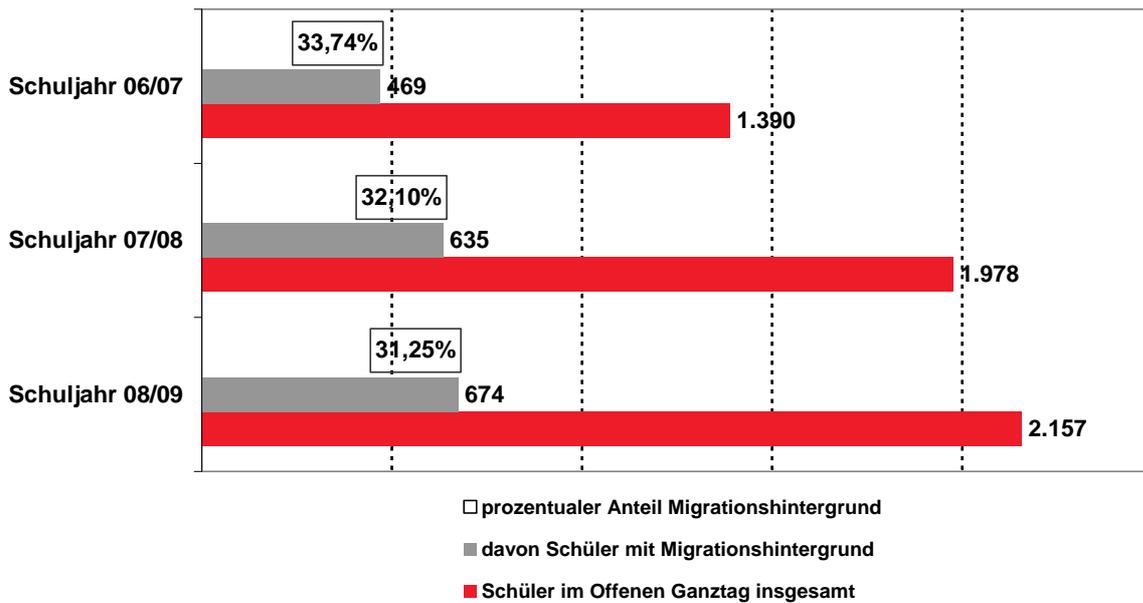
In der Diskussion zwischen den Expertinnen und Experten in der Planungsgruppe wurde u. a. darauf hingewiesen, dass angesichts der steigenden Zahlen die Sprache zunehmend eine wichtigere Rolle spielt. Die Kompetenz der Bildungs- und Erziehungseinrichtungen muss gestärkt werden, und zwar so, dass die deutsche Schriftsprache tatsächlich gelernt und verstanden wird. Aus Sicht der Experten ist Sprache in der Regel der Schlüssel zur Bildung, allerdings ließen sich nicht alle Probleme auf diese Begründung reduzieren.

Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an den Grundschulen je Stadt/Gemeinde im Schuljahr 08/09
(Basis 56 von 59 Grundschulen; Anzahl der Schüler gesamt in Klammern angegeben)



Bei der Analyse dieser Graphik muss beachtet werden, dass der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund je nach Grundschule stark divergiert.

Anteil der Schülerinnen und Schüler mit und ohne Migrationshintergrund am Offenen Ganzttag
(Basis: 43 von 59 Grundschulen)

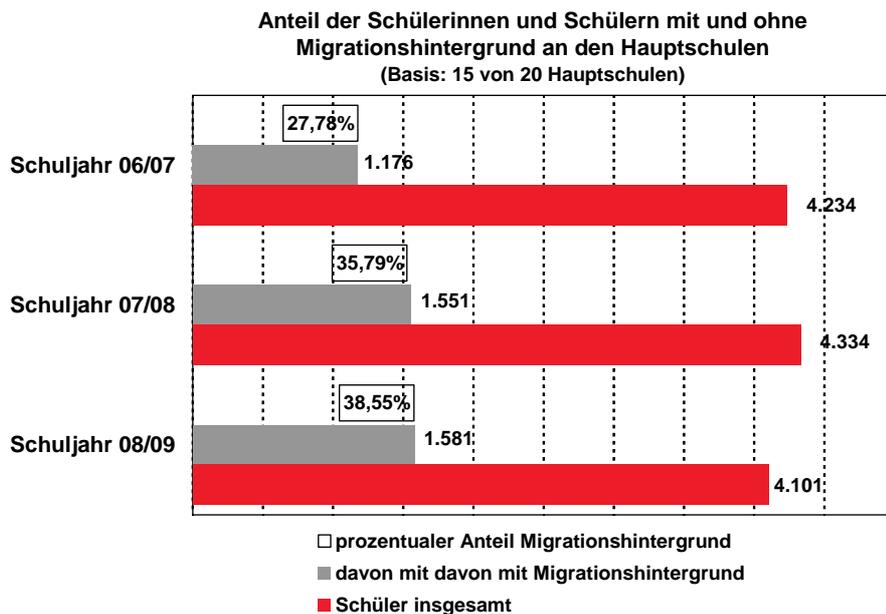


Quelle: Befragung des Schulamtes in 2009 an allen Grundschulen im Kreis Warendorf

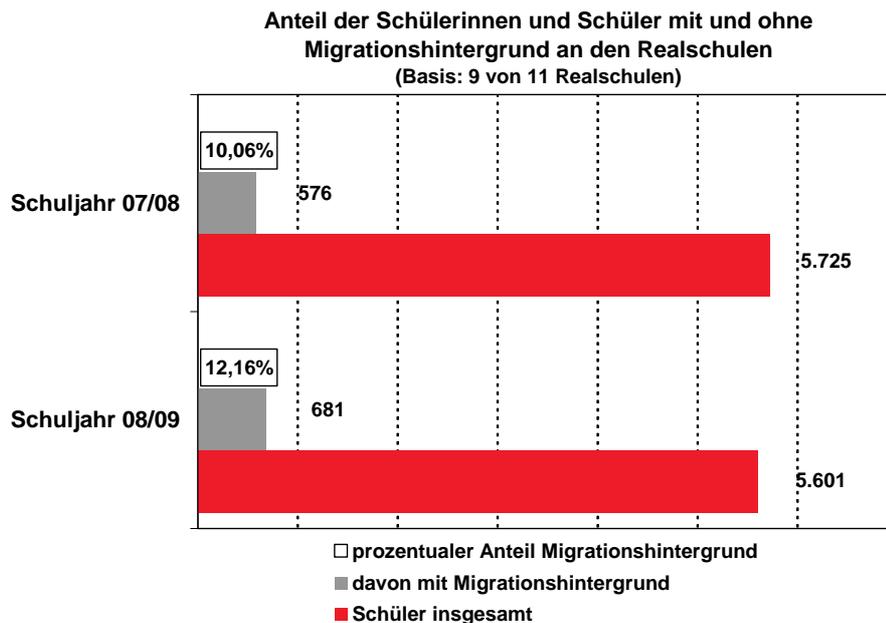
Der relativ hohe Anteil an Migrantenkindern am Offenen Ganzttag sollte als Chance gesehen und die Möglichkeiten, die die offene Ganzttagsschule bietet, stärker genutzt werden.

Allgemeinbildende Schulen

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an den allgemeinbildenden Schulen stellt sich im Kreis Warendorf wie im Bundestrend dar. Er nimmt von Jahr zu Jahr in allen Schulformen und -stufen zu.

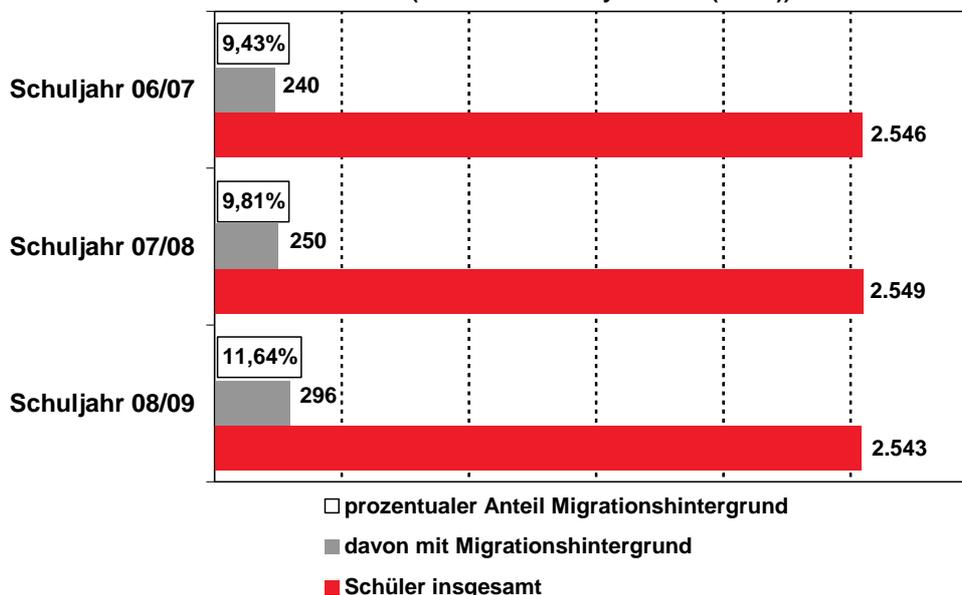


Quelle: Befragung des Schulamtes in 2009 an allen Hauptschulen im Kreis Warendorf



Quelle: Befragung des Schulamtes in 2009 an allen Realschulen im Kreis Warendorf

**Anteil der Schülerinnen und Schüler mit und ohne Migrationshintergrund an den Gymnasien
(Basis: 4 von 11 Gymnasien (Sek. I))**



Quelle: Befragung des Schulamtes in 2009 an allen Gymnasien im Kreis Warendorf

Die drei zuvor dargestellten Graphiken zeigen deutlich, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund prozentual umso niedriger ausfällt, je höherwertiger der Abschluss einer Schulform ist. Die gleiche Tendenz zeigt sich beim Erreichen der Schulabschlüsse: je höherwertig der Abschluss, desto geringer ist der Anteil der Absolventen mit Migrationshintergrund. Dieses Bild spiegelt sich auch in den einzelnen Schulen bzw. Schulsystemen wider, sofern dort eine Differenzierung möglich ist. Der Migrantenanteil an den Berufskollegs des Kreises Warendorf ist in den Bildungsgängen der Anlage A der Ausbildungs- und Prüfungsordnung sehr hoch und nimmt zu den hochwertigen Bildungsgängen nach Anlage D stetig ab.

Berufskollegs

Der Kreis Warendorf ist Schulträger von drei Berufskollegs. Die Schulen haben unterschiedliche Schwerpunkte und unterscheiden sich auch in ihrer Größe (Schülerzahl). Das Berufskolleg in Warendorf mit 2.314 Schülerinnen und Schülern ist eine Bündelschule mit den verschiedensten Schulformen mit kaufmännischen, gewerblichen, landwirtschaftlichen, ernährungs- und hauswirtschaftlichen und sozialpädagogischen Fachrichtungen. Das Berufskolleg Ahlen des Kreises Warendorf bietet zurzeit 1.487 Schülerinnen und Schülern ein umfassendes regional abgestimmtes Qualifizierungsangebot im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung. Das Berufskolleg Beckum ist Partner in der dualen Ausbildung in fast allen gewerblich-technischen Berufsbildern und im Bereich der Ernährung und Hauswirtschaft im Kreis Warendorf (3.296 Schülerinnen und Schüler). Daher wird für die Berufskollegs kein Vergleich gezogen, sondern beispielhaft Zahlen des jeweiligen Berufskollegs aufgezeigt. Die Berufskollegs stellen wichtige Partner in der Bildungskette dar. Um zukünftig abgestimmte und geeignete Daten bzw. Indikatoren zu vereinbaren, sollten Vertreter der Berufskollegs in den Dialog einbezogen werden.

Die Berufskollegs haben eine bedeutende Stellung im Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung. Sie unterscheiden sich im Hinblick auf ihre Größe und Schwerpunkte.

Der quantitativ bedeutsamste Typ ist die Berufsvorbereitung von einjähriger Dauer (auch als Werkstattjahr oder Berufsvorbereitungsjahr bekannt). Dies ist in der Regel ein Pflichtschuljahr für die Jugendlichen, die nach dem Besuch der allgemeinbildenden Schule ihre Berufsschulpflicht noch nicht abgeleistet haben und sich in keiner betrieblichen Berufsausbildung befinden. Die Rahmenbedingungen für diese Berufsvorbereitung sind niederschwellig, da das Leben vieler Schülerinnen und Schüler eher von Misserfolgen und Abbrüchen geprägt ist. Oft fehlt der Hauptschulabschluss, der Ausbildungsplatz und die Voraussetzungen weiter die Schule zu besuchen.

Nach Aussage von Vertretern der Berufskollegs ist die Sprache der Schlüssel zum Erfolg. Wenn die Berufsschüler die Sprache nicht beherrschen, fehlt ihnen die Grundlage, um in den anderen Schulfächern zu lernen. Die Berufskollegs weisen auf die Entwicklung hin, dass zunehmend Jugendliche mit türkischer Herkunft mit geringen Deutschkenntnissen zu den Berufskollegs kommen. Aufgrund familiärer Rahmenbedingungen sowie der für sie erforderlichen Infrastruktur kommen sie mit ihrer Muttersprache im alltäglichen Leben zurecht und benötigen die deutsche Sprache kaum. Das Berufskolleg Ahlen hat reagiert und bereits einen freiwilligen Sprachkurs angeboten.

Förderschulen

Aufgrund der geringen und nicht vollständigen Rückläufe der Förderschulen des Kreises Warendorf werden Aussagen aus einer Auswertung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung NRW zu den Entwicklungen des sonderpädagogischen Förderbedarfs in den Jahren 2004/2005 sowie 2005/2006 herangezogen.

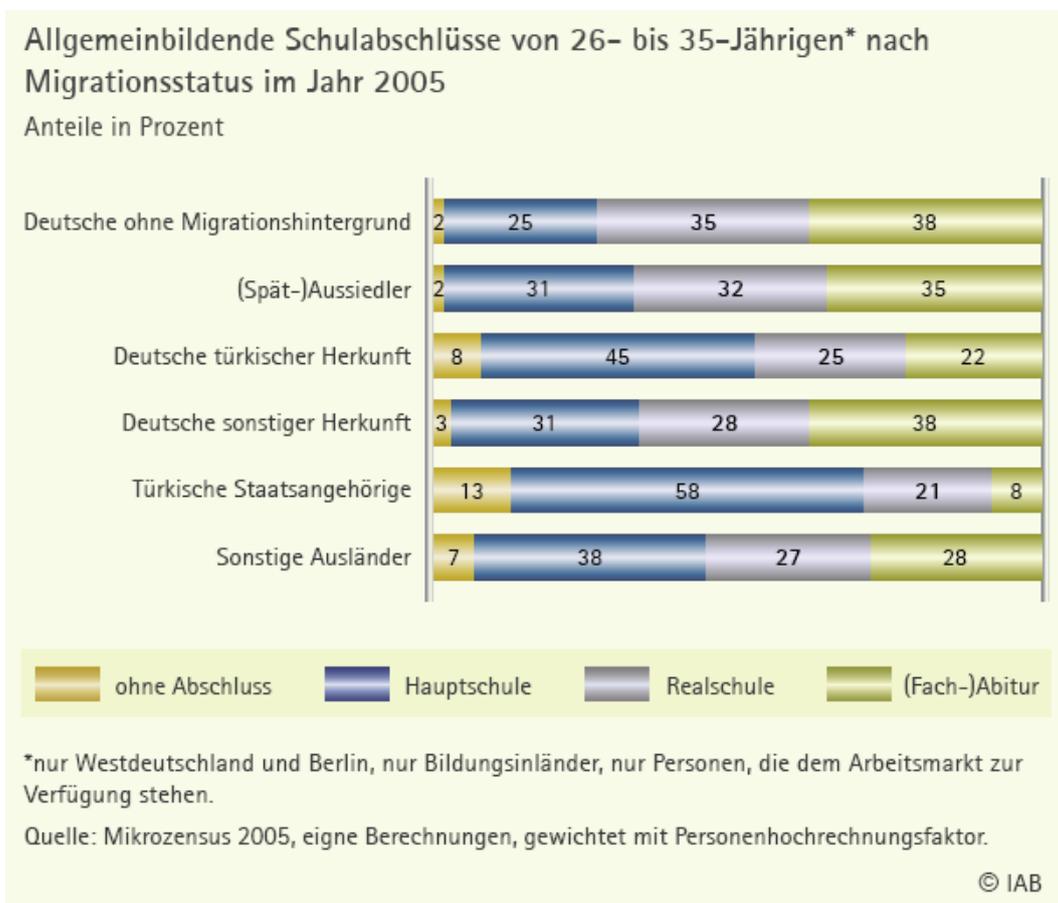
Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist im Zeitraum von 1997 bis 2006 um 24 % gestiegen.

Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der Gesamtschülerschaft der Ausländer sowie Aussiedler betrug im Jahr 2006 7,97 %. Der Anteil der Deutschen Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf an der Gesamtschülerschaft der deutschen Schülerinnen und Schüler liegt bei 5,28 %.

Förderschwerpunkt Lernen: Mit 4,77 % sind die Ausländer und Aussiedler überrepräsentiert. Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung: mit 0,6 % sind die Ausländer und Aussiedler gegenüber den deutschen Schülerinnen und Schülern unterrepräsentiert.

Schul- und Berufsabschlüsse

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund schneiden im deutschen Bildungssystem deutlich schlechter ab als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund. Dabei sind jedoch große Unterschiede zwischen den verschiedenen Migrantengruppen erkennbar.



Eine Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt, dass auf Bundesebene 8 % der 26- bis 35-jährigen Deutschen türkischer Herkunft und sogar 13 % der türkischen Staatsangehörigen die Schule ohne Abschluss verlassen - aber nur 2 % der (Spät-)Aussiedler. Während 38 % der Deutschen ohne Migrationshintergrund das Abitur gemacht haben, sind es bei Deutschen türkischer Herkunft nur 22 %, bei den türkischen Staatsangehörigen 8 %. In allen Bereichen zeigen die jungen Frauen bessere Leistungen als ihre männlichen Altersgenossen (BAMF, Integrationsreport 2008).

Nach Aussage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem sozialen Hintergrund und dem Schulerfolg.

Die internationalen Schulleistungstudien IGLU und PISA zeigen: In Deutschland gestaltet sich die Integration der jungen Menschen mit Migrationshintergrund ins Schulsystem besonders problematisch (BAMF, Integrationsreport 2008). Der Bildungsstatus der Eltern spielt eine wichtige Rolle für den Bildungserfolg der Kinder. Grundsätzlich ist aber festzustellen: Die in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund verfügen tendenziell über ein höheres Bildungsniveau als die selbst zugewanderten (BAMF, Integrationsreport 2008).

Migrantinnen und Migranten sind immer noch überproportional häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. Gründe dafür werden u. a. in den relativ geringen formalen Berufsabschlüssen gesehen. Sie sind häufiger als un- und angelernte Arbeitskräfte beschäftigt.

Die Beteiligung ausländischer Jugendlicher an der Berufsausbildung ist laut dem Bundesinstitut für Berufsbildung seit Mitte der 1990-er Jahre kontinuierlich rückläufig. Nach der Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung resultiert dies aus unterschiedlichen Gründen. Einerseits nimmt der Anteil an Ausbildungsplätzen insgesamt zurück. Dabei haben jugendliche Migrantinnen und Migranten im Vergleich zu deutschen Jugendlichen vielfach eine ungünstigere Bildungssituation. Andererseits seien viele Ausbildungsbetriebe äußerst zurückhaltend bei Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund. Bedacht werden muss auch, dass die berufliche Ausbildung bei den Migrantinnen und Migranten weniger angestrebt wird als in der Vergleichsbevölkerung und sich auf wenige Ausbildungsberufe beschränkt. Weiterhin sind die schulischen Eingangshürden in die betriebliche Ausbildung aufgrund des technischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels kontinuierlich gestiegen. Das duale Ausbildungssystem ist immer weniger in der Lage, leistungsschwächere Jugendliche zu integrieren. Eine gute Begleitung und Beratung der Jugendlichen im Übergang von der Schule in den Beruf wird immer wichtiger.

Die Expertinnen und Experten der Planungsgruppe Bildung des Kreises Warendorf brachten in die Diskussion über die Berufsabschlüsse weitere Argumente ein. Oft sind die Vorstellungen von bestimmten Berufen unrealistisch und der Einblick in die Arbeitswelt geschieht zu spät. Kindern mit Migrationshintergrund mangelt es vielfach an Berufsperspektiven. Fehlende Orientierung führt oft zu Motivationsmangel. Vor diesem Hintergrund müssten insbesondere individuelle Förderungen ausgebaut werden.

5.2 Handlungsfeld Sprache

Sprachförderung muss so früh wie möglich beginnen. Das neue, zweistufige Sprachstandsfeststellungsverfahren wird in Nordrhein-Westfalen seit 2007 durchgeführt. Alle Kinder werden zwei Jahre vor der Einschulung durch einen neuen, wissenschaftlich entwickelten Sprachkompetenztest spielerisch daraufhin überprüft, ob ihre Sprachentwicklung altersgemäß ist und ob sie die deutsche Sprache hinreichend beherrschen. Die Teilnahme an dem Sprachkompetenztest ist verpflichtend. Damit soll erreicht werden, dass noch mindestens zwei Jahre Zeit für eine gezielte Förderung im Elementarbereich bleibt. Im Schulgesetz für das Land NRW ist dieses Verfahren konkret beschrieben:

§ 36

Vorschulische Beratung und Förderung

Feststellung des Sprachstandes

(1) Der Schulträger lädt gemeinsam mit den Leiterinnen und Leitern der Tageseinrichtungen für Kinder und der Grundschulen die Eltern, deren Kinder in zwei Jahren eingeschult werden, zu einer Informationsveranstaltung ein, in der die Eltern über vorschulische Fördermöglichkeiten beraten werden.

(2) Das Schulamt stellt zwei Jahre vor der Einschulung fest, ob die Sprachentwicklung der Kinder altersgemäß ist und ob sie die deutsche Sprache hinreichend beherrschen. Ist dies nicht der Fall und wird ein Kind nicht in einer Tageseinrichtung für Kinder sprachlich gefördert, soll das Schulamt das Kind verpflichten, an einem vorschulischen Sprachförderkurs teilzunehmen. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass jedes Kind vom Beginn des Schulbesuchs an dem Unterricht folgen und sich daran beteiligen kann.

Die Schulen sind verpflichtet, das Schulamt bei der Durchführung der Sprachstandsfeststellung zu unterstützen; hierbei ist auch eine Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten und der Jugendhilfe anzustreben.

(3) Bei der Anmeldung zur Grundschule stellt die Schule fest, ob die Kinder die deutsche Sprache hinreichend beherrschen, um im Unterricht mitarbeiten zu können. Die Schule soll Kinder ohne die erforderlichen Sprachkenntnisse zum Besuch eines vorschulischen Sprachförderkurses verpflichten, soweit sie nicht bereits in einer Tageseinrichtung für Kinder entsprechend gefördert werden. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.

Die Ergebnisse des landesweiten Sprachtests „Delfin 4“ ergaben, dass 2009 in NRW von rund 170.223 Kindern, die im Schuljahr 2011/2012 eingeschult werden, mehr als 123.000 Kinder über eine altersgemäße Sprachentwicklung verfügen. Bei 40.771 Kindern wurde ein zusätzlicher pädagogischer Sprachförderbedarf festgestellt. Dies entspricht einem Anteil von 24 Prozent. Der Anteil der Kinder mit Sprachförderbedarf lag im Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 2007 noch bei 17 %.

Im Kreis Warendorf lag der Anteil der Kinder mit Sprachförderbedarf an allen getesteten Kindern in 2009 bei 19,37 %. Bei dem Verfahren wird die Familiensprache in drei Kategorien unterteilt: deutsch, zweisprachig mit deutsch und nicht deutsch. Um die Kinder mit Migrationshintergrund herauszufiltern, wurden die Kinder zusammengefasst, die als Familiensprache zweisprachig mit deutsch und nicht deutsch angegeben haben. Im Jahr 2009 waren dies ca. 60 % der Kinder mit Sprachförderbedarf.

Die Kinder, bei denen ein erhöhter Bedarf festgestellt wurde, werden individuell durch die Erzieher/-innen in den Tageseinrichtungen mit Hilfe spezieller Sprachförderprogramme in Deutsch gefördert. Dennoch reichen die Fortschritte der Kinder laut Aussagen der Lehrer/-innen der ersten Grundschulklassen nicht aus, um dem Unterricht in Deutsch adäquat folgen zu können. Weitere Unterstützungsmaßnahmen sind also dringend notwendig, damit die Kinder ihr Sprachdefizit im Laufe des Besuchs der Tageseinrichtung aufholen können.

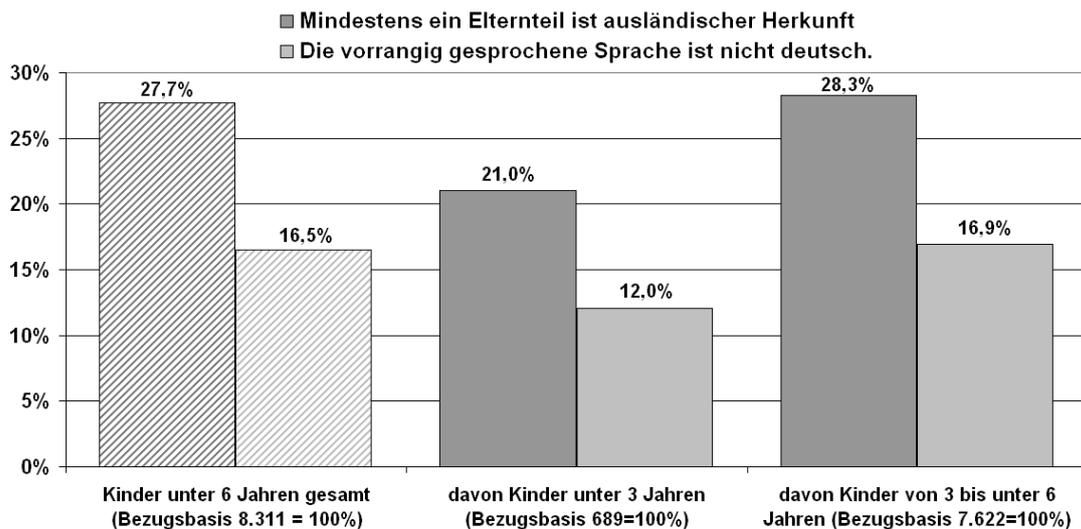
Der Kreis Warendorf reagiert bereits auf den Sprachförderbedarf mit dem Projekt "FIT - Frühkindliches Integrationstraining". Das Projekt FIT wird seit dem Kindergartenjahr 2009 / 2010 in 4 Städten und Gemeinden durchgeführt. An diesem Projekt nehmen 5 Teams, bestehend aus jeweils einer Tageseinrichtungen und einer Grundschule, sowie die Astrid-Lindgren-Schule (Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Sprache) teil. Neben der Erarbeitung eines Übergangsmanagements zwischen Kindergarten und Grundschule, werden spezifische Sprachfördermaßnahmen für Kinder mit Migrationshintergrund umgesetzt. Von besonderer Bedeutung ist in

diesem Zusammenhang, dass die Fördermaßnahmen sowohl im Kindergarten als auch in der Grundschule durchgeführt werden. Nur so ist eine nahtlose Förderung gewährleistet.

Die Einbeziehung der Eltern in die Sprachförderung der Kinder ist ein weiterer Schwerpunkt des Projektes. Damit die Erzieherinnen und Erzieher, die Lehrerinnen und Lehrer die Sprachfördermaßnahmen durchführen können, werden die Fachkräfte entsprechend fortgebildet.

Seit der Einführung des neuen Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) wird in allen Tageseinrichtungen erfasst, bei welchen Kindern mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft ist und in welchen Familien vorrangig nicht deutsch gesprochen wird. Im Kreis Warendorf gibt es insgesamt 160 Tageseinrichtungen. In diesen Einrichtungen werden 8.311 Kinder betreut. Von diesen Kindern haben 27,7 % mindestens einen Elternteil ausländischer Herkunft und 16,5 % sprechen in der Familie vorrangig nicht deutsch.

Kinder in Kindertageseinrichtungen im Kreis Warendorf am 01. März 2009
Anteil der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund



Quelle: Statistische Berichte IT NRW. Kinder in Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen am 01. März 2009

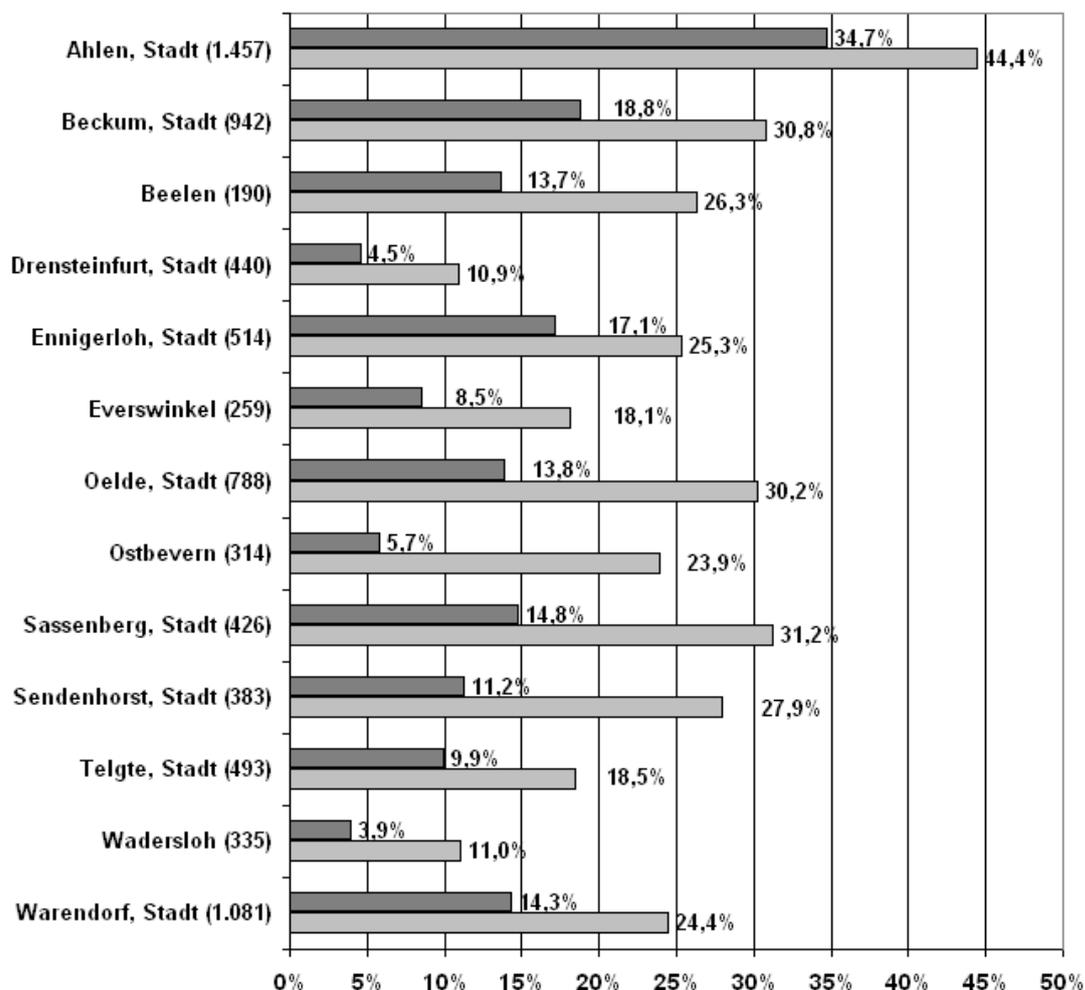
In den **Städten und Gemeinden des Kreises Warendorf** verteilen sich die Anteile der Kinder von 3 bis unter 6 Jahren wie folgt:

3 bis unter 6-jährige Kinder in Kindertageseinrichtungen in den Städten und Gemeinden im Kreis Warendorf am 01. März 2009

Anteil der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund

Die Zahlen in Klammern geben die Gesamtanzahl der betreuten Kinder an. Sie bilden die Bezugsbasis.

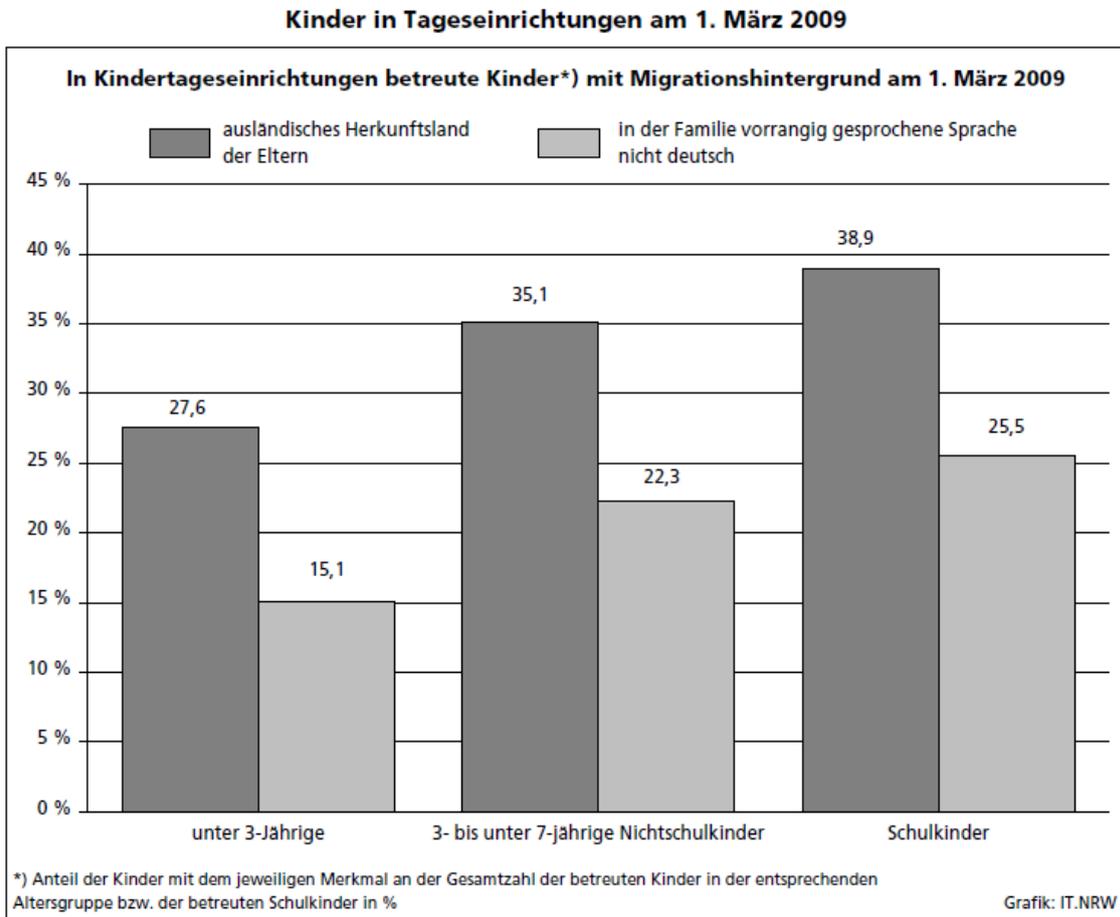
- Die vorrangig gesprochene Sprache ist nicht deutsch.
- Mindestens ein Elternteil ist ausländischer Herkunft



Quelle: Statistische Berichte IT NRW. Kinder in Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen am 01. März 2009

Mit Blick auf die pädagogische Arbeit und die erforderlichen Ressourcen gewinnt es an Bedeutung, wie sich Kinder mit Migrationshintergrund auf die Kindertageseinrichtungen verteilen.

Für **NRW insgesamt** stellt sich die Situation wie folgt dar. Dabei ist zu beachten, dass der Anteil der Familien, die zu Hause vorrangig nicht deutsch sprechen, bei den Schulkindern ansteigt.



Quelle: Statistische Berichte IT NRW. Kinder in Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen am 01. März 2009

Regional betrachtet, ergeben sich Unterschiede. Im Kreis Warendorf liegt der Anteil der unter 3-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund, die in Kindertageseinrichtungen betreut werden, bei 21 %. Landesweit liegt der Anteil dagegen bei 27,6 %. Von dieser Gruppe sprechen in NRW 15,1 % vorrangig in der Familie nicht die deutsche Sprache. Im Kreis Warendorf liegt der Anteil darunter und bei 12 %.

5.3 Handlungsfeld Gesundheit und Sport

Die Schuleingangsuntersuchung ist momentan die einzige umfassende und repräsentative Datenquelle zur Gesundheit jüngerer Kinder im Kreis Warendorf. Sie ist gesetzlich verpflichtend und umfasst den gesamten Jahrgang der einzuschulenden Kinder. Im Rahmen der Untersuchungen werden gesundheitliche und soziale Daten erfasst.

Die Kinder werden sogenannten „ethnischen Gruppen“ mit folgender Definition zugeordnet:

1. Kinder in Familien deutscher Herkunft (=„Kinder ohne Migrationshintergrund“)
2. Kinder in Familien ausländischer Herkunft, in Deutschland oder im Ausland geboren (=„Kinder mit Migrationshintergrund“)

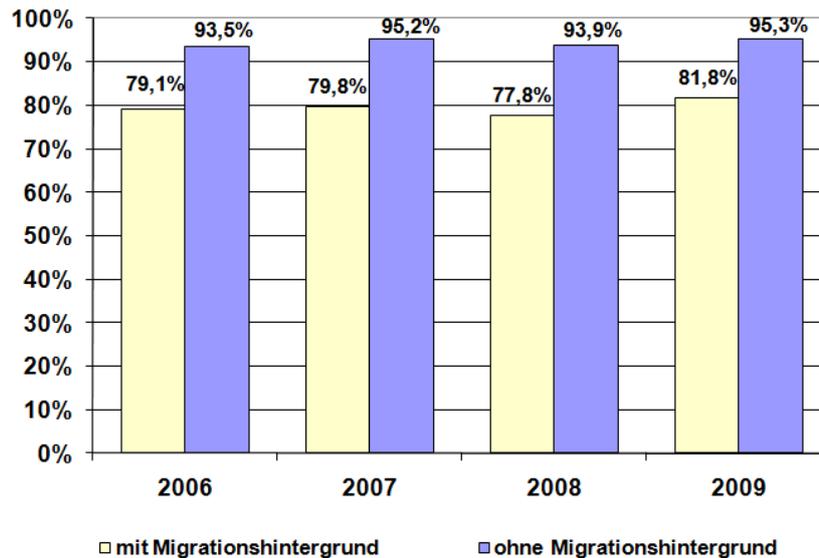
Für die Bestandsanalyse wurden die Inanspruchnahme der präventiven Leistungen Vorsorgeuntersuchungen und Schutzimpfungen und das Gesundheitsrisiko Übergewicht ausgewählt.

Es ist hinreichend bekannt, dass die Früherkennungsuntersuchungen U2 bis U6 im ersten Lebensjahr eine hohe Akzeptanz erfahren, jedoch ab dem 2. bis zum 6. Lebensjahr (U7 - U9) kontinuierlich weniger in Anspruch genommen werden.

Die U8-Untersuchung wird zwischen dem 46. bis 48. Lebensmonat durchgeführt. In diesem Alter können Entwicklungsstörungen z. B. von Sprache oder Motorik noch rechtzeitig vor Schulbeginn behandelt werden. Werden diese Untersuchungen nicht wahrgenommen, sind Kinder bereits bei Schuleintritt benachteiligt. Insbesondere die Inanspruchnahme der U8 weist in einzelnen Bevölkerungsschichten noch große Lücken auf, z. B. bei Familien mit Migrationshintergrund oder in benachteiligten Lebenslagen.

Anhand der vorgelegten Untersuchungshefte wird bei der Schuleingangsuntersuchung erfasst, an welchen Früherkennungsuntersuchungen das Kind teilgenommen hat.

Teilnahme an der U8 Früherkennung



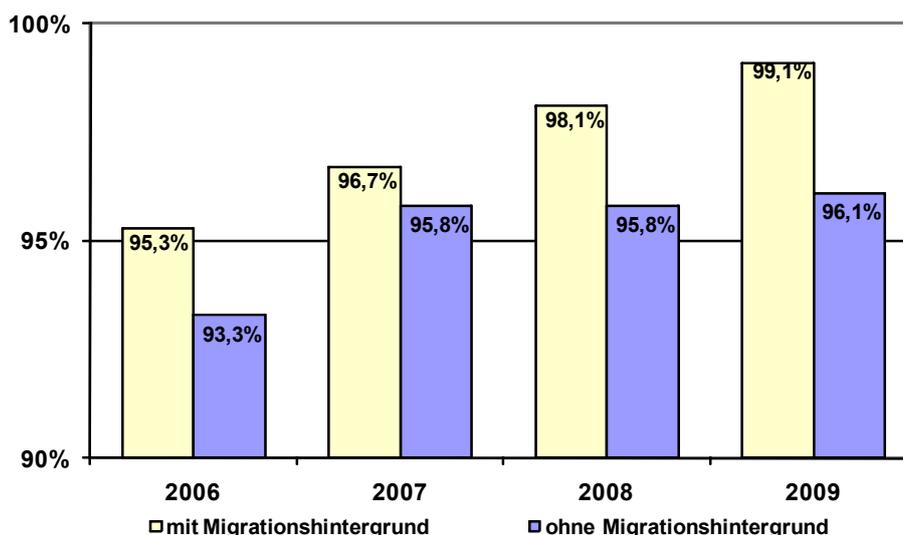
Quelle: Schuleingangsuntersuchungen Kreis Warendorf 2006 (N=3057); 2007 (N=3046); 2008 (N=2783); 2009 (N=2878)

Die Früherkennungsuntersuchung U8 wurde in den Jahren 2006 bis 2009 von Kindern mit Migrationshintergrund insgesamt weniger in Anspruch genommen als von Kindern ohne Migrationshintergrund.

Schutzimpfungen schützen vor Infektionskrankheiten, erzeugen Immunität und zählen zu den effektivsten und kostengünstigsten präventiven Maßnahmen der modernen Medizin. Auf der Grundlage der Beschlüsse der Ständigen Impfkommission (STIKO) am Robert-Koch-Institut werden Schutzimpfungen öffentlich empfohlen und über die Krankenkassen abgerechnet. Bei Kindern ist in den ersten zwei Lebensjahren eine Grundimmunisierung gegen die häufigsten Infektionskrankheiten vorgesehen. Die Teilnahme an den Impfungen ist freiwillig. Die World-Health-Organisation (WHO) hat sich zum Ziel gesetzt bis zum Jahr 2010 die einheimischen Masern in Europa auszurotten.

Anhand der vorgelegten Impfausweise wird bei der Schuleingangsuntersuchung überprüft, welche Impfungen das Kind erhalten hat.

Inanspruchnahme der Hepatitis B-Impfung (= dreimalig)

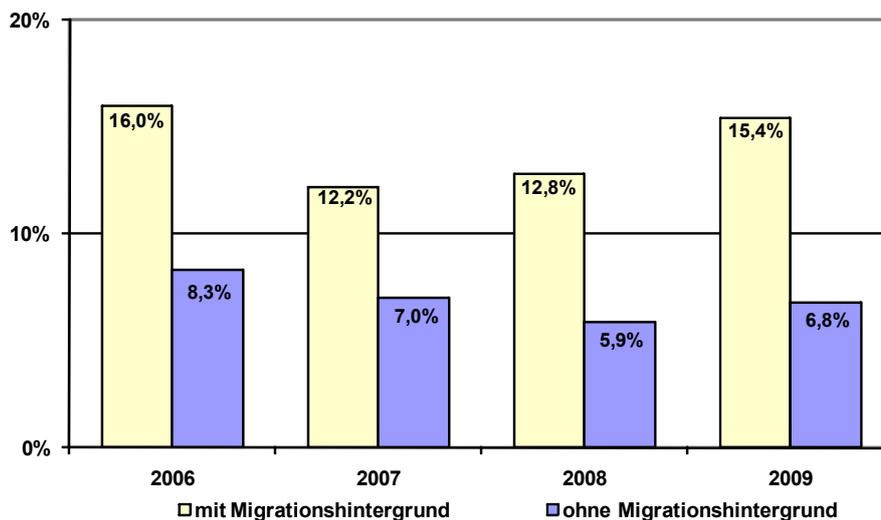


Quelle: Schuleingangsuntersuchungen Kreis Warendorf 2006 (N=3028); 2007 (N=3001); 2008 (N=2803); 2009 (N=2864)

Bei den Impfungen ist sowohl bei den Kindern ohne Migrationshintergrund als auch bei den Kindern mit Migrationshintergrund ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. Der prozentuale Anstieg ist bei den Migrantenkindern etwas deutlicher ausgefallen als bei den Kindern ohne Migrationshintergrund. Die exemplarisch ausgewählte Impfung - Hepatitis B - wurde von 2006 bis 2009 häufiger von Kindern mit Migrationshintergrund in Anspruch genommen.

Übergewicht und Adipositas wird von der Weltgesundheitsorganisation als eine Epidemie eingestuft und als eines der zehn bedrohlichsten Gesundheitsrisiken bewertet. Je früher im Kindesalter Übergewicht auftritt und je länger es anhält, umso größer ist das Risiko einer späteren Folgeerkrankung wie Hypertonie, Fettstoffwechselstörung, Typ 2-Diabetes oder koronare Herz-Kreislauf-Erkrankung (KHK). Bei der Schuleingangsuntersuchung werden die Körperhöhe und das Körpergewicht gemessen und der Body Mass Index ermittelt.

Übergewichtige und adipöse Schulanfänger



Quelle: Schuleingangsuntersuchungen Kreis Warendorf 2006 (N=3194); 2007 (N=3210); 2008 (N=2943); 2009 (N=3043)

Im Jahr 2006 war der prozentuale Anteil der Migrantenkinder (16 %) mit Gewichtsproblemen im Vergleich zu den deutschen Kindern (8,3 %) nahezu doppelt so hoch. Im Folgejahr 2007 fiel der prozentuale Anteil der Migrantenkinder von 16 % auf 12,2 %, wobei im Jahr 2008 wieder ein leichter Anstieg auf 12,8 % und im Jahr 2009 ein erneuter Anstieg auf 15,4 % zu verzeichnen war. Auch bei den Kindern ohne Migrationshintergrund stieg der prozentuale Anteil der Kinder mit Gewichtsproblemen von 5,9 % im Jahr 2008 auf 6,8 % im Jahr 2009 an.

Es liegen kaum Erkenntnisse über die Ursachen einer ungleichen Verteilung von Übergewicht und Adipositas in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund vor. Als mögliche Ursache für die ethnische Ungleichheit von Übergewicht wurde in einigen wenigen Studien¹ ein kulturspezifisch geprägtes Körperbild sowie ungünstige Ernährungsmuster bei Kindern beschrieben.

Zum Handlungsfeld Gesundheit zählt auch der Bereich Sport. Der Kreis Warendorf hat in 2008 mit dem Kreissportbund einen Pakt für den Sport im Kreis Warendorf geschlossen. Sport leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit. Im Sportbereich wurden erfolgreiche Angebote für Frauen geschaffen.

Als ein Beispiel ist die Integration von muslimischen Mädchen und Frauen in den TV 05 Neubeckum e. V. zu nennen. Der Impuls kam von einer jungen Türkin, die sich nach Sportangeboten speziell für türkische Frauen erkundigte. Der Verein hat dies aufgegriffen und sich das Ziel gesetzt, diese Frauen auch in die Vereinsarbeit zu integrieren. Durch ein vorübergehendes kostenloses Kursangebot konnten erfolgreich zwei Kurse aufgebaut werden.

¹ WHO-Jugendgesundheitsstudie; KiTa-Studie in Berlin

Einige der Teilnehmerinnen nehmen zwischenzeitlich auch an weiteren Sportangeboten im Verein teil. Sport verbindet. Der Erfolg der Maßnahmen ist allerdings nicht nur auf die sportliche Komponente zurückzuführen. Der Austausch untereinander, ein vertrauensvolles Verhältnis in der Gruppe und auch außersportliche Aktivitäten, wie gemeinsames Kochen oder Wandern, stärken das Interesse und wecken das Engagement der Frauen mit Migrationshintergrund. Hier flossen kulturelle Besonderheiten in die Aktivitäten ein. Auch der VFL Sassenberg bietet speziell für Tamilische Frauen eine Step Aerobic an. Aufgrund des guten Zulaufs sind weitere Ansätze geplant.

5.4 Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft

Die Datenlage hat sich in diesem Bereich wesentlich durch die Zusammenlegung der Statistiken der Agentur für Arbeit (AA), den Arbeitsgemeinschaften zur Betreuung der Empfänger der Grundsicherung für Arbeitssuchende (ARGE) und den zugelassenen kommunalen Trägern (optierende Kommunen) zu einer einheitlichen Arbeitsmarktstatistik verändert. Die zuständigen Behörden haben begonnen, das Merkmal Migrationshintergrund in ihren Statistiken zu erfassen, es liegen jedoch noch keine aussagekräftigen Zahlen vor. In diesem Handlungsfeld kann daher zurzeit nur zwischen Deutschen und Ausländern differenziert werden.

Im Zuge der Bestandsaufnahme wurden verschiedene Daten aufbereitet, die jedoch von den beteiligten Experten in der Planungsgruppe als nicht aussagekräftig beurteilt wurden. Es wurden daher nur wenige Daten für den Ergebnisbericht übernommen.

Die Arbeitslosenquote im Kreis Warendorf hat sich im Vergleich zum Land NRW und Bund wie folgt entwickelt.

Arbeitslosigkeit Jahresdurchschnitt	Kreis WAF		NRW		Bund	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Arbeitslosenquote gesamt (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	5,1 %	6,1 %	8,5 %	8,9 %	7,8 %	8,2 %
Arbeitslosenquote Ausländer (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	16,2 %	19,4 %	20,2 %	20,8 %	15,8 %	16,6 %

Quelle: BA 2008/ 2009

Die Tabelle verdeutlicht, dass Ausländer von der Arbeitslosigkeit stärker als die Deutschen betroffen sind. Zwar konnte die zweite Generation ihre relative Arbeitsmarktposition gegenüber Einwanderern der ersten Generation maßgeblich verbessern, dennoch zeigen die Zahlen deutlich, dass nach wie vor relativ große Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung bestehen.

Die Agentur für Arbeit Ahlen gibt monatlich einen Arbeitsmarktreport für den Kreis Warendorf heraus. Die Arbeitslosigkeit ist im Februar 2010 um 166 auf 9.942 gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat gab es 1.473 Arbeitslose mehr.

Die Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im Januar 2010 6,9 %; vor einem Jahr hatte sie sich auf 5,9 % belaufen. Der Anteil der Ausländer lag im Januar 2009 bei 21,1 %. Im Vorjahr lag er bei 18,3 %.

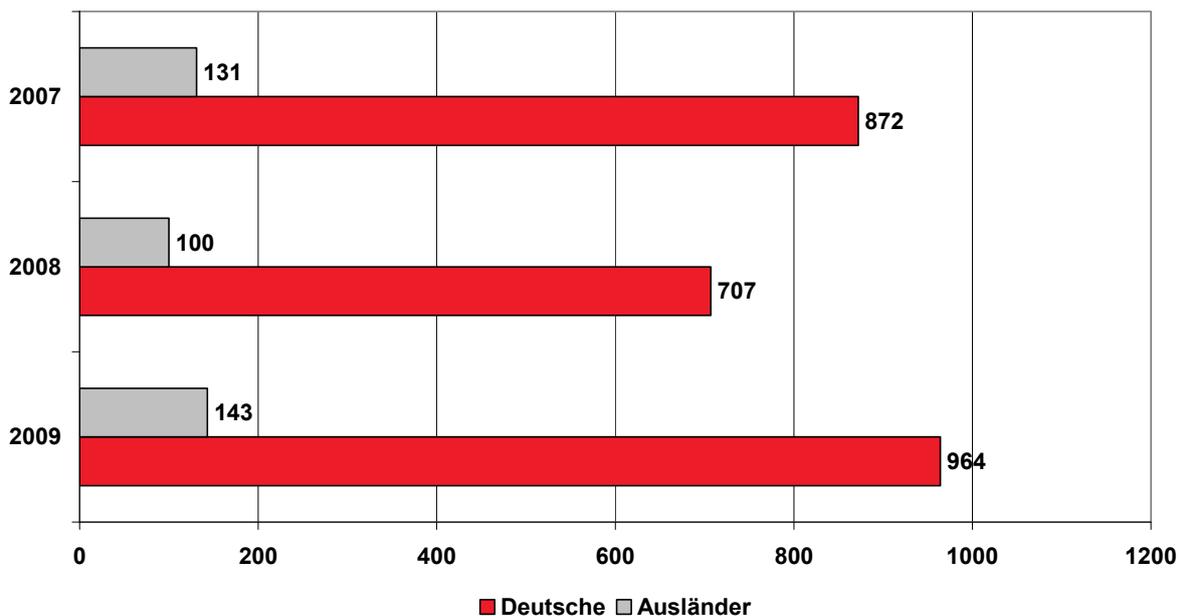
Eine geschlechtsspezifische Betrachtung der arbeitslosen Ausländer zeigt, dass ausländische Frauen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als ausländische Männer.

Bestand an arbeitslosen AusländerInnen (SGB II)						
Berichtsmonat	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Jan 09	1.424	839	585	18,3	17,4	19,7
Feb 09	1.491	906	585	19,1	18,7	19,7
Mrz 09	1.522	905	617	19,5	18,7	20,8
Apr 09	1.598	938	660	20,5	19,4	22,3
Mai 09	1.560	906	654	19,7	18,7	21,2
Jun 09	1.532	860	672	19,3	17,8	21,8
Jul 09	1.547	866	681	19,5	17,9	22,1
Aug 09	1.516	850	666	19,1	17,5	21,6
Sep 09	1.522	853	669	19,2	17,6	21,7
Okt 09	1.533	861	672	19,3	17,8	21,8
Nov 09	1.563	893	670	19,7	18,4	21,7
Dez 09	1.580	913	667	19,9	18,8	21,6
Jan 10	1.677	976	701	21,1	20,1	22,7
Feb 10	1.654	968	686	20,9	20,0	22,2

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bestand an arbeitslosen Ausländern und -quoten, Düsseldorf, Zeitreihe, Datenstand: Februar 2010

Aufschluss über die Situation von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt bietet ein Blick auf die Arbeitslosenstatistik der unter 25-jährigen.

**Bestand an Arbeitslosen unter 25 Jahren im Kreis Warendorf
in den Jahren 2007 bis 2009**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Der Bestand an Arbeitslosen unter 25 Jahren im Kreis Warendorf hat sich seit 2007 unterschiedlich entwickelt. Die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren hat von 2007 auf 2008 sowohl bei den Deutschen als auch bei den Ausländern abgenommen. Dies lässt sich u.a. auf den konjunkturellen Aufschwung in 2008 zurückführen. Ausländer konnten ebenso gut von der konjunkturellen Entwicklung profitieren wie Deutsche. In 2009 stieg die Zahl arbeitsloser Deutscher und Ausländer unter 25 Jahren gleichermaßen wieder an. Die Einstellungsbereitschaft von Unternehmerinnen und Unternehmer ist nach 2008 aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklungen insgesamt zurückgegangen.

5.4.1 Soziale Sicherung

Im Rahmen der Bestandsaufnahme wurde auch der Bereich der sozialen Sicherung betrachtet. Aufgabe der Sozialhilfe nach dem SGB XII ist es, den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Leistungsberechtigt sind alle Bürger, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht vollständig aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können und deren Leistungsfähigkeit auf weniger als drei Stunden täglicher Erwerbstätigkeit eingeschränkt ist oder die das 65. Lebensjahr vollendet haben.

Das SGB XII sieht für die Sicherung des Lebensunterhaltes Hilfen zum Lebensunterhalt für nicht dauerhaft erwerbsgeminderte Personen in Kapitel 3 und Leistungen der Grundsicherung im Alter für Menschen ab 65 Jahren sowie für dauerhaft erwerbsgeminderte Personen unter 65 Jahren in Kapitel 4 vor.

Das SGB XII sieht keine arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vor, beinhaltet jedoch auch fördernde und fordernde Ansätze, in dem es vom aktiven Zusammenwirken des Sozialhilfeträgers und des Leistungsberechtigten ausgeht.

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit ist ursprünglich eingeführt worden, um vor allem bedürftigen alten Menschen eine angemessene Lebensführung zu ermöglichen, die ansonsten staatliche Transferleistungen nicht in Anspruch genommen hätten. Ein wichtiger Bestandteil des damaligen Gesetzes war, dass auf den Unterhaltsrückgriff gegenüber Kindern und Eltern im Wesentlichen verzichtet wurde.

Im Kreis Warendorf verteilen sich die Anteile wie folgt.

2.237 Leistungsbezieher im SGB XII gesamt

40,59 % Anteil der Leistungsbezieher mit Migrationshintergrund

238 Leistungsbezieher im SGB XII 3. Kapitel

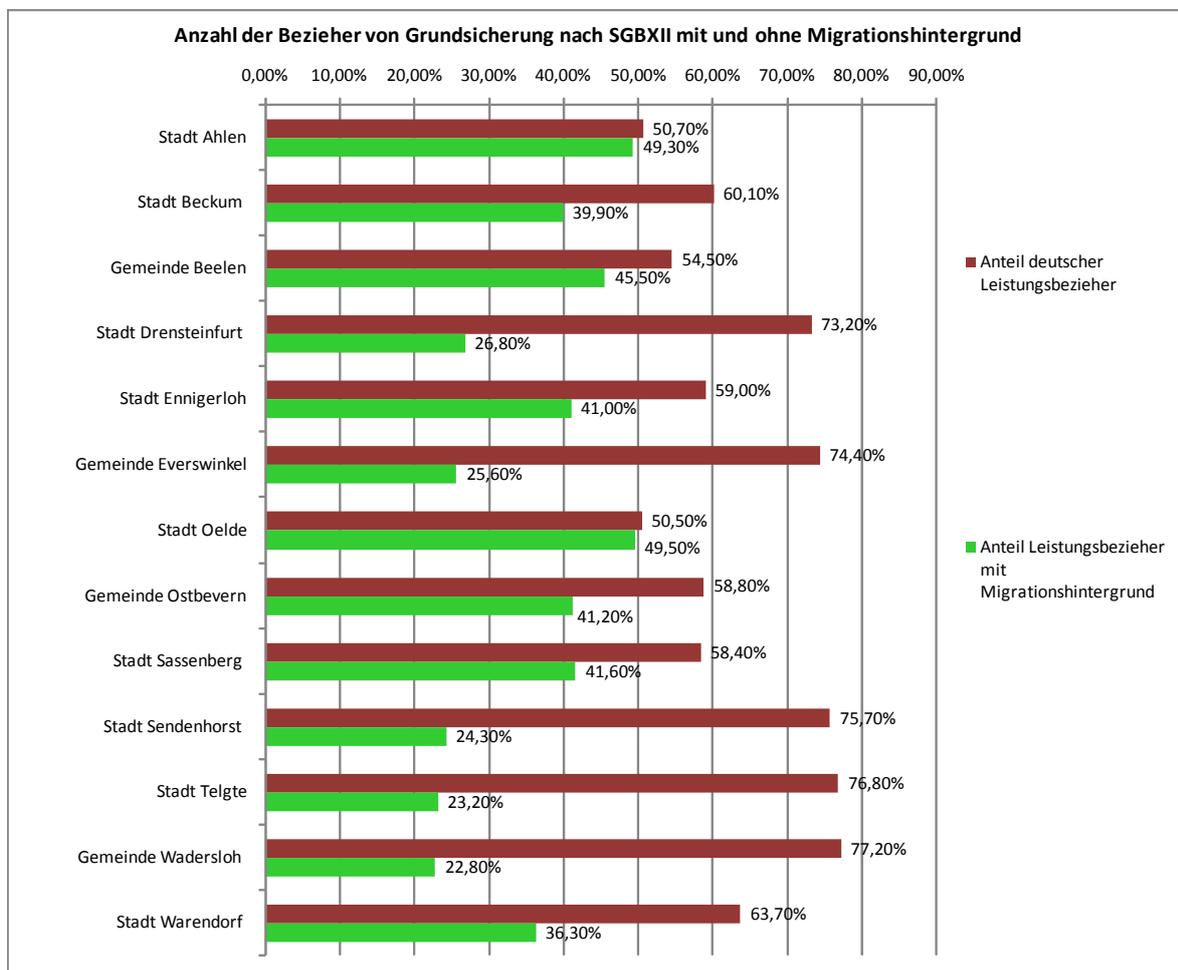
37,39 % Anteil der Leistungsbezieher mit Migrationshintergrund

937 Leistungsbezieher SGB XII 4. Kapitel unter 65 Jahre

32,12 % Anteil der Leistungsbezieher mit Migrationshintergrund

1.062 Leistungsbezieher SGB XII 4. Kapitel über 65 Jahre

48,78 % Anteil der Leistungsbezieher mit Migrationshintergrund



Quelle: Datenerhebung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, Datenstand: Oktober 2008

Die Zahl der Leistungsbezieher ist insgesamt gestiegen. Die Zuwanderung der letzten Jahrzehnte war von Arbeitsmigranten geprägt. Die „Gastarbeiter“ der ersten Generation kommen nun langsam in das Rentenalter. Bei der Gruppe der Deutschen sowie der Migrantinnen und Migranten ist das Geschlechterverhältnis überwiegend von einem leichten weiblichen Überhang geprägt. Die Geschlechterverteilung in dieser Zielgruppe ist noch stark vom Zweiten Weltkrieg geprägt. In Zukunft wird der Anteil der älteren Männer zunehmen. Gründe für geringe Altersrenten treffen verstärkt auf Migrantinnen und Migranten und in dieser Gruppe wiederum insbesondere auf die Frauen zu. Wegen geringer oder fehlender Qualifizierung und entsprechend niedriger Löhne, konnten während der Erwerbszeit nur geringe Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt werden. Gleichzeitig ist das Risiko von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein wegen der geringen Qualifizierung höher. Durch eine Zuwanderung erst im Erwachsenen-Alter sind die Zeiten der Beitragszahlung grundsätzlich oft verkürzt. Auch dies trifft weibliche Nicht-Deutsche wiederum verstärkt, da sie oft erst im Zuge des Familiennachzugs später eingewandert sind. Letztlich dürfte auch eine Rolle spielen, dass bei Nicht-Deutschen für Kinder, die vor der Zuwanderung geboren wurden, keine Kindererziehungszeiten bei der Altersrente berücksichtigt werden.

Für die Zielgruppe der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler ist zu ergänzen, dass die alten Rentenansprüche in Deutschland nicht gelten (§ 7 BVFG). Für die Zuwanderer aus Kasachstan wurden früher die Renten über Angehörige nach Deutschland übermittelt. Heute werden die Renten vierteljährlich überwiesen. Dabei handelt es sich jedoch um geringe Beträge.

Wer als erwerbsfähig einzustufen ist, ist klar definiert. Um Leistungsbezieher nach dem 3. Kapitel zu aktivieren, wäre ein hoher Aufwand erforderlich. Dem gegenüber stehen geringe Erfolgschancen.

6 Zukünftige Integrationsarbeit im Kreis Warendorf

Der Kreis Warendorf hat auf Basis einer breit angelegten Bestandsaufnahme die zukünftige Strategie für die zentralen Handlungsfelder der Integrationsarbeit abgeleitet. Diese Strategie ist kein starres Korsett. Rahmenbedingungen können sich verändern, Maßnahmen womöglich nicht die gewünschte Wirkung erzielen und Zielgruppen neue Bedarfe zeigen. Auch zukünftig wird der Kreis Warendorf daher bestehende Ziele und Maßnahmen hinterfragen und ihre Wirkung überprüfen. Damit bleibt die Strategie in Bewegung und entwickelt sich weiter.

In den verschiedenen Beteiligungsprozessen wurde eine Vielzahl an Handlungsempfehlungen entwickelt. Vertreter des Kreises Warendorf haben diese zusammengeführt, bewertet, konkretisiert und priorisiert. In Kapitel 6.5 sind die Maßnahmen aufgelistet.

Die Analyse der Ausgangssituation in allen Handlungsfeldern hat gezeigt, wie viele erfolgreiche Ansätze bereits bestehen. Das Ziel sollte sein, Bewährtes und damit erfolgreiche Maßnahmen fortzuführen, für nachhaltige Strukturen zu sorgen und je nach Bedarf weiter auszubauen.

6.1 Strategie im Handlungsfeld Bildung und Sprachförderung

Um im Bildungssystem bestehen zu können und den Anforderungen der Wirtschaft und Gesellschaft gewachsen zu sein, ist das Beherrschen der deutschen Sprache eine unerlässliche Voraussetzung. Sprachkompetenz ist der Schlüssel zur Bildung und für eine gelingende Integration. Aus diesem Grund wurden die Ergebnisse der beiden Handlungsfelder "Sprache" und "Bildung" zusammengeführt.

Die Wichtigkeit der frühen und durchgängigen Sprachförderung wurde sowohl in den beiden Planungsgruppen als auch in den kommunalen Integrationsforen herausgestellt. Kein Kind darf auf dem Bildungsweg verloren gehen, das Potential der Kinder mit Migrationshintergrund wird dringend zur Stärkung des Bildungs- und Wirtschaftsstandortes Kreis Warendorf benötigt. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist eine fundierte schulische Bildung und Ausbildung der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund der wesentliche Faktor für die Zukunft eines ländlichen Flächenkreises mit einem nicht unerheblichen Migrantenanteil.

Im Laufe des Planungsprozesses wurde von allen Beteiligten immer wieder die Erstellung und Umsetzung eines Gesamtkonzeptes zur Sprachförderung gefordert, das in den Tageseinrichtungen für Kinder beginnt, über die Grund- und weiterführenden Schulen bis hin zur Ausbildung junger Menschen reicht. Ein wesentlicher Schritt ist hierzu bereits durch das Projekt "FIT - Frühkindliches Integrationstraining" getan, das im Rahmen eines ganzheitlichen Konzepts Sprachfördermaßnahmen im Bereich Kindergarten und in der offenen Ganztagschule anbietet. Ferner ist durch die Teilnahme des Kreises Warendorf am Projekt "Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund" der Stiftung Mercator die Sprachförderung im Sekundarbereich I möglich.

Das Gesamtkonzept zur Sprachförderung soll hierauf aufbauen und durch die Bündelung vieler Einzelmaßnahmen insbesondere im Primarbereich an Effektivität gewinnen. Zu den einzelnen Bausteinen gehören insbesondere Fortbildungen für Fachkräfte, gezielte Förderung der Kinder und auch Vernetzung einzelner Akteure.

So hängt der Erfolg der Integrationsarbeit bzw. insgesamt von Bildungsangeboten im Wesentlichen auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Erziehungs- und Bildungssystem ab. Entscheidend ist daher u. a. die Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher, sowie der Lehrkräfte in der Schule und im offenen Ganztags in interkultureller Kompetenz und Deutsch als Zweitsprache. Aber auch die Eltern spielen eine zentrale Rolle im Kreis der zu beteiligenden Akteure. Ihr Vertrauen und ihre Kompetenz sind wichtig und sollten im Rahmen einer vertrauensvollen Kooperation zwischen Schule und Elternhaus genutzt werden.

Die Analyse der Ausgangssituation hat gezeigt, dass bereits viele erfolgreiche Ansätze bestehen. Ziel sollte es daher sein, Bewährtes fortzuführen und durch neue Akzente zu optimieren, einheitliche Standards innerhalb der Bildungslandschaft zu formulieren, zu vereinbaren und letztlich auch nachhaltig zu etablieren.

Vor diesem Hintergrund enthält die nachfolgende Tabelle eine Aufzählung vielfältiger Einzelmaßnahmen, die letztlich in einer Gesamtkonzeption aufgehen sollen.

Ausgehend von einer hohen sozialen Folgewirkung besteht allerdings keine gesetzliche Verpflichtung des Kreises Warendorf, Sprachfördermaßnahmen durchzuführen. Der Kreis Warendorf ist sich dieser Diskrepanz bewusst. Dennoch sieht er sich - ungeachtet einer Zuständigkeit des Landes NRW - in der Verpflichtung, in Maßnahmen der Sprachförderung zu investieren und somit allen Kindern und Jugendlichen im Kreis Warendorf die gleichen Bildungsmöglichkeiten zu gewährleisten.

Bereits durch den Abschluss des Kooperationsvertrages zwischen dem Land NRW und dem Kreis Warendorf zur "Weiterentwicklung eines Bildungsnetzwerkes in der Bildungsregion Kreis Warendorf" im Sommer 2008 und dem Abschluss einer entsprechenden Rahmenvereinbarung zwischen dem Kreis Warendorf und allen 13 kreisangehörigen Städten und Gemeinden hat der Kreis Warendorf den Weg zu einem ganzheitlichen Bildungswesen der Chancengerechtigkeit beschritten. Elementare, durch den Kooperationsvertrag ausgewiesene Handlungsschwerpunkte des Regionalen Bildungsbüros sind die Integration von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund und die Sprachförderung von Kindern und Jugendlichen. Auf die bisher erreichten Erfolge soll weiter aufgebaut werden, was nur möglich sein wird, wenn sich der Kreis Warendorf - unabhängig von gesetzlichen Zuständigkeiten - für die Sprachförderung der Kinder und Jugendlichen im Kreis verantwortlich fühlt.

6.2 Strategie im Handlungsfeld Gesundheit und Sport

Der Kreis Warendorf beabsichtigt, die Gesundheitssituation von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern und eine gesundheitliche Chancengleichheit herzustellen. Dafür sind die Zugangsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund zur Gesundheitsversorgung und zum Sozialsystem zu erleichtern sowie die Transparenz über die gesundheitsbezogenen Angebote zu schaffen.

- Weiter sind Zugangsschwellen im Bereich der Pflege abzubauen.
- Zielgruppenspezifische Präventions- und Gesundheitsförderungsangebote sollen insbesondere für die Zielgruppen Kinder, Jugendliche, Eltern, Frauen, Mädchen, Diabetiker/innen und Herzranke bereitgestellt werden.

- Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund können häufig nur dann Zugang zu den gesundheitsförderlichen und präventiven Maßnahmen erhalten, wenn auch die Eltern mit einbezogen werden. Das zentrale Ziel sollte daher darin bestehen, die Kompetenz der Eltern zu stärken. Insbesondere sollen die Väter von Kindern mit Migrationshintergrund stärker einbezogen werden.
- Grundsätzlich wird eine stärkere Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Planung und Durchführung von gesundheitsförderlichen und präventiven Projekten angestrebt.

6.3 Strategie im Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft

- Alle Maßnahmen dienen dazu, langfristig die Arbeitslosenquote der Menschen mit Migrationshintergrund im Kreis Warendorf nachhaltig zu senken und die Beschäftigungsquote dieser Menschen zu steigern. Mehr Menschen mit Migrationshintergrund sollen an der Wertschöpfung im Kreis Warendorf beteiligt werden.
- Für Jugendliche ist die Peer Group, die Bezugsgruppe, ganz wichtig. Sie orientieren sich an Gleichaltrigen, von ihnen bekommen sie Anerkennung und Zuwendung. Schulische Misserfolge und mangelnde Ausbildungsmöglichkeiten fördern vielfach eine Perspektivlosigkeit. Hier sind besondere Anstrengungen erforderlich, die Jugendlichen darin zu stärken, selbstbewusst aufzutreten und ihre Potenziale zu sehen.
- Für Migrantinnen werden ebenfalls besondere Maßnahmen und Angebote geschaffen, da insbesondere sie stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind und weniger von positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt profitieren.

6.4 Priorisierte Handlungsempfehlungen

In den Planungsgruppen wurden eine Vielzahl an Handlungsempfehlungen entwickelt, die es zu konkretisieren galt. Die Geschäftsführer der Planungsgruppen haben in einem ersten Schritt die Zuständigkeiten bei der jeweiligen Handlungsempfehlung herausgearbeitet. Folgende Zuständigkeiten kommen in Betracht:

- Kreis Warendorf
- Städte und Gemeinden
 - In einigen Fällen wird die Zuständigkeit bei den Jugendämtern im Kreis Warendorf gesehen. In diesen Fällen wird ergänzend zum Kreis Warendorf in der Spalte „Städte und Gemeinden“ ebenfalls Jugendamt angegeben.
- Andere Träger

In dieser Spalte können andere Institutionen aufgeführt werden, wie z. B. Agentur für Arbeit (AA), ARGE des Kreises Warendorf (ARGE), Träger der Kindergärten, Träger der Offenen Ganztagschulen (OGS), Land NRW oder Schulen.

Für die **Umsetzung** wurde einerseits überlegt, welche weiteren Kooperationspartner zu gewinnen sind. Die Liste der Kooperationspartner ist dabei nicht als abschließend zu betrachten. Im Rahmen der konkreten Maßnahmenplanung können weitere relevante Institutionen, Vereine etc. dazukommen.

Andererseits wurde geprüft, ob die Handlungsempfehlung mit dem vorhandenen Personal und Budget umgesetzt werden kann oder ein zusätzlicher Bedarf entsteht. In diesem Fall wurde dies mit einem Kreuz kenntlich gemacht.

Alle Handlungsempfehlungen des Kreises Warendorf wurden in der Steuerungsgruppe gemeinsam **fachlich gewichtet** und damit priorisiert. Die fachliche Gewichtung unterteilt sich in zwei Bereiche:

1 Soziale Folgewirkungen

Zentrale Frage ist hier: welche Folgewirkungen sich für die Betroffenen bzw. die Migrantinnen und Migranten ergeben, wenn eine Handlungsempfehlung nicht umgesetzt würde. Dabei wurden auch die finanziellen Folgewirkungen in den Blick genommen und im Verhältnis zum Nutzen gestellt.

Folgende Faktoren wurden eingesetzt:

Hohe soziale Folgewirkung = Faktor 6

Mittlere soziale Folgewirkung = Faktor 4

Geringe soziale Folgewirkung = Faktor 2

2 Rechtsgrundlage

Der rechtliche Verbindlichkeitsgrad wurde ebenfalls bewertet.

Hoher rechtlicher Verpflichtungsgrad = Faktor 3

Mittlerer rechtlicher Verpflichtungsgrad = Faktor 2

Niedriger rechtlicher Verpflichtungsgrad = Faktor 1

Die Summe der beiden Faktorenwerte ergab die Priorität, mit der der Kreis Warendorf die Handlungsempfehlungen umsetzen wird.

Ergänzend wurde vor dem Hintergrund der personellen, zeitlichen und finanziellen Auswirkungen die Realisierbarkeit eingeschätzt.

- Kurzfristige Realisierungsmöglichkeit = k

Die Handlungsempfehlungen lassen sich innerhalb von drei Jahren umsetzen.

- Mittelfristige Realisierungsmöglichkeit = m

Für die Umsetzung der Handlungsempfehlung ist ein Zeithorizont von drei bis fünf Jahren einzukalkulieren.

- Langfristige Realisierungsmöglichkeit = l

Die als langfristig eingestufte Umsetzungsmöglichkeit einer Handlungsempfehlung verweist darauf, dass sich aufgrund des erforderlichen Aufwandes dies erst nach mehr als fünf Jahren realisieren lässt.

Die höchste Priorität einer Handlungsempfehlung beträgt $9k$ ($6 + 3 + k$).

Die niedrigste Priorität einer Handlungsempfehlung liegt bei $3l$ ($2 + 1 + l$).

Eine Handlungsempfehlung mit hoher sozialer Folgewirkung (6) und ohne speziellen gesetzlichen Verpflichtungsgrad (1), für dessen Umsetzung kurzfristige Realisierungsmöglichkeiten bestehen (Realisierbarkeit = k), hätte den Priorisierungsgrad $6 + 1 + k = 7k$.

Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

Verzeichnis der Abkürzungen:

BAMF: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

KGK: Kommunale Gesundheitskonferenz

MiMi: Projekt "Mit Migranten für Migranten - Interkulturelle Gesundheit in Deutschland"

MSO: Migrantenselbstorganisationen

OGS: Offene Ganztagschule

RAA: Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien

6.5 Handlungsempfehlungen des Kreises Warendorf

Ziele und Maßnahmen	Zuständigkeit			Umsetzung		Gewichtung			Realisierbarkeit	Priorität
	Kreis WAF	Städte und Gemeinden	Andere Träger	Kooperationspartner	Personal- und/ oder Finanzbedarf	Gesetzl. Grundlage	Rechtl. Verpflichtungsgrad	Soziale Folgewirkungen		
Handlungsfeld Bildung und Sprache										
Förderung der interkulturellen Kompetenz der Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern										
Stärkung der interkulturellen und sozialen Kompetenz der Eltern mit und ohne Migrationshintergrund durch z. B. Elterntrainings oder Coachingangebote	X	Jugendämter	Tageseinrichtungen für Kinder, OGS	Familienzentren	X	KiBiz	3	6	m	9m
Qualifizierung der Lehrkräfte in multikulturellen Fragen/ interkulturelle Öffnung der Schulen			Land NRW							
Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher in interkulturellen Fragen/ interkulturelle Öffnung der Tageseinrichtungen für Kinder	X	Jugendämter	Tageseinrichtungen für Kinder	Familienzentren, Wohlfahrtsverbände		KiBiz	3	6	k	9k
Sensibilisierung der Schulleiterinnen und Schulleiter der Schulen in Kreisträgerschaft für eine verstärkte Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern mit Migrationshintergrund	X						1	6	k	7k
Förderung der interkulturellen und sozialen Kompetenz von Schülerinnen und Schülern										
Soziales Kompetenztraining in den Grundschulen und im Offenen Ganztag	X	Jugendämter	OGS		X	SGB VIII	2	6	k	8k

Ziele und Maßnahmen	Zuständigkeit			Umsetzung		Gewichtung			Realisierbarkeit	Priorität
	Kreis WAF	Städte und Gemeinden	Andere Träger	Kooperationspartner	Personal- und/ oder Finanzbedarf	Gesetzl. Grundlage	Rechtl. Verpflichtungsgrad	Soziale Folgewirkungen		
Verankerung von interkulturellen Themen im Schulalltag im Sinne eines integrativen Ansatzes - z.B. auch durch Feste			Land NRW, Schulen	MSO						
Sensibilisierung für politisch motivierte Gewalt durch z.B. Projektstage und -wochen oder Runde Tische	X	Jugendämter	Schulen	MSO, Jugendverbände		SGB VIII	2	6	m	8m
Spezielle, multikulturelle Angebote der Musikschulen (z.B. Internationale Musikfeste unter Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten, multikultureller Gruppenunterricht)	X	X		MSO			1	4	m	5m
Gewinnung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund für Vereine, z. B. durch spezielle Ansprache, direkte Einbindung (auch über die OGS) sowie Information der Eltern über die bestehenden Angebote			Vereine, Schulen, OGS							
Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer für die Durchführung der Sprachförderung										
Fortbildung zur methodisch-didaktischen Vermittlung von Sprachförderung in der Schule			Land NRW							
Fortbildung zur methodisch-didaktischen Vermittlung von Sprachförderung in den Tageseinrichtungen für Kinder	X	Jugendämter	Tageseinrichtungen für Kinder	Familienzentren, RAA, Familienbildungsstätten	X		1	6	k	7k
Praxisnahe Ausbildung zukünftiger Lehrerinnen und Lehrer im Bereich „Deutsch als Zweitsprache“	X		Land NRW	Stiftung Mercator, Uni Münster	X		1	6	k	7k

Ziele und Maßnahmen	Zuständigkeit			Umsetzung		Gewichtung			Realisierbarkeit	Priorität
	Kreis WAF	Städte und Gemeinden	Andere Träger	Kooperationspartner	Personal- und/ oder Finanzbedarf	Gesetzl. Grundlage	Rechtl. Verpflichtungsgrad	Soziale Folgewirkungen		
Intensivierung der Elternarbeit zur Stärkung des Engagements der Eltern an Veranstaltungen										
Analyse der Bedarfe und Fähigkeiten der Eltern mit Migrationshintergrund im Rahmen des Aufnahmegespräches in Tageseinrichtungen für Kinder und Schule			Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen							
Eltern mit Migrationshintergrund als Multiplikatoren zur Ansprache und Gewinnung weiterer Eltern einsetzen (z.B. im Rahmen des FIT-Projektes)	X	Jugendämter	Schulen, Tageseinrichtungen für Kinder	Familienzentren, MSO	X		1	6	m	7m
Einbindung der Eltern mit Migrationshintergrund bei der Gestaltung von Kindergarten- oder Schulveranstaltungen, Elternabenden etc.			Schulen, Tageseinrichtungen für Kinder	MSO						
Mehrsprachige Veranstaltungen, Informationsmedien und Elternabende anbieten und ggf. Dolmetscher einsetzen	X	X	Schulen, Tageseinrichtungen für Kinder	Familienzentren, MSO			1	4	m	5m
Stärkung des Bildungsbewusstseins bei Eltern mit Migrationshintergrund										
Darstellung von Ausbildungschancen und -möglichkeiten durch Veranstaltungen und direkte Kontakte	X		Berufskollegs, Agentur für Arbeit, Schulaufsicht, Kammern, GfW, Schulen	Unternehmen, MSO			1	6	m	7m
Entwicklung eines ganzheitlichen und einheitlichen Sprachförderkonzeptes										
Erarbeitung und Vereinbarung von Sprachförderstandards mit allen Tageseinrichtungen für Kinder	X	Jugendämter	Tageseinrichtungen für Kinder			KiBiz	2	6	m	8m

Ziele und Maßnahmen	Zuständigkeit			Umsetzung		Gewichtung			Realisierbarkeit	Priorität
	Kreis WAF	Städte und Gemeinden	Andere Träger	Kooperationspartner	Personal- und/ oder Finanzbedarf	Gesetzl. Grundlage	Rechtl. Verpflichtungsgrad	Soziale Folgewirkungen		
Ausbau des FIT-Projektes (Frühkindliches Integrations-Training) auf weitere Einrichtungen	X	Jugendämter	Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen	RAA	X	KiBiz	2	6	k	8k
Erarbeitung eines einheitlichen Sprachförderkonzeptes für die Grundschulen und weitere Partner (insbesondere OGS)	X		Schulen, OGS	RAA, MSO, Stadtbibliotheken			1	6	k	7k
Durchgehende Sprachförderkurse während der Schulzeit	X		Land NRW, Schulen, OGS	VHS, RAA, Stiftung Mercator	X		1	6	m	7m
Intensive Sprachförderung in Deutsch										
Einbindung von gut deutsch sprechenden Eltern mit Migrationshintergrund in den Deutschunterricht			Schulen	MSO						
Vermittlung von Lesestrategien und Fachbegriffen durch geschulte Lehrerinnen und Lehrer			Land NRW, Schulen							
Stetige Verbesserung des Zugangs der Kinder mit Migrationshintergrund an der Betreuung von unter 3jährigen in Tageseinrichtungen für Kinder und Tagespflege	X	Jugendämter		Tageseinrichtungen für Kinder, lokale Netzwerke "Frühe Hilfen und Schutz"			1	6	k	7k
Organisation von Lesewettbewerben und Auslobung von Preisen für Kinder und Erwachsene mit Migrationshintergrund	X		Schulen, Volkshochschulen, Haus Nottbeck GmbH	MSO, Verein der Freunde und Förderer von Haus Nottbeck	X		1	4	m	5m

Ziele und Maßnahmen	Zuständigkeit			Umsetzung		Gewichtung			Realisierbarkeit	Priorität
	Kreis WAF	Städte und Gemeinden	Andere Träger	Kooperationspartner	Personal- und/ oder Finanzbedarf	Gesetzl. Grundlage	Rechtl. Verpflichtungsgrad	Soziale Folgewirkungen		
Ergänzende Sprachförderung für Eltern mit Migrationshintergrund zur Unterstützung ihrer Kinder (inkl. Kinderbetreuung) in der Schule bzw. in Tageseinrichtungen für Kinder	X		BAMF, Integrationskurs-träger, Tageseinrichtungen für Kinder, OGS, Schulen	MSO	X		1	6	m	7m
Individuelle schulische Förderung von Seiteneinsteigern mit Migrationshintergrund durch z.B. einen Pool von ehrenamtlichen Sprachtrainern	X		Land NRW, Schulen	VHS	X		1	6	m	7m
Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Tageseinrichtungen für Kinder und Grundschulen										
Entwicklung und Vereinbarung eines gemeinsamen Übergangsmanagements	X	Jugendämter	Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen, OGS			KiBiz, Schulgesetz	3	6	m	9m
Organisation von gemeinsamen Fortbildungen und Fachtagen für Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer	X	Jugendämter	Land NRW, Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen, OGS	Familienzentren, Wohlfahrtsverbände, Familienbildungsstätten		KiBiz	2	2	l	4l
Förderung der Mehrsprachigkeit										
Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Muttersprache/ Potenzial der Mehrsprachigkeit sowie zum Thema Sprachförderung durch die Familie	X	X	Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen	Stadtbibliotheken			1	6	m	7m
Netzwerkaufbau zwecks Organisation von muttersprachlichen und bilingualen Literatur- und Vorleseangeboten und entsprechender Materialbeschaffung		X	Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen, OGS	Stadtbibliotheken						

Ziele und Maßnahmen	Zuständigkeit			Umsetzung		Gewichtung			Realisierbarkeit	Priorität
	Kreis WAF	Städte und Gemeinden	Andere Träger	Kooperationspartner	Personal- und/ oder Finanzbedarf	Gesetzl. Grundlage	Rechtl. Verpflichtungsgrad	Soziale Folgewirkungen		
Organisation von Vorlesestunden in Tageseinrichtungen für Kinder oder in der Schule in der Muttersprache		X	Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen	Familienzentren, Stadtbibliotheken						
Anschaffung von zweisprachigen Bilderbüchern in Tageseinrichtungen für Kinder		X	Tageseinrichtungen für Kinder	Stadtbibliotheken						
Initiierung von Fortbildungsangeboten zur Sprachvermittlung und Motorik für Lehrkräfte	X		Land NRW		X		1	4	k	5k
Kontinuierlicher muttersprachlicher Unterricht			Land NRW, Schulen							
Förderunterricht in Deutsch und Fachsprachen (z.B. in Mathematik)	X		Schulen	Stiftung Mercator, Uni Münster	X		1	6	k	7k
Patenschaften zwischen beruflich erfolgreichen Migrantinnen und Migranten sowie Schülerinnen und Schülern zur Pflege der Mehrsprachigkeit und Motivation für die berufliche Laufbahn	X		Schulen	MSO			1	4	m	5m
Entwicklung niedrigschwelliger zweisprachiger Angebote für Eltern mit Migrationshintergrund und ihre Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder und Schule, wie z.B. Eltern-Café und Vorlesestunden	X	Jugendämter	Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen	MSO			1	4	m	5m
Verbesserung der Sprachkompetenz der Kinder durch Ehrenamtliche										
Vermittlung von Lese- und Lernpatenschaften		X	Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen	Stadtbibliothek, Theater, MSO etc.						

Ziele und Maßnahmen	Zuständigkeit			Umsetzung		Gewichtung			Realisierbarkeit	Priorität
	Kreis WAF	Städte und Gemeinden	Andere Träger	Kooperationspartner	Personal- und/ oder Finanzbedarf	Gesetzl. Grundlage	Rechtl. Verpflichtungsgrad	Soziale Folgewirkungen		
Vermittlung von ehrenamtlichen Sprachtrainern	X	X		Akademie Ehrenamt, Studentische Hilfskräfte, Senior Experts	X		1	4	l	5l
Steigerung der Übergangsquote von Kindern mit Migrationshintergrund in weiterführenden Schulen										
Vermittlung von ehrenamtlichen Patenschaften, u. a. durch Seniorinnen und Senioren zur Begleitung von Schülerinnen und Schüler	X	X		Akademie Ehrenamt	X		1	6	m	7m
Verbesserung der Kooperation zwischen Grundschule und den weiterführenden Schulen	X	X	Schulen, Land NRW				1	6	m	7m
Bessere Vernetzung zwischen Grundschule und OGS	X	Jugendämter	Schule, OGS, Land NRW	Serviceagentur „Ganztätig lernen“ in Münster			1	6	m	7m
Aufbau eines Angebotes zur Einzelbetreuung von Seiteneinsteigern mit Migrationshintergrund	X		Schulen		X		1	6	k	7k
Qualifizierung von Integrationslotsen (Lehrern und pädagogischen Fachkräften) und Einsatz entsprechenden Fördermaterials im Primarbereich			Land NRW	RAA						
Steigerung der Quote mit höherem Bildungsabschluss und Verringerung der Schulabbrecherquote										
Optimierung der Begleitung von Schülerinnen und Schülern im Übergangsprozess an weiterführenden Schulen unter Einbeziehung der Eltern	X		Land NRW, Schulen				1	6	m	7m

Ziele und Maßnahmen	Zuständigkeit			Umsetzung		Gewichtung			Realisierbarkeit	Priorität
	Kreis WAF	Städte und Gemeinden	Andere Träger	Kooperationspartner	Personal- und/ oder Finanzbedarf	Gesetzl. Grundlage	Rechtl. Verpflichtungsgrad	Soziale Folgewirkungen		
Motivation schulumüder Jugendlicher mit Migrationshintergrund durch „Best-Practice-Beispiele“ erfolgreicher Migrantinnen und Migranten	X	Jugendämter	Schulen	Unternehmen, MSO		SGB VIII	2	6	m	8m
Optimierung der Berufsberatung bei der Vorbereitung der Jugendlichen auf den Ausbildungsmarkt										
Alltagsgerechte Ansprache von betroffenen Jugendlichen		X	Agentur für Arbeit, Schulen	Offene Kinder- und Jugendarbeit						
Niedrigschwellige Angebote zum Kennen lernen der Arbeitswelt ab Klasse 5 z.B. durch gezielte Zusammenarbeit mit Unternehmen	X		Schulen	Agentur für Arbeit, Schulaufsicht, Kammern, GfW, Schulen, Unternehmen			1	6	m	7m
Erleichterung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt										
Erleichterung der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen			Bund Land NRW							
Organisation weiterer Sprachqualifizierungen im Anschluss an die Integrationskurse										
Gruppen bzw. Aktivitäten nach Beendigung des Integrationskurses anbieten (Internationales Frühstück, Stammtisch etc.)			BAMF, Integrationskurs-träger, Wohlfahrtsverbände	MSO						
Förderung berufsspezifischer Sprachförderung			BAMF	ARGE, Agentur für Arbeit						
Erhöhung der Teilnehmerquote an den Integrationskursen										
Verbesserung des Zugangs zu den Menschen mit Migrationshintergrund, Einbindung der Beratungsstellen und MSO	X		BAMF, Wohlfahrtsverbände	MSO		Aufenthaltsgesetz	3	6	k	9k

Ziele und Maßnahmen	Zuständigkeit			Umsetzung		Gewichtung			Realisierbarkeit	Priorität
	Kreis WAF	Städte und Gemeinden	Andere Träger	Kooperationspartner	Personal- und/ oder Finanzbedarf	Gesetzl. Grundlage	Rechtl. Verpflichtungsgrad	Soziale Folgewirkungen		
Verringerung der Abbrecherquote an den Integrationskursen										
Bildung von Patenschaften, erfolgreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer coachen die Neulinge			BAMF, Integrationskurs-träger, Wohlfahrtsverbände	MSO						
Organisation von Integrationskursen vor Ort										
Kursangebot in allen Orten / Ortsteilen anbieten, Kurszeiten an Bedarfe von Berufstätigen anpassen		X	BAMF, Integrationskurs-träger							
Förderungsfähige Zielgruppen erweitern: z .B. Flüchtlinge, Asylbewerber		X	BAMF							
Organisation von Alphabetisierungskursen vor Ort										
Installation von Alphabetisierungskursen speziell für Migrantinnen		X	BAMF, Integrationskurs-träger							
Handlungsfeld Gesundheit und Sport										
Mitgliederzahl von Kindern und Jugendlichen in lokalen Sportvereinen erhöhen										
Ausbildung von Übungsleiterinnen mit Migrationshintergrund			Kreissportbund WAF e.V.	Stadt-sportverbände, Lokale Sportvereine						

Ziele und Maßnahmen	Zuständigkeit			Umsetzung		Gewichtung			Realisierbarkeit	Priorität
	Kreis WAF	Städte und Gemeinden	Andere Träger	Kooperationspartner	Personal- und/ oder Finanzbedarf	Gesetzl. Grundlage	Rechtl. Verpflichtungsgrad	Soziale Folgewirkungen		
Erleichterung der Zugangsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten in das Gesundheits- und Sozialsystem										
Weitere Interkulturelle Öffnung und Absenkung der Zugangsschwellen zu erzieherisch ausgerichteten Beratungsangeboten, insbesondere zu den Erziehungsberatungsstellen gem. § 28 SGB VIII, Beratungseinrichtungen öffentlicher und freier Träger sowie den Ehe- und Lebensberatungsstellen	X	Jugendämter	Beratungseinrichtungen im Kreis WAF	MSO, Wohlfahrtsverbände		SGB VIII	3	6	m	9m
Bedarfsorientierter Einsatz von Gesundheitslotsen zur Vermittlung von gesundheitsrelevanten Themen an ihre Landsleute in Anlehnung an das Landesprojekt „Mit Migranten für Migranten“ (MiMi) - sowie Organisation einer Informationsveranstaltung zum MiMi-Projekt	X	X	Tageseinrichtungen für Kinder	MSO, Familienzentren, Familienbildung, Beratungsstellen wie z.B. die Schwangerschaftsberatung	X	ÖGDG § 6	2	6	k	8k
Bereitstellung von Beratungsangeboten und Informationsmaterialien vor Ort über das Praxisnetz von niedergelassenen Haus- und Kinderärzten	X			Praxisnetze		ÖGDG §6 + §7	2	2	l	4l
Durchführung einer hausinternen Schulung zur interkulturellen Kommunikation im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst Kreis WAF	X			Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen		ÖGDG	2	4	k	6k

Ziele und Maßnahmen	Zuständigkeit			Umsetzung		Gewichtung			Realisierbarkeit	Priorität
	Kreis WAF	Städte und Gemeinden	Andere Träger	Kooperationspartner	Personal- und/ oder Finanzbedarf	Gesetzl. Grundlage	Rechtl. Verpflichtungsgrad	Soziale Folgewirkungen		
Aufsuchende Elternberatung bei Themen wie Gewalt in der Familie, Misshandlung oder Vernachlässigung. Einbindung von Hebammen mit einer besonderen Ausrichtung auf die nachgeburtliche Familienbegleitung.	X	Jugendämter	Krankenkassen	Landesverband der Hebammen NRW e.V.		SGB VIII ÖGDG	2	6	k	8k
"Café-Treff" für Frauen mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen für Kinder zum Thema Kindergesundheit in Wohnquartieren mit Bedarf	X	X	Tageseinrichtungen für Kinder	Familienzentren, Hebammen		ÖGDG § 12	3	6	k	9k
Gezielte Information (z.B. über Ernährung, Bewegung, Kindeswohlgefährdung, Gewalt in der Familie) für Eltern mit Migrationshintergrund durch aufsuchende Elternarbeit	X			Familienzentren, Schwangerenberatung		ÖGDG § 6	3	6	m	9m
Aufklärung von Eltern zur Bedeutung von Früherkennungsuntersuchungen	X			niedergel. Haus- u. Kinderärzte, Kliniken, Hebammen, Tageseinrichtungen für Kinder		ÖGDG § 12	3	4	k	7k
Weitere interkulturelle Öffnung der Sucht- und Drogenberatungsstellen / niedrigschwellige Vermittlung von Informationen z.B. zum Thema Spielsucht	X		Sucht- und Drogenberatungsstellen	MSO		ÖGDG § 16	2	4	k	6k

Ziele und Maßnahmen	Zuständigkeit			Umsetzung		Gewichtung			Realisierbarkeit	Priorität
	Kreis WAF	Städte und Gemeinden	Andere Träger	Kooperationspartner	Personal- und/ oder Finanzbedarf	Gesetzl. Grundlage	Rechtl. Verpflichtungsgrad	Soziale Folgewirkungen		
Durchführung einer hausinternen Schulung zum Thema "Interkulturelle Kompetenz" im Sozialpsychiatrischen Dienst / weitere interkulturelle Ausrichtung des Beratungsangebotes / niedrigschwellige Vermittlung von Informationen über psychische Erkrankungen	X		Tagesstätten für psychisch Kranke	Die Brücke e.V., MSO		ÖGDG § 16	2	6	m	8m
Schaffung von zielgruppenspezifischen Präventions- und Gesundheitsförderungsangeboten										
Rehasportgruppen für Herzerkrankte und Diabetiker/-innen mit Migrationshintergrund			Sportvereine, Sportzentren	niedergel. Ärzte, Krankenkasse, Ärzte, die Rehasportgruppen betreuen						
Bewegungsangebote speziell für Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund			Kreissportbund Warendorf e.V., Sportvereine	Familienzentren, Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen						
Schaffung von mehr Transparenz über die Gesundheitssituation von Kindern und Jugendlichen im Kreis Warendorf										
Jährliche Datenauswertung der Schuleingangsuntersuchung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund	X					ÖGDG § 21	3	6	k	9k
Bestandserhebung gesundheitsförderlicher und präventiver Projekte in Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen	X			Schulen, Tageseinrichtungen für Kinder		ÖGDG	2	4	k	6k

Ziele und Maßnahmen	Zuständigkeit			Umsetzung		Gewichtung			Realisierbarkeit	Priorität
	Kreis WAF	Städte und Gemeinden	Andere Träger	Kooperationspartner	Personal- und/ oder Finanzbedarf	Gesetzl. Grundlage	Rechtl. Verpflichtungsgrad	Soziale Folgewirkungen		
Analyse von Daten zur medizinischen Gesundheitsversorgung durch eine Projektgruppe unter dem Dach der Kommunalen Gesundheitskonferenz	X			Mitglieder der KGK, andere an der Gesundheitsversorgung beteiligte Institutionen		ÖGDG § 23 + § 24	2	2	m	4m
Abbau von Zugangsschwellen im Bereich Pflege										
Bereitstellung mehrsprachiger Informationen zum Thema Pflege in den Pflegestützpunkten	X					SBG XI, PfG NW	2	4	k	6k
Durchführung einer Fachtagung zum Thema "Kultursensible Pflege"	X			Anbieter von Pflegeleistungen, Beratungsstellen, MSO	X		1	4	m	5m
Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft										
Verbesserung der Selbstdarstellung durch mehr Wissen über Erwartungen und Anforderungen										
Seminarangebot „Persönliche Identität und gesellschaftliches Verständnis von Arbeit in Deutschland“	X		GfW	Migrationsdienste			1	4	k	5k
Bewerbungstrainings			Agentur für Arbeit, ARGE	Bildungsträger						
Abbau von Vorurteilen										
Organisation eines jährlichen Integrationstages mit Vorträgen, Workshops zu erfolgreichen Praxisbeispielen „Migranten als Facharbeiter“			Agentur für Arbeit, ARGE, GfW	MSO, Kammern, Arbeitgeberverbände						
Unterzeichnung der Charta der Vielfalt durch Unternehmen zur eigenen Verpflichtung für ein vorurteilsfreies Umfeld im Unternehmen	X		GfW	Arbeitgeberverbände, Kammern			1	4	k	5k

Ziele und Maßnahmen	Zuständigkeit			Umsetzung		Gewichtung			Realisierbarkeit	Priorität
	Kreis WAF	Städte und Gemeinden	Andere Träger	Kooperationspartner	Personal- und/ oder Finanzbedarf	Gesetzl. Grundlage	Rechtl. Verpflichtungsgrad	Soziale Folgewirkungen		
Darstellung von guten Praxisbeispielen in der Presse (z.B. zur erfolgreichen Integration von arbeitslosen Migrantinnen und Migranten ins Erwerbsleben, erfolgreich erprobte Förderansätze für Migrantinnen und Migranten)			Agentur für Arbeit, ARGE	Arbeitgeberverbände						
Potenziale erkennen und durch Nachqualifizierung nutzbar machen										
Organisation von Seminaren zur Vermittlung von Methoden der Kompetenzfeststellung und Potenzialanalyse	X		GfW	Arbeitgeberverbände, Kammern			1	4	k	5k
Vermittlung von ehrenamtlichen Paten		X		MSO, Migrationsdienste						
Erhöhung der Beteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an beruflicher Ausbildung										
Vermittlung von ehrenamtlichen Job-Paten	X	Jugendämter		MSO, Migrationsdienste	X	SGB VIII §13	2	6	m	8m
Erhöhung der Quote qualifizierter Schulabschlüsse										
Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf nachträglichen Erwerb von Hauptschulabschlüssen (Klasse 9)			Agentur für Arbeit, ARGE	Bildungsträger						

Ziele und Maßnahmen	Zuständigkeit			Umsetzung		Gewichtung			Realisierbarkeit	Priorität
	Kreis WAF	Städte und Gemeinden	Andere Träger	Kooperationspartner	Personal- und/ oder Finanzbedarf	Gesetzl. Grundlage	Rechtl. Verpflichtungsgrad	Soziale Folgewirkungen		
Förderung der Interkulturellen Öffnung										
Unterzeichnung der Charta der Vielfalt durch öffentliche Verwaltung und Umsetzung weiterer Schritte zur interkulturellen Öffnung (z.B. mehrsprachiger Internetauftritt, Qualifizierungsmaßnahmen zum Thema „Interkulturelle Kompetenz“)	X	X					1	4	k	5k
Öffnung des Arbeitsmarktes für Tätigkeiten in Teilzeit										
Vermittlung von speziellen Angeboten für Frauen mit Migrationshintergrund durch direkte Ansprache in der Muttersprache				MSO, Migrationsdienste, Verein zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit im Kreis Warendorf e.V.						
Ausbau der Angebote in Teilzeit zwischen 8:00 und 12:00 Uhr			Agentur für Arbeit, ARGE	Bildungsträger						
Förderung der Akzeptanz weiterer potenzieller Zielberufe bei den Jugendlichen und im familiärem Umfeld										
Girls Day, Boys Day mit Eltern			Schulen	Agentur für Arbeit						

6.6 Zukünftige Steuerung

Integrationsarbeit ist als Aufgabe für den Kreis Warendorf bedeutsam und

- ist eine komplexe Querschnittsaufgabe, d. h. von einer Vielzahl von Fachämtern zu leisten,
- bezieht viele Bereiche und Akteure, auch außerhalb der Kommunalverwaltung, ein und
- wird dezentral in den Fachämtern wahrgenommen.

Angesichts des Querschnittscharakters der Aufgabe ist es wichtig, die Vielzahl an Aktivitäten an einer Stelle zu bündeln und zu koordinieren. Zu den wesentlichen Aufgaben zählen:

- Gesellschaftliche Öffnung wie z. B.
 - die integrationspolitischen Bemühungen der Kommune nach außen zu unterstützen
 - den Dialog zwischen Migrantinnen und Migranten und Mehrheitsbevölkerung zu fördern
 - durch Öffentlichkeitsarbeit das gegenseitige Verständnis zwischen Einheimischen und Migrantinnen und Migranten zu wecken und zu vertiefen
- Planung, Steuerung und Koordination nach innen und außen, wie z. B.
 - Fortschreibung des Integrationskonzeptes
 - Koordination des Umsetzungsprozesses
 - Förderung des Austausches zwischen Städten und Gemeinden im Kreis, u. a. durch Organisation der AG Integration
 - Informationsstelle in Fragen der Integration für Freie Träger, Migrantenselbstorganisationen und andere Institutionen
 - Interne und externe Unterstützung bei der Entwicklung von Projekten im Bereich der Integrationsarbeit
- Interkulturelle Öffnung der Kreisverwaltung Warendorf

Der Kreis Warendorf hat für diese Aufgaben Ressourcen der Sozialplanerin bereitgestellt. Sie wird diese Aufgabe zukünftig wahrnehmen. Dabei wird ihre Arbeit von der Steuerungsgruppe begleitet, die sich bereits während des Projektes institutionalisiert hat. Sie wird die Umsetzung begleiten und die Entwicklungen verfolgen. Dazu sind zunächst im ersten Jahr der Umsetzung zwei bis drei Treffen geplant, die dazu dienen, die einzelnen Kompetenzen zusammen zubringen und gemeinsam die Umsetzung zu bilanzieren.

Die Kontrolle der Umsetzung und damit auch die Evaluation einzelner Maßnahmen erfolgt in den Fachplanungen der Ämter des Kreises Warendorf. Je nach Thema werden ggf. projektorientiert Vernetzungen erfolgen, um der Komplexität und Schnittstellen zwischen einigen Themen Rechnung zu tragen.

6.7 Interkulturelle Öffnung der Kreisverwaltung

In vielen kommunalen Fachverwaltungen und hier besonders in den Bereichen, die unmittelbar Kontakt mit der Bevölkerung haben, bemüht man sich in den letzten Jahren verstärkt um den Erwerb „interkultureller Kompetenz“. Die bisherigen Erfahrungen haben aber gezeigt, dass eine Fortbildung einzelner Mitarbeiter nicht ausreicht. Vielmehr geht es darum, „interkulturelle Kompetenz“ in den internen Strukturen der Verwaltung zu verankern und in das allgemeine Verwaltungshandeln wie Planung, Steuerung, Außendarstellung usw. zu integrieren. Auf eine solche Ausrichtung der Verwaltung zielt „interkulturelle Öffnung“. Wie können öffentliche Institutionen mit den Herausforderungen einer Einwanderungsgesellschaft, mit einer durch Einwanderung und internationale Vernetzungen veränderten sozialen Umwelt erfolgreich umgehen?

Auf diese Frage will der Kreis Warendorf reagieren und beabsichtigt sich der bundesweiten Initiative "Charta der Vielfalt" anzuschließen, die den wirtschaftlichen Nutzen von Vielfalt stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken will. Ein Ziel, das in der Wirtschaft schon Standard ist. Unter dem Begriff "Diversity Management" haben vor allem internationale Unternehmen das Prinzip "Vielfalt als Kompetenz" begriffen: Mitarbeiter mit zusätzlichen Sprachkenntnissen werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt.

Auch in der Kreisverwaltung Warendorf soll die kulturelle Vielfalt des Kreises noch stärker berücksichtigt werden. Die „Charta der Vielfalt“ ist ein grundlegendes Bekenntnis zu Fairness und Wertschätzung von Menschen in Unternehmen. Durch die Unterzeichnung verpflichten sich Unternehmen ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen und Ausgrenzung ist. Es soll eine offene Unternehmenskultur etabliert werden, die auf Einbeziehung und gegenseitigem Respekt basiert. Und es geht darum, unterschiedliche Talente in der Belegschaft und im Arbeitsfeld zu erkennen und einzubeziehen, um letztlich die Kundschaft optimal bedienen zu können.



charta der **vielfalt** 

Unternehmen, welche die Charta unterzeichnen, entscheiden selbst wie sie den Anforderungen der Charta nachkommen. Die Prioritäten müssen im Hinblick auf das Geschäftsumfeld, die Geschäftsstrategie und bereits begonnene Aktivitäten gesetzt werden. Die Charta bietet den einheitlichen Rahmen und systematischen Ansatz und gibt darüber hinaus Ansatzpunkte für die Umsetzung.

6.8 Monitoring

Monitoring dient dazu, in regelmäßigen Abständen Zustände zu erfassen und Prozesse zu beobachten. Die zentralen Fragen sind dabei: Wo verlaufen Integrationsprozesse erfolgreich? Wo ist keine Chancengleichheit gegeben? Veränderungen werden im Zeitablauf dokumentiert.

Die Zahlen und Daten alleine reichen noch nicht aus, um Aussagen zum Stand der Integration zu treffen. Zur Interpretation müssen Expertinnen und Experten einbezogen und weitere Informationen berücksichtigt werden.

Diesmal geht es darum, aus der Integration einen messbaren und unumkehrbaren Prozess zu machen - mit Ankündigungen nicht im Unverbindlichen stecken bleiben. „Wir brauchen klare Indikatoren, um Integration messbar zu machen. Wir brauchen den Stachel im Fleisch, der alle, die sich zur Integration verpflichtet haben, prüft und ermahnt. Nur so wird Integration zu einer Erfolgsgeschichte.“ (Minister Armin Laschet, Pressemitteilung MGFFI 10. April 2008)

Der Kreis Warendorf hat aufgrund der Datenlage entschieden, überwiegend Kennzahlen bzw. Daten aus Pflichtstatistiken einzusetzen, um den Aufwand in Relation zum Nutzen zu setzen. Die Datenlage in den Handlungsfeldern ist unterschiedlich. Im Handlungsfeld Gesundheit liegen flächendeckend aus der Schuleingangsuntersuchung Daten mit hoher Qualität vor. Hingegen kann im Handlungsfeld Bildung bislang noch nicht auf valide amtliche Daten zu Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zurückgegriffen werden. Vor diesem Hintergrund werden für den vorliegenden Bericht die Daten aus der Befragung des Kreises Warendorf von 2009 herangezogen. Sobald verlässliche Daten vom Ministerium oder IT NRW vorliegen, werden diese ausgewertet. Bei größeren Projekten wird vielfach bereits eine Evaluation durchgeführt. Als Beispiel ist das Projekt FIT zu nennen. Auch diese Besonderheit wird bei der Auswertung einfließen.

Das Monitoring dient dazu, einen kreisweiten Überblick zu geben und Ansätze zur Interpretation in der Steuerungsgruppe zu geben.

Kennzahlen	Jahr 2007				Jahr 2008				Jahr 2009			
	Insgesamt	Menschen mit Migrationshintergrund	Ausländer	Deutsche	Insgesamt	Menschen mit Migrationshintergrund	Ausländer	Deutsche	Insgesamt	Menschen mit Migrationshintergrund	Ausländer	Deutsche
Basiskennzahlen												
Anteil der Einwohner mit ausländischer Staatsangehörigkeit je Stadt/Gemeinde (Quelle: IT NRW)	s. Integrationsbericht S. 5											
Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund (Quelle: IT NRW)						18 %						
Anteil der Ausländerinnen und Ausländer mit unbefristetem Aufenthaltsstatus und Unionsbürgern an allen Ausländerinnen und Ausländern (Quelle: Ausländerzentralregister)	s. Integrationsbericht Seite 8											
Zahl der Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern (Quelle: IT NRW)			408				267				240	

Kennzahlen	Jahr 2007				Jahr 2008				Jahr 2009			
	Insgesamt	Menschen mit Migrationshintergrund	Ausländer	Deutsche	Insgesamt	Menschen mit Migrationshintergrund	Ausländer	Deutsche	Insgesamt	Menschen mit Migrationshintergrund	Ausländer	Deutsche
Handlungsfeld Bildung												
Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an den Grundschulen (Quelle: Befragung Kreis WAF; Basis: 56 von 59 Grundschulen)		18,09% (Schuljahr 06/07)				20,36% (Schuljahr 07/08)				21,18% (Schuljahr 08/09)		
Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an den Hauptschulen (Quelle: Befragung Kreis WAF; Basis: 15 von 20 Hauptschulen)		27,78% (Schuljahr 06/07)				35,79% (Schuljahr 07/08)				38,55% (Schuljahr 08/09)		
Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an den Realschulen (Quelle: Befragung Kreis WAF; Basis: 9 von 11 Realschulen)		----				10,06 % (Schuljahr 07/08)				12,16 % (Schuljahr 08/09)		
Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an den Gymnasien (Quelle: Befragung Kreis WAF; Basis 4 von 11 Gymnasien)		9,43 % (Schuljahr 06/07)				9,81 % (Schuljahr 07/08)				11,64 % (Schuljahr 08/09)		

Die durch das statistische Landesamt IT NRW ermittelten Daten können noch nicht veröffentlicht werden. Sobald diese valide sind, wird der Kreis Warendorf darauf zurückgreifen.

Kennzahlen	Jahr 2007				Jahr 2008				Jahr 2009			
	Insgesamt	Menschen mit Migrationshintergrund	Ausländer	Deutsche	Insgesamt	Menschen mit Migrationshintergrund	Ausländer	Deutsche	Insgesamt	Menschen mit Migrationshintergrund	Ausländer	Deutsche
Handlungsfeld Sprache												
Kinder mit Sprachförderbedarf mit und ohne Migrationshintergrund an allen vierjährigen Kindern (Quelle: Schulamt für den Kreis WAF)					19,89 %	66,02 %			19,37 %	59,71 %		
Anteil der Kinder unter drei Jahren mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft an allen betreuten Kindern in Kindertageseinrichtungen (Quelle: IT NRW)										21 %		
Anteil der 3 bis unter 6-jährigen Kinder mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft an allen betreuten Kindern in Kindertageseinrichtungen (ergänzend je Gemeinde) (Quelle: IT NRW)										28,3 %		
Anteil der Kinder unter drei Jahren, in deren Familien vorrangig nicht deutsch gesprochen wird, an allen betreuten Kindern in Kindertageseinrichtungen (Quelle: IT NRW)										12 %		
Anteil der 3 bis unter 6-jährigen Kinder, in deren Familien vorrangig nicht deutsch gesprochen wird, an allen betreuten Kindern in Kindertageseinrichtungen (ergänzend je Gemeinde) (Quelle: IT NRW)										16,9 %		

Kennzahlen	Jahr 2007				Jahr 2008				Jahr 2009			
	Insgesamt	Menschen mit Migrationshintergrund	Ausländer	Deutsche	Insgesamt	Menschen mit Migrationshintergrund	Ausländer	Deutsche	Insgesamt	Menschen mit Migrationshintergrund	Ausländer	Deutsche
Handlungsfeld Gesundheit und Sport												
Früherkennungsuntersuchung: Anteil der Kinder mit Teilnahme an der U8 mit/ohne Migrationshintergrund (Quelle: Schuleingangsuntersuchungen Kreis WAF)		79,8%		95,2%		77,8%		93,9%		81,8%		95,3%
Übergewichtige und adipöse Schulanfänger mit/ohne Migrationshintergrund im Kreis Warendorf (Quelle: Schuleingangsuntersuchungen Kreis WAF)		12,2%		7,0%		12,8%		5,9%		15,4%		6,8%
Schutzimpfungen: Anteil der Kinder mit vollständiger Hepatitis B-Impfung mit/ohne Migrationshintergrund (Quelle: Schuleingangsuntersuchungen Kreis WAF)		96,7%		95,8%		98,1%		95,8%		99,1%		96,1%
Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft												
Arbeitslosenquote insgesamt (Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) (Quelle: BA)					5,1%				6,1%			
Arbeitslosenquote Ausländer (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) (Quelle: BA)						16,2%				19,4%		
Bestand an Arbeitslosen unter 25 Jahre, Deutsche und Ausländer (Quelle: BA)	1003		131	872	807		100	707	1107		143	964